Artikelserie zur Rentendiskussion Teil 1 Seite 13

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 9 vom 29. Februar 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



Gegen die „Grauen Wölfe“ demonstrierten über 300 Antifaschisten am Wochenende in Köln. Die sogenannten Idealistenvereine hatten hier eine Großveranstaltung organisiert. Nun ist es ja bekannt und vielfach bewiesen, daß diese Idealistenvereine den türkischen Faschisten vom Schlage der „Grauen Wölfe“ als Aushängeschild für ihre verbrecherischen Aktivitäten dienen. Aber dennoch leugneten die Kölner Behörden diesen eindeutigen Zusammenhang und weigerten sich, den Faschisten die Durchführung ihrer Großveranstaltung zu untersagen. Weil dies nicht das erste Mal ist, daß die Stadtverwaltung ein solches Entgegenkommen gegenüber den Faschisten zeigt, befürchten Kölner Antifaschisten, daß sich die Stadt zu einem Wallfahrtsort für diese Elemente entwickelt. Sie werden jedoch — wie sie am Wochenende gezeigt haben — eine solche Entwicklung mit aller Kraft bekämpfen.

Kabul: Generalstreik und Straßenkämpfe

Aufstand gegen die sowjetischen Besatzer

Bewaffneter Widerstand in Afghanistan

Auch zu Beginn der Woche hielten die schweren Kämpfe in der besetzten afghanischen Hauptstadt Kabul an. Nach wie vor lähmt ein Generalstreik — dem sich teilweise sogar Regierungsangestellte angeschlossen haben — das Leben in der unter Kriegsrecht gestellten Stadt. Die sowjetischen Besatzer haben auch den bewaffneten Widerstand in Kabul nicht brechen können.

Der Generalstreik hatte am vergangenen Donnerstag begonnen. Entgegen den Befehlen des von Moskau eingesetzten Regimes hielten auch die meisten Händler ihre Läden geschlossen. Am darauffolgenden Tag zogen Zehntausende von Demonstranten durch die Straßen Kabuls und forderten den Abzug der Besatzertruppen. Mit Kampfpanzern vom Typ T 54 und mit Schützenpanzern gingen die sowjetischen Invasoren gegen die Demonstranten vor.

Im Verlaufe des Tages entwickelten sich heftige Straßenschlachten. Teilweise gab es dabei auch bewaffneten Widerstand gegen die Besatzer und die Truppen des Kabuler Regimes. Obwohl die sowjetischen Einheiten mit äußerster Brutalität den Aufstand niederzuschlagen versuchten — es wird von mehreren hundert Toten gesprochen —, flammten die Kämpfe auch an den darauffolgenden Tagen immer wieder auf.

Es ist offensichtlich: Den sowjetischen Sozialimperialisten gelingt es auch mit Panzern und Napalbomben nicht, Afghanistan unter ihre Kontrolle zu bringen und den Widerstand des Volkes zu ersticken.

In dieser Situation unternimmt die sowjetische Propaganda immer neue Versuche, um die wirkliche Lage in Afghanistan zu verfälschen. So wurde etwa über den Aufstand von Kabul die Behauptung verbreitet, Banditen und amerikanische Agenten hätten in der Hauptstadt ein Blutbad angerichtet, wären dann aber von Regierungstruppen mit brüderlicher Hilfe der Sowjetsoldaten zurückgeschlagen worden. So wird mit unglaublicher Dreistigkeit aus Schwarz Weiß gemacht. Wer sind denn hier die Banditen? Doch nicht die afghanischen Massen, die für die Freiheit und die Unabhängigkeit ihres Landes kämpfen.

Die Banditen — das sind Breschnews Truppen, die das Land überfallen und ihm ein sowjetisches Besatzerregime aufgezwungen haben. Sie sind es auch, die unzählige Massaker unter der Bevölkerung zu verantworten haben, die Demonstranten mit Panzerkanonen zusammenschießen und Dörfer in den Bergen mit Napalbomben angreifen.

Und wie verhält es sich mit den amerikanischen Agenten, die nach Moskauer Lesart jetzt auch den Aufstand von Kabul in Gang gesetzt haben sollen? Sicher unternimmt die amerikanische Supermacht im Bündnis mit ihren chinesischen Freunden alle Anstrengungen, um auf die Ereignisse in Afghanistan Einfluß zu nehmen. Die Wühltätigkeit von Washington und Peking ist eine Bedrohung für das afghanische Volk. Denn sie dient letztlich nur dem Ziel, das sowjetische Joch durch ein amerikanisches zu ersetzen.

Wenn aber die Herren in Moskau den breiten Widerstand, der ihnen im besetzten Afghanistan entgegenschlägt, zu einem Werk amerikanischer Agenten machen wollen, dann ist das eine faustdicke Lüge, mit der sie notdürftig ihren Besatzerterror bemänteln wollen. Die gleiche Lüge wird ja auch von der anderen Supermacht gebraucht, wenn sie Volksbewegungen in ihrem Machtbereich als von Moskau gesteuert diffamiert.

Bewegung an der Tariffront

Die Tarifrunde ist noch nicht zu Ende

Loderer tritt Mitgliederwillen mit Füßen

FRANKFURT. — Wäre der IGM-Bundesvorstand unter Eugen Loderer den hessischen Metallunternehmern nicht zu Hilfe geeilt, die Gewerkschafter hätten in Hessen den schmählichen 6,8-Prozent-Abschluß vom Tisch gefegt.

Obwohl die hessische Tarifkommission den bereits ausgehandelten Abschluß mit 28 gegen 26 Stimmen ablehnte, hat Loderer die Annahme der Lohnsenkung erzwungen. Die hessische Tarifkommission hatte sich nach dem Protest der etwa 1000 Opel-Vertrauensleute in Rüsselsheim geweigert, den 6,8 Prozent zuzustimmen. Doch der Verrat von Loderer und Janssen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Widerstand gegen diese Art der Tarifpolitik wächst.

Am 7. März beginnt die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst. Kluncker, der bereits im Dezember die Parole 9,5 Prozent ausgab, sieht sich zahlreichen Entschließungen der Gewerkschafter gegenüber, die im krassen Gegensatz zur Vorstandsempfehlung stehen. Die Kreisdelegiertenkonferenz Nürnberg etwa forderte einen Festgeldbetrag von 280 Mark.

Zum 31. März kündigt die IG Druck und Papier die Lohn- und Gehaltstarifverträge. Die Forderungen der Gewerkschafter haben sich um die 14 Prozent eingependelt.

Ob der 6,8-Prozent-Abschluß wirklich zum Lohnführer wird, haben die Gewerkschaftsmitglieder zu entscheiden.

„Falken“ gegen Strauß

ESSEN. — Der Kreisverband Essen der „Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken“ hat eine etwa 80 Seiten starke Dokumentation über die Protestaktionen gegen den Essener Strauß-Besuch im September 1979 vorgelegt.

Etwa 10000 Antifaschisten waren im September '79 dem Kandidaten aus Bayern entgegengetreten, als dieser versuchte, sein Programm an den Mann zu bringen.

Arbeitslosenzahlen steigen weiter

NÜRNBERG. — Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, kündigte an, die Arbeitslosenzahlen im zweiten Halbjahr dieses Jahres werden größer sein als im Vergleichszeitraum des letzten Jahres.

Erst letzten Monat wurde bekannt, daß die amtliche Arbeitslosenziffer bereits wieder die Millionengrenze überschritten hätte.

Sportler gegen Olympia-Boykott

CSU-Kampagne gegen Willy Daume

FRANKFURT. — Eine Umfrage des Magazins „Stern“ unter 179 westdeutschen Spitzensportlern in Sachen Olympia-Boykott hat ergeben, daß mehr als 80 Prozent gegen einen Boykott der olympischen Sommerspiele in Moskau sind.

Für eine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau sprachen sich unter anderem aus: Harald Schmidt, Klaus Steinbach, Peter-Michael Kolbe, Paul Schockemühle, Annegret Richter und Ulrike Meyfarth.

Auch in den Sportfachverbänden scheint sich eine Mehrheit gegen den Olympia-Boykott zu bilden. Vorletzten Dienstag veröffentlichte der Beirat der Aktiven im Bundesausschuß für Leistungssport des Deutschen Sportbundes einen Brief, der an Bundeskanzler Schmidt und andere führende Politiker gerichtet war. „Der deutsche Sport darf nicht zu einem Instrument der Politik werden“, hieß es unter anderem.

Mittlerweile haben die Scharfmacher der CSU eine Hetzkampagne gegen die Gegner des Olympia-Boykotts inszeniert. Carl-Dieter Spranger warf Willy Daume vor, den gefährlichen Versuch unternommen zu haben, dem Sport und den Sportlern jede menschliche, moralische und gesamtgesellschaftliche Bindung, Verantwortung und Wertorientierung zu nehmen.

Mitten in Sozialplanverhandlungen bei Hoesch

Zwei RGO-Betriebsräte fristlos entlassen

Der Kampf um die Wiedereinstellung hat begonnen

DORTMUND. — Der Vorstand der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund hat die fristlose Kündigung der beiden RGO-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer beantragt. Der Betriebsrat hat am 19. Februar diesen Antrag gebilligt.

Als die beiden RGO-Betriebsräte sich weigerten, sich in Sachen Sozialplanverhandlungen zu Geheimräten machen zu lassen, wurde die fristlose Kündigung unter dem Vorwand des Vertrauensbruchs ausgesprochen.

Doch die Angelegenheit ist noch längst nicht abgeschlossen. Zahlreiche demokratische und antifaschistische Persönlichkeiten aus Betrieb, Gewerkschaft und öffentlichem Leben, unter ihnen der Dortmunder Schriftsteller Max von der Grün und der Bochumer Intendant Klaus Peymann, unterstützen den Kampf für die Wiedereinstellung (weitere Informationen auf Seite 4)

Solidaritätsveranstaltung

Stadtwaldrestaurant Grävingholz, Dortmund-Eving, Evinger Str. 359

Samstag, 1. März, 19 Uhr, Einlaß 18 Uhr

Mitwirkende: Max von der Grün (Schriftsteller),

Klaus Schmitz (Betriebsrat bei Opel/Bochum),

Walter Bitzer (Mieterratsvorsitzender in Dorstfeld),

Hartmut Siemon, Norbert Bömer (RGO-Betriebsräte, Hoesch) u.a.



Am vergangenen Donnerstag führte die RGO eine Solidaritätsveranstaltung mit den beiden Betriebsräten durch.

Kommentar

In der vergangenen Woche — US-Außenminister Vance klapperte gerade die westeuropäischen Hauptstädte ab — meldete sich der Exkanzler und SPD-Vorsitzende Brandt mit einer für die gegenwärtigen Verhältnisse schon außerordentlichen Erklärung zu Wort. „Die Amerikaner bestimmen nicht für uns mit", sagte er. Carter könne nicht für die Deutschen sprechen.

Im Grunde ist das ja eine Binsenweisheit. Daß es trotzdem als mittlere Sensation von den Medien gebracht wurde, sagt denn auch zunächst weniger über Brandt aus, als vielmehr über die Lage in unserem Land. Wo die Politiker aller Parteien mit jedem zweiten Satz, den sie von sich geben, die „Solidarität mit den amerikanischen Freunden" beschwören, muß einer schon aus der Rolle fallen, wenn er einfach nur daran erinnert, daß unser Land nicht der 51. Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika ist.

Willy Brandt und die Amerikaner

Unter solchen Bedingungen ist es auch nicht verwunderlich, daß die Vertreter der offenen Reaktion sogleich ihr schwerstes Geschütz gegen Brandt und seine Parteifreunde auffuhren. Strauß-Freund Zimmermann nannte ihr Verhalten „feige und falsch". Und „Bild"-Kommentator Besser stellte schlicht fest, Brandt und seinesgleichen „treiben sowjetische Politik". So ist das also jetzt schon — wenn sogar ein bürgerlicher Politiker auch nur etwas Selbstverständliches sagt, wird er gleich zum Agenten Moskaus gemacht.

Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die, daß Brandts Worten keineswegs auch Taten seiner Partei und der von ihr geführten Regierung entsprechen. Gewiß, die Bundesregierung hat sich geweigert, den reaktionärsten Kriegstreibern vom Schlage eines Dregger oder Wörner nachzugeben, die lieber heute als morgen die Bundeswehr am Persischen Golf sehen würden. In der Frage des Olympia-Boykotts spielt sie weiter auf Zeitgewinn; politische Kontakte zu Moskau werden nicht abgebrochen und die Ostgeschäfte der westdeutschen Konzerne florieren sogar wie nie zuvor.

Ist es also wirklich so, daß die Amerikaner nicht für uns bestimmen? Betrachtet man die Entwicklung der letzten Monate, dann kann man nur zu dem Schluß kommen: Trotz aller politischen Drahtseilakte Bonns, trotz allem Bemühen, die besonderen Beziehungen zu Moskau nicht mehr als notwendig zu gefährden, hat die Bundesregierung das Geschick unseres Landes in gefährlichem Maße an die Kriegsabenteuer der amerikanischen Supermacht gebunden. Das war so in der Debatte um die sogenannte Nachrüstung, als Schmidt — mit der massiven Unterstützung von Brandt! — den Widerstand in der eigenen Partei gegen die Raketenbeschlüsse niederbügelte und den amerikanischen Imperialisten freie Bahn verschaffte, um in unserem Land ihre Mittelstreckenraketen zu stationieren.

Das ist auch jetzt so, wo sich die Herren aus Washington immer dreister in die Angelegenheiten der Bundesrepublik einmischen. Wenn da der Kriegsminister Brown vorschreibt, daß der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik gefälligst weiter aufgestockt werden müsse; wenn Carters Berater Brzesinski die mangelnde Bonner Einsatzbereitschaft im Nahen Osten beklagt — dann verbittet man sich in Bonn nicht etwa solche Töne. Im Gegenteil, dann wird nur eilfertig darauf hingewiesen, daß ja ein Nachtragshaushalt für die Bundeswehr schon beschlossene Sache sei, daß die Waffenlieferungen für das türkische Regime gesichert wären usw.

Stets endet dann ein solcher Streit zwischen Washington und Bonn mit dem grundsätzlichen Bekenntnis der Bundesregierung zur Solidarität mit der amerikanischen Supermacht, ungeachtet der Tatsache, daß die „Partner" in Washington ihren Kriegskurs immer weiter verschärfen und der erwähnte Brzesinski inzwischen auch schon mit dem Atomschlag gegen die andere Supermacht droht.

Angesichts dieser Tatsachen kann man dem Herrn Brandt nur sagen: Wir brauchen keine starken Worte, wir brauchen entsprechende Taten. Wir brauchen nicht die Solidarität mit den amerikanischen Kriegstreibern, sondern eine Politik, die es verhindert, daß unser Land in kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Supermächten hineingezogen wird. Deshalb steht vor uns heute die Aufgabe, für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zu kämpfen.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Steuerpaket 81/82 verabschiedet

Von wirklicher Entlastung kann keine Rede sein!

KPD/ML fordert Senkung der Lohnsteuer und der Besteuerung niedriger Einkommen

BONN. — Das Bundeskabinett hat vorletzten Mittwoch erwartungsgemäß das Steuerpaket 1981/82 verabschiedet. Allerdings erscheint es ungewiß, ob alle Maßnahmen, die auf eine, wenn auch mehr als unzureichende Entlastung der Steuerzahler abzielen, auch tatsächlich durchgeführt werden.

Die „Maßnahmen zur Milderung der Progression bei der Einkommens- und Lohnsteuer" sehen folgende Schritte vor:

- 1. Änderung des Einkommenssteuertarifs ab 1. Januar 1981 durch Verlängerung der Proportionalzone von 16 000 Mark auf 18 000 Mark bei Ledigen, von 32 000 Mark auf 36 000 Mark bei Verheirateten, durch Absenkung der progressiv ansteigenden Grenzsteuersätze des Einkommenssteuertarifs und durch die Einarbeitung des Tariffreibetrags in Höhe von 510 Mark für Ledige und 1 020 Mark für Verheiratete in den allgemeinen Grundfreibetrag.
- 2. Anhebung des Weihnachtsfreibetrags von 400 auf 600 Mark ab 1980.
- 3. Anhebung der Sonderausgaben — Höchstbeträge um 240 Mark für Ledige und 480 Mark für Verheiratete auf 2 340/4 680 Mark am 1. Januar 1982.

Ferner soll ab 1981 ein steuerlicher Kindergrundfreibetrag eingeführt werden. Außerdem ist eine Anhebung des Haushaltsfreibetrags für Alleinstehende mit Kindern um 1 212 Mark auf 4 212 Mark vorgesehen, ebenfalls ab 1. Januar 1981.

Zweifellos gehen diese Beschlüsse in die richtige Richtung, sind jedoch längst nicht dazu geeignet, die ungeheure steuerliche Belastung der Werktätigen zu mildern. Allenfalls die jährliche Steigerungsrate wird durch die Maßnahmen gebremst.

Und ob die Steuerbeschlüsse der Regierung sich tatsächlich in der Geldbörse der Werktätigen bemerkbar machen werden, ist in letzter Zeit mehr als fraglich geworden.

Anläßlich der skandalösen Türkei-Hilfe der Bundesregierung und der friedensfeindlichen Nachrüstungsbeschlüsse wurden vor allem aus den Reihen der CDU/CSU, die zunächst schon Steuerentlastungen für 1980 gefordert hatte, Forderungen laut, die Steuerbeschlüsse gänzlich fallenzulassen, um die gestiegenen internationalen Verpflichtungen der Bundesregierung auch finanzieren zu können.

Bundesfinanzminister Matthöfer mochte im Angesicht der nahen Bundestagswahlen so weit nicht gehen.

Er gibt zwei Lösungsmöglichkeiten an, falls es 1981 zu Finanzierungsschwierigkeiten kommen sollte:

- 1. Kürzung anderer Ausgaben im Bundeshaushalt;
- 2. Streichung von Subventionen.

Hinter diesen Vorschlägen verbirgt sich zweifellos ein Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen, vor allem die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung. Denn Bonn wird wohl kaum Streichungen im Bereich der Rüstung oder der „inneren Sicherheit" vornehmen.

Die KPD/ML hat in ihrem Aktionsprogramm dargelegt, wie man ohne Kürzungen im Sozialbereich trotzdem eine konsequente Verminderung der Steuerlasten erreichen kann:

Senkung der Lohnsteuer und der Besteuerung niedriger Einkommen! Rigorose Besteuerung der Profite der Kapitalisten! Abschaffung der indirekten Steuern!

Über 100 000 Lehrstellen fehlen

Kabinett erläßt Unternehmern Berufsbildungsabgabe!

800 Millionen für die Unternehmer — Arbeiterjugend geht leer aus

BONN. — Wie bereits zu erwarten war, weigerte sich das Bundeskabinett auch dieses Jahr, von den Unternehmern eine Berufsbildungsabgabe zu fordern, obwohl etwa 100 000 Lehrstellen fehlen. Den Unternehmern werden damit rund 800 Millionen Mark geschenkt.

Nach Angaben von Bundesbildungsminister Schmude wurden im vergangenen Jahr insgesamt 640 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Ende September sei sogar das Angebot an Lehrstellen größer gewesen als die Nachfrage. 20 000 suchende Jugendliche hätten 36 000 offenen Lehrstellen gegenübergestanden. Das sei eine durchaus günstige Ausbildungsbilanz. Die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit scheinen die Ministerargumentation zu unterstützen. Die Bundesanstalt wies für 1979 mehr unbesetzte Lehrstellen als unversorgte Bewerber aus.

Doch selbst ein Sprecher der Bundesanstalt für Arbeit glaubt nicht an den unbedingten Wahrheitsgehalt solcher Angaben. „Wir wissen natürlich, daß es mehr jugendliche Arbeitslose sind, als sich bei uns gemeldet haben."

Marburger Wissenschaftler wiesen für die Zahlen des Arbeitsamtsbezirks Marburg-Biedenkopf nach, daß die statistischen Angaben der Arbeitsämter nicht den Tatsachen entsprechen.

1977 gab das Arbeitsamt an, 117 Jugendliche hätten vergeblich einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle gesucht. In Wirklichkeit waren es jedoch 306. Ein Jahr später lag das Mißverständnis sogar bei 96 zu 244:

Im übrigen bestritt die Leitung des Marburger Arbeitsamtes die Angaben der Marburger Wissenschaftler keineswegs.

Mit anderen Worten: Auch den Mitgliedern des Bundeskabinetts ist völlig klar, daß ihre Entscheidung, auch dieses Jahr auf eine Berufsbildungsabgabe zu verzichten, auf falschen Zahlen beruht.

Nach Berechnungen der Gewerkschaften fehlen nach wie vor über 100 000 Lehrstellen. In der Regel ist die tatsächliche Jugendarbeitslosigkeit bis zu fünfmal so hoch wie amtlich angegeben.

Unternehmerverbände und CDU/CSU begrüßten naturgemäß den Kabinettsbeschluß. Bei den Gewerkschaftern hat er Empörung ausgelöst. Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit muß weitergehen. Die Forderung der KPD/ML lautet: **Eine qualifizierte Ausbildung für jeden!**



10 000 junge Werktätige und auch ältere Kollegen folgtem am 1. Februar in Hamburg einem Aufruf der Gewerkschaftsjugend unter der Parole „Stoppt die Arbeitslosigkeit, Bildungsnotstand und Aussperrung". Auch hier war eine der wichtigsten Forderungen die nach Ausbildungsplätzen.

Faschistischer Bombenanschlag

ESSLINGEN. — Auf das Landratsamt in Esslingen haben faschistische Terroristen am vergangenen Donnerstag einen Bombenanschlag verübt. In dem Amt wird zur Zeit eine Ausstellung über das Vernichtungslager Auschwitz gezeigt.

Diese Terroraktion unterstreicht erneut die Tatsache, daß die braunen Banden in unserem Land sich zunehmend bewaffnen und vor keiner Gewalttätigkeit zurückschrecken.

Hamburger SPD: Gegen Berufsverbot für DKP-Lehrer

HAMBURG. — Im Mittelpunkt des Landesparteitages der Hamburger SPD am Wochenende stand die Frage der Anwendung des berüchtigten Radikalenerlasses. Konkret ging es um den Fall des Lehrers und DKP-Mitglieds Thomas Erdner, dessen Berufsverbot der Beamten-Ernennungsausschuß der Hansestadt gefordert hatte (siehe auch S. 6). Dieser Ausschuß ist mehrheitlich mit Funktionären der SPD besetzt.

Mit überwältigender Mehrheit mißbilligte der Parteitag die Entscheidung des Ausschusses bzw. der daran beteiligten SPD-Funktionäre. Allerdings verzichtete er ausdrücklich darauf, die betreffenden Funktionäre zu einer Änderung ihrer Haltung zu verpflichten. Auch Bürgermeister Klose erklärte, er würde die Entscheidung des Ausschusses zwar für falsch halten, sie jedoch respektieren.

Proteste gegen Strauß

STUTTGART/MANNHEIM. - Zu massiven Protesten gegen den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien ist es bei dessen Auftritten im badenwürttembergischen Wahlkampf gekommen. Seine Hetzreden in Stuttgart und Mannheim wurden immer wieder durch Zwischenrufe und Pfeifkonzerte gestört. In Mannheim, wo Strauß auf einem „Deutschlandpolitischen Kongreß" der Unionsparteien sprach, wiederholte er seine alten revanchistischen Forderungen: „Unser Vaterland ist mehr als die Bundesrepublik. Für uns gehören zu Deutschland auch die DDR und jene Teile, die durch den Krieg unter fremde Souveränität gekommen sind."

In Stuttgart hatten sich über 2 000 Strauß-Gegner eingefunden, die während der Rede des Kanzlerkandidaten demonstrativ den Veranstaltungssaal verließen. **Im Mannheimer Rosengarten gingen Schlägertrupps der CDU/CSU und Polizisten gemeinsam mit brutaler Gewalt gegen Strauß-Gegner vor und räumten einen Teil des Saals.**

Musiklehrer im Streik

VELBERT. — Einen Tag lang streikten die Angestellten der städtischen Musikschule Velbert.

Der Protest richtete sich gegen das Vorhaben der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber, die Pflichtstundenzahl bei unverändertem Gehalt zu erhöhen.

Die dem DGB angeschlossene Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und konzertierender Künstler (GDMK) will ihre Mitgliedschaft im März zu einer Protestdemonstration nach Wuppertal mobilisieren.

Zum 100. Geburtstag von Josef Wissarionowitsch Stalin gaben die Genossen der Sektion DDR der KPD/ML im Dezember 1979 ein Extrablatt heraus, das als Beilage zum „Roten Morgen" — Ausgabe DDR — erschien. Anknüpfend an die Erfahrungen, die die Werktätigen in der ehemals sozialistischen DDR zu Lebzeiten Stalins gemacht hatten, würdigt und verteidigt der Artikel Leben und Werk Stalins und hält es der heutigen revisionistischen Politik gleichsam wie einen Spiegel vor. Der Artikel gibt so Einblick in die Stalinsche Deutschlandpolitik; er behandelt aus dieser Perspektive die revisionistische Entartung in der DDR. Er kann dem westdeutschen Leser helfen, die Situation in der DDR besser zu verstehen. Wir drucken den Artikel in gekürzter Form ab.

Mit Stalin kontra Honecker

Beilage zum „Roten Morgen", Ausgabe DDR, im Dezember 1979

Viele Jahre lang haben die Werktätigen mit diesem Staat bittere Erfahrungen machen müssen. Als einfacher Bürger kann man seine Meinung nicht offen äußern. In der Praxis gibt es nicht die einfachsten demokratischen Rechte. Die Werktätigen haben kaum Einblick geschweige denn Einfluß auf die Tätigkeit der Behörden und Staatsorgane. Seit bald zwei Jahrzehnten sichert der „Arbeiter- und Bauernstaat" mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl, daß ihm die Arbeiter und Bauern nicht den Rücken kehren.

„Die SED hat sich für unsere Meinung nie interessiert", urteilen viele ältere Kollegen. War es tatsächlich immer so wie heute? Betrachten wir zwei Beispiele aus den Anfängen der DDR, der Zeit also, als die SED Stalin noch hochhielt.

Gegen Bürokratismus...

Im Februar '52 sprach Wilhelm Pieck, damals Präsident und Vorsitzender der SED, vor der Belegschaft des Berliner Glühlampenwerkes, heute NARVA. Nachdem er aktuelle politische Fragen in verständlichen Worten erläutert hatte, ging er auf Betriebsprobleme ein, über die er sich vorher direkt bei den Kolleginnen und Kollegen informiert hatte. An diese gewandt sagte er: „Ich habe (...) mit einer gewissen Verwunderung von all den Beschwerden Kenntnis genommen, die diese erste Frauenausschußsitzung über völlig unzureichende soziale Einrichtungen dieses Betriebes gemacht hat. Ich muß schon sagen, Kolleginnen, ihr habt euch da reichlich lange allzuviel gefallen lassen. Was hier an Schäden in bezug auf schlechte Entlüftungsanlagen, über die schlechte Arbeit des Kindergartens, über einen sogenannten Kulturraum, der als Abstellraum und als Durchfahrt für Müllkästen dient, berichtet wird, das sind alles Dinge, die längst hätten beseitigt sein können. Man kann der Gewerkschaftsorganisation dieses Betriebes den Vorwurf nicht ersparen, sich zu wenig um die unmittelbaren Sorgen der Kolleginnen und Kollegen gekümmert zu haben. Man gewinnt den Eindruck, daß mancher Gewerkschaftsfunktionär zu viel im Büro und zu wenig im Betrieb ist und sein Ohr verstopft gegenüber den berechtigten Klagen der Belegschaft." (1)

So vertrat der Kommunist Wilhelm Pieck die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, ermutigte sie, Bürokratismus und Schlamperei der Funktionäre zu kritisieren und nannte die Übel ungeschminkt beim Namen.

...und Schönfärberei

Das zweite Beispeil:

Jeder weiß, wie in unseren Zeitungen die Realität schöngefärbt wird und daß für die Meinung der einfachen Bürger in ihnen kein Platz ist. Wie oft finden Arbeiter ihre Ansichten falsch wiedergegeben, wenn sie zum Beispiel zu Betriebsproblemen interviewt werden. Auch solche Erscheinungen wurden damals von den ehrlichen Kräften in der SED offen und scharf bekämpft.

An die Adresse der Redaktionen gewandt sagte Wilhelm Pieck 1952: „Wir müssen als Forderung aufstellen, daß es keine von der Bevölkerung diskutierte Frage geben darf, über die sie durch unsere Presse keine eindeutige und verständige Auskunft erhält. Wir müssen die Scheu, gewisse Fragen offen zu diskutieren, endlich überwinden. (...) hier gibt es noch viele Mängel zu beseitigen (...) Hinzu kommt eine durchaus berechtigte Kritik der Betriebsbelegschaften, wenn durch die redaktionelle Bearbeitung der Zuschriften ein verzerrtes Bild über die Verhältnisse entsteht." (2)

Schon diese beiden Fälle machen recht gut deutlich, daß die SED damals noch nicht jene Partei der Bonzen und Bürokraten war, die sie heute ist.

Daß sich in den ersten Jahren der DDR die Karrieristen und Bürokraten noch nicht durchsetzen konnten, daß die DDR bei allen Abstrichen noch ein Staat der Arbeiter und Bauern war, hatte seine Grundlage darin, daß in der SED der revolutionäre Geist des Marxismus-Leninismus noch lebendig war, daß die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin im Leben angewandt wurde.

Stalins Kampf gegen die bürokratische Entartung

Es war vor allem die große Autorität der bolschewistischen Partei der Sowjetunion und insbesondere Stalins, die den Versuchen Ulbrichts und seinesgleichen damals einen Riegel vorschob, die SED und den Staat in Werkzeuge der Diktatur einer privilegierten Oberschicht zu verwandeln.

Stalin hatte in der gesamten Periode, in der er an der Spitze der KPdSU(B) und des Sowjetstaates stand, die demokratischen Rechte der Werktätigen verteidigt. Er bekämpfte in Theorie und Praxis alle Versuche der schon damals existierenden bürokratischen und verbürgerlichten Elemente in der SU, eine Entartung der Partei und des Sowjetstaates herbeizuführen. Frühzeitig hatten Lenin und sein Nachfolger Stalin erkannt, daß der Macht der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion eine Gefahr nicht nur von seiten der ausländischen Imperialisten und der gestürzten alten Ausbeuterklassen drohte. Sie sahen auch die Möglichkeit der bürokratischen, bürgerlichen Entartung und mobilisierten die breiten Massen und den gesunden Kern der KPdSU(B) gegen diese Gefahr.

Stalin erkannte, daß die Gefahr sich dann vergrößern würde, wenn die regierende kommunistische Partei ihre Machtstellung dazu mißbrauchte, die Werktätigen zu kommandieren, anstatt sie von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen. (...)

Kritik und Selbstkritik

Stalin wandte sich entschieden gegen die Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik in den Reihen der KPdSU(B). (...)

„Ich denke, Genossen, die Selbstkritik brauchen wir wie die Luft, wie das Wasser. Ich denke, unsere Partei könnte ohne sie, ohne die Selbstkritik, nicht vorwärtsschreiten (...)" (3)

Es war gerade Stalin, der ebenso entschieden gegen jedes Abwürgen der Kritik „von unten", von seiten der Werktätigen Stellung bezog. Er verurteilte alle Vorwände und Ausreden der Bürokraten, den Arbeitern und Bauern den Mund zu verbieten. „Mitunter wird auf die Kritiker geschimpft, weil ihre Kritik nicht vollkommen ist (...) Das ist falsch, Genossen. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Man versuche nur, eine solche Forderung aufzustellen, und man wird Hunderten, ja Tausenden von Arbeitern, Arbeiterkorrespondenten, Dorfkorrespondenten, die unsere Fehler berichtigen wollen, die aber manchmal nicht in der Lage sind, ihre Gedanken richtig zu formulieren, den Mund verschließen. Das gäbe einen Friedhof, aber keine Selbstkritik (...) Darum denke ich, daß man auch eine Kritik, die nur 5 bis 10 Prozent Wahrheit enthält, begrüßen, sie aufmerksam anhören und ihren gesunden Kern berücksichtigen muß. Sonst müßten Sie, wie gesagt all den Hunderten und Tausenden dem Sowjetregime treu ergebenen Menschen den Mund verschließen, die in der Kritik noch nicht genügend erfahren sind, aus deren Mund aber die Wahrheit spricht." (4)

Es war schließlich auch Stalin, der die sowjetischen Bürger dazu aufforderte, ihre Rechte wahrzunehmen und „Volksvertreter" davonzujagen, die nur auf ein warmes Pöstchen aus waren, anstatt sich für die Interessen der Wähler einzusetzen. Stalin sagte, daß unsere Verfassung „ (...) ein Gesetz festgelegt hat, nachdem die Wähler das Recht haben, ihre Deputierten vor Ablauf der Frist abzuberufen, wenn sie Flausen zu machen beginnen (...) wenn sie ihre Abhängigkeit vom Volk, von den Wählern vergessen (...) Der Deputierte muß wissen, daß er Diener des Volkes, sein Abgesandter (...) ist, und er muß die Linie befolgen, die ihm durch den Auftrag des Volkes gegeben wurde. Weicht er vom Wege ab, so haben die Wähler das Recht, die Ansetzung neuer Wahlen zu fordern, und es ist ihr Recht, den vom Wege abgewichenen Deputierten schleunigst den Laufpaß zu geben (...) Die Regierung ist verpflichtet, neue Wahlen anzusetzen. Mein Rat ist, dieses Gesetz nicht zu vergessen und davon gelegentlich Gebrauch zu machen (...)" (5)



Stalin unter kaukasischen Delegierten auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B) 1927. Auf diesem Parteitag wurde Trotzki ausgeschlossen.

Wo gibt es das im Honecker-Staat?

Derartige Worte und Handlungen wird man bei unseren Bonzen vergeblich suchen. Sie sprechen für sich und machen deutlich, daß alle Verleumdungen, Stalin habe in der SU eine „Bürokratenherrschaft" errichtet, mit der Wahrheit nichts zu tun haben. Unter seiner Führung wurden die alten Ausbeuterklassen nicht deshalb restlos entmachtet und zerschlagen, um neue Unterdrücker auf den Thron zu bringen.

Die KPdSU und Stalin blieben in den 30 Jahren seiner Führung dem Geist und der großen Idee der Oktoberrevolution treu, mit Ausbeutung und Unterdrückung ein für allemal Schluß zu machen und sämtliche Klassenunterschiede abzuschaffen.

Wer wie Breshnew und sein Vorgänger Chruschtschow oder Ulbricht und Honecker in der DDR eine bürgerliche, bürokratische Herrschaft von Bonzen errichten wollte, der mußte zuerst Stalin bei den Kommunisten und im Volk in Verruf bringen, um die Autorität seiner Lehren und seines Werkes zu brechen.

Genauso dachten Chruschtschow, Ulbricht und ihre Gefolgsleute und handelten danach. Eben darin bestand der Sinn des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult Stalins", der Aufdeckung seiner angeblichen Verbrechen. Die Verteufelung Stalins begann auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, drei Jahre nach Stalins Tod. Man warf Stalin vor, er habe Personenkult getrieben. War Stalin ein eitler Despot, der die vielen Ehrungen, die ihm tatsächlich zuteil wurden, von oben befahl?

Die Menschen in der Sowjetunion, Arbeiter, Bauern und kommunistische Intellektuelle verehrten Stalin, weil sie unter seiner Führung in historisch kurzer Zeit und unter unglaublichen Schwierigkeiten ein Leben in Wohlstand und ohne Knechtung aufbauten. Lenin konnte noch das Ziel angeben, die Verwandlung des armen, ohnmächtigen Rußlands in eine reiche, starke Sowjetunion, in der die Früchte der Arbeit den Arbeitenden gehören. Erreicht wurde diese Ziel unter Stalin. Deshalb wurde er vom Volk verehrt. Uns Deutschen, gerade in der DDR, die wir heute stets, ohne innere Anteilnahme, jubeln müssen, fällt es gewiß schwer, dies nachzuempfinden. Doch welcher normal denkende Mensch wird bestreiten, daß die Sowjetunion niemals den historischen Sieg über die — bis dahin größte in der Geschichte — Militärmaschine Hitlers errungen hätte, wenn nicht zwischen der Stalinschen Führung und den Völkern der Sowjetunion ein echtes, tiefes Vertrauensverhältnis geherrscht hätte.

Allerdings gab es neben der echten Verehrung Stalins eine ekelhafte Lobhudelei, einen Kult um seine Person. Die ihn betrieben, taten es, um ihre in Wahrheit nichtkommunistische Gesinnung zu verbergen. Es waren bei uns Kriecher und Schleimer auf allen Ebenen in Partei und Staat, allen voran Ulbricht, der aus gutem Grund 1952 fürchtete, daß Stalin und die ehrlichen Kräfte in der SED seine sozialismusfeindlichen Absichten aufdeckten und ihm den Prozeß machen würden, den er zweifellos verdient hatte. Noch unmittelbar vor dem XX. Parteitag hatte Ulbricht Stalin gelobhudelt, um dann nach der Verfluchung Stalins durch Chruschtschow sofort das Fähnchen nach dem neuen Wind zu drehen.

Daß Stalin in Wahrheit die Lobhudelei bekämpfte, zeigt ein Brief an den Funktionär Schatunowski: „Sie sprechen von Ihrer Ergebenheit mir gegenüber (...) ich würde ihnen raten, das ‚Prinzip' der Ergebenheit gegenüber Personen über Bord zu werfen. Das ist nicht bolschewistische Art. Seien Sie der Arbeiterklasse, ihrer Partei, ihrem Staat ergeben. Das ist notwendig und gut. Aber verwechseln Sie diese Ergebenheit nicht mit der Ergebenheit gegenüber Personen, mit diesem hohlen und unnützen Phrasengeklingel" (6) Das Buch „Stalins Kindheit", in dem zwei sowjetische Autoren Stalin phantastische Kräfte und Fähigkeiten andichteten, riet er zu verbrennen. Das war Stalin!

Die Angriffe auf Stalin dienten dazu, die Diktatur des Proletariats zu zerschlagen

Wer als SED-Mitglied die Zeit des „Kampfes gegen den Personenkult" miterlebt und noch eine Spur kommunistischen Gewissens bewahrt hat, wird zugeben, daß der XX. Parteitag, die Verleumdungen und Schmähungen Stalins eine große, tiefgehende Erschütterung in den Herzen und Köpfen der SED-Genossen auslösten.

Was das kommunistische Rückgrat vieler SED-Genossen ausmachte. die Verehrung und oftmals einfach der ehrliche Glaube an Stalin, wurde von den machtbesessenen Renegaten zertrümmert. Eine niederträchtigere Intrige hatte es in der revolutionären Arbeiterbewegung noch niemals vorher gegeben.

Daß sie dazu diente, die Diktatur des Proletariats zu zerschlagen und die Abkehr, die Revision der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus durchzsetzen, zeigte sich während und nach dem XX. Parteitag. Die Diktatur des Proletariats ersetzen die sowjetischen Revisionisten durch den „Staat des gesamten Volkes" in dem es keinen Kampf gegen die Bürokratie, gegen die bürgerlichen Elemente mehr gibt. In allen Parteileitungen und Staatsorganen wurden die ehrlichen Kommunisten durch Intrige und Terror herausgesäubert. Ähnlich war es auch in der SED.

Aus dem Arbeiterstaat, der die DDR anfangs war, wurde ein Polizeistaat einer dünnen, privilegierten Schicht von Partei- und Staatsbürokraten. Die Kluft, die bereits Mitte der 50er Jahre die Spitzen der SED vom Volk trennte, hat sich immer mehr verbreitert und vertieft. Heute steht der Arbeiterklasse, den Werktätigen der DDR die Kaste der Bürokraten in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber. Das gesamte Leben und Werk J.W. Stalins zeigt den unüberbrückbaren Abgrund, der die Diktatur des Proletariats von der heutigen Herrschaft volksfeindlicher Bürokraten trennt.

Leben und Werk Stalins zeigen, daß allen bitteren Enttäuschungen zum Trotz der Sozialismus das Kampfziel auch der deutschen Arbeiterklasse bleibt.

Unter Führung der KPD/ML — vorwärts im Kampf für die Wiedererrichtung der Arbeitermacht in der DDR, für ein einheitliches, unabhängiges und sozialistisches Deutschland!

Es lebe der große Marxist-Leninist J.W. Stalin!

1. W. Pieck, Reden und Aufsätze, Bd. 3, Dietz 54, Seite 275
2. ebenda, S. 257 f.
3. Stalin, Werke, Bd. 11, S. 26
4. Stalin, Werke, Bd. 11, S. 30
5. Stalin, Werke, Bd. 14, S. 164 ff.
6. Stalin, Werke, Bd. 13, S. 17

Der Kampf gegen die Entlassungen

Erfolgreiche erste Solidaritätsveranstaltung

Wiedereinstellung muß erkämpft werden

DORTMUND.— 19 Uhr abends ist es, als Norbert Bömer die Anwesenden der schnell organisierten ersten Solidaritätsveranstaltung mit den beiden entlassenen RGO-Betriebsräten eröffnet. Der kleine Saal ist randvoll, man steht oder sitzt auf dem Boden, weit über hundert Menschen sind gekommen. Aufgrund der Flugblätter, aufgrund von Briefen an Gewerkschaftsgruppen, aufgrund der Presseberichte auch von außerhalb. Eine ganze Reihe Hoescharbeiter unterschiedlicher politischer Richtungen. Aktive Gewerkschafter aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften und natürlich Mitglieder der RGO.

Hartmut Siemon trägt ihren Fall vor (siehe „Geschichte und Hintergrund" auf dieser Seite). Er betont, unter dem Beifall aller Anwesenden, daß die beiden nichts anderes getan haben als das, war ihre Pflicht war. Was die Pflicht eigentlich jedes Betriebsrats wäre: die Kollegen informieren, sich mit ihnen darüber zu beraten, was noch in den Sozialplan hinein muß. Er weist darauf hin, daß erst vor kurzem Rudolf Judith von der IG Metall im Kölner Bund-Verlag ein Buch herausgegeben hat („Sozialpolitik in der Eisen- und Stahlindustrie"), in dem eine ganze Reihe wesentlich besserer Sozialpläne enthalten sind als jener Entwurf bei Hoesch. Die Forderungen, die die RGO-Betriebsräte zur Verbesserung dieses Plans erhoben haben, waren anderswo auch schon von der IG Metall erhoben worden. Umsetzungen sollten auf Dortmund beschränkt bleiben, die Kollegen sollten nicht nach Holland ziehen müssen. Die unbegrenzte Besitzstandssicherung sollte garantiert werden, damit Mehrfachumsetzungen verhindert werden, und andere wichtige Forderungen, hinter denen auch die Kollegen standen, wofür sie auch streikten.

Ein Kollege von Phoenix spricht, erzählt die Geschichte der angeblichen Streiks gegen die RGO-Betriebsräte. Wie die Kollegen zusammengerufen wurden zur Information und dabei Mitglieder des rechten Flügels der SPD-Betriebsgruppe hetzten, ohne auf Widerhall zu stoßen. Wie der Betriebsratsvorsitzende im Betriebsrat von der angeblichen Forderung der Kollegen erzählt, es müsse etwas gegen die RGO-Betriebsräte unternommen werden, gegen die RGO überhaupt. Und wie er von einem anderen SPDler der Lüge überführt wird, der zugibt, daß bei jenem Gespräch nur ein einziger diese Forderung aufgestellt hatte. Und andere, ähnlich haarsträubende Geschichten, die beweisen, daß hier ein Flügel des Betriebsrats, die Spitze des Betriebsrats, alles getan hat, um sich die Opposition vom Halse zu schaffen, um andere Betriebsräte zur Zustimmung zu bewegen.

Kollegen von anderen Betrieben, aus anderen Gewerkschaften sprechen, drücken ihre Solidarität aus, auch Vertreter von Gruppen und Organisationen, die mit der RGO nicht einverstanden sind, etwa der „Liste für Belegschaftsforderungen" bei Opel Bochum oder des KABD. ÖTVler sprechen. Und alle betonen dasselbe: daß dies ein Angriff auf die Arbeiter ist, der gemeinsam abgewehr werden muß.

Am nächsten Tag sollte das „Handelsblatt" diese Meinung bestätigen. Der Autor des dort abgedruckten Artikels leitet aus seiner vollen Zustimmung für die Kündigung der beiden RGO-Betriebsräte die Forderung ab, die IG-Metall-Betriebsräte sollten sich gefälligst in Zukunft ebenfalls an diese Linie von Hoesch halten und das Maul halten.

Kollegen aus anderen Hoesch-Betrieben sprechen, sie betonen, daß die Lage bei ihnen genauso schlimm ist, daß man jetzt gemeinsam handeln muß. Norbert Bömer betont zum Abschluß noch einmal, daß es im Konkreten zwar jetzt um den Kampf um einen möglichst guten Sozialplan ginge, daß dies deshalb jetzt auch im Mittelpunkt stehen würde, daß es aber auch darauf ankommt, daß die Gewerkschaft von vornherein gegen jede Entlassung ankämpft.

Ein Vertreter des Solidaritätskomitees ruft zum Abschluß dazu auf, die Arbeit nachhaltig zu unterstützen, Resolutionen zu schicken, Unterschriften zu sammeln, sich an die Presse zu wenden, vor allem aber: Eine Bewegung innerhalb der Gewerkschaft für die Wiedereinstellung und Wiedereinsetzung der beiden zu organisieren.

Sich daran zu beteiligen, ist die Aufgabe jedes revolutionären und klassenbewußten Gewerkschafters, dazu ruft der „Rote Morgen" alle seine Leser auf!

Wendet euch an das Solidaritätskomitee!

(Alice Siemon, Barsinghausenstraße 23, 4600 Dortmund 14)

RGO — Betriebsgruppe Hoesch

19.2.1980

Hartmut Siemon
Norbert Bömer
müssen Betriebsräte bleiben!

Hoesch Vorstand kündigt zwei Betriebsräte fristlos!
Union Betriebsrat stimmt der Entlassung von Hartmut Siemon und Norbert Bömer einstimmig zu!

Dienstag, 19.2.1980, 8.00Uhr- Betriebsratsvorsitzender Menne, mit ihm alle anderen IGM und DAG Betriebsräte lehnen den Änderungsantrag zur Tagesordnung der Betriebsratssitzung ab- sie wollen, ohne den Kollegen Siemon und Bömer die Gelegenheit zur gründlichen Überlegung und Antwort auf den Vorstandsantrag auf fristlose Entlassung zu geben, heute noch, unbedingt eine Entscheidung darüber herbeiführen. Sie fällt nach noch nicht einmal einer Stunde- außer längeren Stellungnahmen der Kollegen Siemon und Bömer keine Diskussion darüber- für die Betriebsratsmehrheit offenbar kein wichtiges Problem!

Tatsache ist: Der Sozialplanentwurf unterlag nicht der Schweigepflicht.
Tatsache ist: Der Betriebsfrieden wurde durch den Abbruch der Verhandlungen über den Sozialplan durch den Vorstand der Hütte gestört.
Tatsache ist: Der für viele tausend Kollegen wichtige Sozialplan sollte innerhalb weniger Tage, ohne Beteiligung der Belegschaft, ohne betriebliche Öffentlichkeit verabschiedet werden.
Tatsache ist: Die wichtigsten Forderungen zur Veränderung des Sozialplans wurden in der Betriebsratssitzung am 7.2. abgelehnt.
Tatsache ist: Der Betriebsrat folgte dem Antrag des Vorstandes, zwei von den Kollegen gewählte Betriebsräte, deren Arbeit in ihren Bereichen von den Kollegen unterstützt und für gut befunden wird, fristlos zu entlassen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der fristlosen Kündigung verbreitet die RGO-Betriebsgruppe Hoesch an allen drei Hoesch-Betrieben ein Flugblatt.

Geschichte und Hintergrund der Entlassungen

Oktober 1979: Der Aufsichtsrat beschließt, den Vorstand zu verpflichten, in möglichst kurzer Zeit ein Konzept zur Modernisierung der Stahlbasis in Dortmund vorzulegen. In den Protokollen wird festgehalten, daß daneben ein sogenanntes Kostensenkungsprogramm und eine Produktbereinigung stattfinden sollen. Geplanter Verlust von Arbeitsplätzen ca. 4 200 nach offiziellen Angaben.

Januar 1980: Gespräche bei Bundes- und Landesministern ergeben feste Zusagen — staatliche Gelder im Rahmen von zinsgünstigen Krediten. (WR, 24.1.80) — Gleichzeitig finden Gespräche statt über einen Sozialplan, mit dem der Abbau der Tausende von Arbeitsplätzen, der Umsetzungen geregelt werden soll.

Januar 1980: Schon vor Entscheidung über ein neues Stahlwerk stimmt der Betriebsrat des Werks Union der Hütte einer Einschränkung einer Walzstraßenkapazität (P3) zu, die vom Vorstand der Hütte ab 11.2.80 beantragt war.

30.1.1980: Der Estel-Aufsichtsrat billigt den Bau eines neuen Stahlwerks.

5./6.2.1980: Auch die Aufsichtsräte der Hoesch Werke AG und der Hoesch Hüttenwerke AG stimmen dem Bau zu. Gleichzeitig verabschiedet der Aufsichtsrat der Hüttenwerke das genannte Kostensenkungsprogramm.

6./7.2.1980: Den Betriebsräten aller drei Hüttenwerke wird der Sozialplanentwurf gegeben. In der ersten Sitzung am 7.2. soll schon — vom Grundsatz — dazu Stellung genommen werden.

7.2./8.2.1980: Die Betriebsräte informieren in der einen oder anderen Form die Kollegen über den Entwurf.

8.2.1980: Es ergeht Einladung an die Betriebsräte zu Mittwoch, 12.2.80/ bzw. 13. 2. 80 bei der Westfalenhütte zu einer Betriebsratssitzung — vorgesehenes Thema: abschließende Beratung und Verabschiedung des Sozialplanentwurfs.

11.2.80: Ein Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch macht die Kollegen mit der geplanten äußerst schnellen Verabschiedung des Sozialplans bekannt. Ohne auf alle Punkte des Sozialplans einzugehen, wird auf die Notwendigkeit der betrieblichen Diskussion dieses Plans hingewiesen, werden Bedenken, die sich nach der Information der V-Leute durch die Betriebsräte in der Diskussion unter den Kollegen herausgestellt haben, genannt und zu weiteren Gesprächen und Verhandlungen über Änderungen und Verbesserungen am Sozialplanentwurf aufgefordert.

12.2.1980: In einer Besprechung zwischen Vorstand und Betriebsrat wird dem Betriebsrat erklärt, die Verhandlungen müßten abgebrochen werden, da die „Vertraulichkeit" des Plans nicht mehr gegeben sei.

13.2.1980: In den Betriebsräten Union und Phönix, in der V-Leute-Vollversammlung des Werkes Westfalenhütte wird vom Betriebsrat darüber berichtet, man fordert die Wiederaufnahme der Verhandlungen durch den Vorstand.

14.2.1980: An diesem Tage erhalten die Betriebsräte Siemon und Bömer eine Abmahnung — wegen eines Flugblattes der RGO vom 10.1.80. Dies hatten sie weder verteilt, noch waren sie dafür verantwortlich — wie sie auch in ihrem Widerspruch bei der Personalabteilung erklärten. Darüber ist noch nicht entschieden. Wichtig: Eine Abmahnung ist in der Regel Voraussetzung für eine Kündigung aufgrund Verletzung arbeitsvertraglicher Verpflichtungen. Man steuerte jetzt auf den 18.2. zu.

15.2.1980: Gezielte Aktionen in einigen wenigen Bereichen der Hütte — interessanterweise nicht in den beiden Bereichen der Kollegen selbst.

18.2.1980: Antrag des Hüttenvorstandes an den Betriebsrat des Werkes Union auf Zustimmung zur fristlosen Kündigung von zwei Betriebsratsmitgliedern.

19.2.1980: Zustimmung dazu im Betriebsrat Union, Kündigung durch Hoesch.

20.2.1980: Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht Dortmund, Aufforderung an den Vorstand des Hüttenwerks, die genauen „wichtigen" Gründe, die zur Entlassung geführt haben, zu nennen.

Erklärung des Solidaritätskomitees für die Wiedereinstellung der fristlos entlassenen Hoesch-Betriebsräte H. Siemon und N. Bömer

Am 19.2 wurden die beiden HOESCH-Betriebsräte Siemon und Bömer von der Unternehmensleitung fristlos entlassen — mit Zustimmung des zuständigen Betriebsrates des Werkes Union.

Sie waren 1978 — nach einer Wahlwiederholung — über eine Kandidatur auf einer Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) mit 17 Prozent aller Stimmen der Union-Belegschaft in den Betriebsrat gewählt worden.

Ihnen wird angeblicher Vertrauensbruch, genauer: Weitergabe des Sozialplanentwurfs (Abbau von 4200 Arbeitsplätzen bie Hoesch) an die Belegschaft vorgeworfen. Unter diesem Vorwand brach die Unternehmensleitung die Sozialplanverhandlungen mit dem Betriebsrat ab.

Gleichzeitig will man sie persönlich verantwortlich machen für Flugblätter der RGO, die vor den Toren der Hoesch-Werke verteilt wurden. Angeblich hätten diese Flugblätter einen teilweise beleidigenden Inhalt.

Tatsache aber ist: Verantwortlich für diese Flugblätter ist nach dem Landespressegesetz von NRW der presserechtlich verantwortliche Redakteur der RGO. Gegen diesen aber ist noch niemals Strafantrag wegen Beleidigung gestellt worden, obwohl die herangezogenen Flugblätter teilweise Monate alt sind.

Am 20. 2. 80 haben die entlassenen Betriebsräte Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht Dortmund erhoben!

Unabhängig von unserer im einzelnen unterschiedlichen Stellungnahme zur Linie und zur Konzeption der RGO sind wir der Meinung:

Mit dieser Entlassung und ihrer Begründung soll versucht werden, Betriebsräte, die gegenüber der Belegschaft zur rechtzeitigen Information über Pläne der Unternehmer verpflichtet sein müssen, zu Geheimräten zu machen. Von Unternehmerseite wird damit versucht, den Informationsfluß zur Belegschaft zu zensieren. Dies darf nicht Schule machen! Im Interesse einer Ausweitung der betrieblichen Demokratie darf dies von keinem Gewerkschafter, keinem fortschrittlichen Menschen hingenommen werden!

Das Komitee hat sich zur Aufgabe gestellt, über diesen Fall zu informieren, durch Verbreitung der Tatsachen Solidarität über den Betrieb hinaus zu organisieren.

Dokumentationen — jeweils auf dem neuesten Stand — sind bei der Kontaktadresse zu erhalten, ebenso Listen für Solidaritätsunterschriften. Wir bitten Solidaritätsadressen ebenfalls an diese Adresse zu schicken.

Spenden zur Finanzierung der Arbeit des Komitees und der Kosten des Arbeitsgerichtsverfahrens der beiden Betriebsräte gegen den Hoesch-Konzern sind erbeten auf Konto: Alice Siemon, Stadtsparkasse Dtmd., Kto.Nr.: 432 016 110

Erstmitglieder des Komitees: Max von der Grün, Schriftsteller; Ralf Schneider, Zahnarzt; Gerd Flint, Rechtsanwalt; Alice Siemon, Sozialarbeiter; Andreas Weißert, Oberspielleiter, Schauspielhaus Dortmund; Klaus Peymann, Intendant, Schauspielhaus Bochum.

Zwei der bisher eingegangenen Solidaritätsschreiben

An die entlassenen Hoesch-Betriebsräte H. Siemon und N. Bömer

An den Betriebsrat der Hoesch AG, Werk Union

An den Vorstand der Hoesch AG

Herrn Dr. D. Rohwedder

Eberhardstr. 12

Resolution

Wir, neun Betriebsräte der A. Opel AG, Werk Bochum, protestieren aufs schärfste gegen die Entlassung der beiden gewählten Belegschaftsvertreter und gegen die Zustimmung durch den Betriebsrat.

1. Der angegebene Kündigungsgrund, die zwei Betriebsräte hätten die Belegschaft über die Verhandlungen eines Sozialplans informiert, stellt einen Angriff dar auf die grundlegenden gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten eines gewählten Belegschaftsvertreters. Für uns abhängig Beschäftigte ist völlig klar, daß wir nur als informierte und organisierte Belegschaft ein unseren Interessen entsprechendes Verhandlungsergebnis erzwingen können!

2. Unabhängig von gewerkschaftlichen und politischen Meinungsunterschieden dürfen wir im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung nicht zulassen, daß von der Belegschaft gewählte Vertreter vom Unternehmer auf die Straße gesetzt werden! Um so schlimmer ist es, daß sich der Hoesch-Betriebsrat dazu hergegeben hat, die Entlassung zu unterstützen! Wir fordern die sofortige Wiedereinstellung von den Betriebsräten H. Siemon und N. Bömer.

Bochum, den 22. 2. 1980

(Es folgen die Namen und Unterschriften der neun Opel-Betriebsräte, die auf der „Liste für die Belegschaftsforderungen" gewählt wurden.)

Resolution

Frankfurt, 20. 2. 80

Wir protestieren aufs schärfste gegen die Entlassung der beiden Betriebsratsmitglieder Hartmut Siemon und Norbert Bömer bei Hoesch in Dortmund. Offensichtlich soll mit dieser Maßnahme verhindert werden, daß zukünftig bei Entlassungen und die dabei hinter verschlossenen Türen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat ausgemauschelten Sozialpläne bekannt werden.

Wir wenden uns entschieden gegen eine solche Art der Verhandlung und sprechen uns für eine offene Diskussion unter Einbeziehung der gesamten Belegschaft aus. Denn schließlich geht es hier um den Verlust von 4 200 Arbeitsplätzen. Weitere werden folgen.

Wir vertreten die Auffassung, daß die beiden Betriebsräte Siemon und Bömer völlig richtig gehandelt haben, als sie die Belegschaft über die geplante Maßnahme und den Sozialplan informierten. Daher fordern wir die sofortige Zurücknahme der gegen die Kollegen Siemon und Bömer ausgesprochenen Kündigungen.

(Gruppe „Gewerkschafter im Exil" der Deutschen Bibliothek, Frankfurt. Unterzeichnet auch von Kollegen der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund.)



Mitglieder der IGCPK demonstrierten im November '79 vor dem Essener Hotel Bredeney anläßlich einer Beiratssitzung gegen den Abbau von Mitgliederrechten.

Paul Plumeyer läßt sich keinen Maulkorb verpassen

Hauenschild gerät unter Druck

IG Chemie Bezirk Rheinland-Pfalz /Saar kritisiert Hauptvorstand

HANNOVER/MAINZ.— Das gemaßregelte Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik (IGCPK) hat zu den Vorwürfen, die der Gesamtvorstand gegen ihn erhebt, ein Schreiben verfaßt, das er allen Verwaltungsstellen der IGCPK in Westdeutschland und Westberlin zukommen ließ. Der Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saar erklärte, er sähe im Gegensatz zum Gesamtvorstand keine Veranlassung, Plumeyer das Mißtrauen auszusprechen.

Plumeyer hatte sich in einer Rede zu innergewerkschaftlichen Problemen scharf gegen den von Hauenschild und seinen Getreuen geplanten oder bereits vorgenommenen Abbau der Mitgliederrechte gewandt (siehe auch „Roter Morgen" Nr. 7 vom 15. Februar 1980 auf Seite 5).

In seiner Stellungnahme bekräftigt Plumeyer noch einmal seine Haltung und stellt klar, daß die Mißtrauenserklärung des Gesamtvorstandes für ihn kein Grund sei, seine Auffassungen zu revidieren.

Nachdem schon die Verwaltungsstellen Hannoversch-Münden und Duisburg seine ursprüngliche Rede mit großer Begeisterung aufnahmen, weil sie die Forderungen der Gewerkschafter nach mehr Mitgliederrechten widerspiegelte, hat sich nun auch der Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saar gegen den Hauptvorstand um Karl Hauenschild gewandt.

Des weiteren nahm der Bezirksvorstand die skandalösen Äußerungen Hauenschilds zu den jüngsten Heiz- und Benzinpreiserhöhungen aufs Korn. Hauenschild hatte sich zu der Erklärung verstiegen, „die Preiserhöhungen der multinationalen und nationalen Ölkonzerne (können) aus gewerkschaftlicher Sicht toleriert werden".

Die rheinland-pfälzischen Vorstandskollegen forderten den Hauptvorstand auf, Schritte zu unternehmen, um „die Arbeitnehmer und ihre Familien vor ungerechtfertigter Ausbeutung durch weitere Mineralpreiserhöhungen auf breiter Front zu schützen".

Tarifnachrichten

KREFELD.— Die Tarifverhandlungen für die rund 210 000 Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück sind am Donnerstag, den 21. Februar nach elfstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden.

Die IG Metall hat das Unternehmerangebot von 6,7 Prozent abgelehnt. Für Montag, den 25. Februar wurde eine weitere Verhandlungsrunde vereinbart. Deren Ergebnisse lagen bis Redaktionsschluß noch nicht vor.

STUTTGART.— Wie die Deutsche Journalisten-Union und der Deutsche Journalistenverband in Stuttgart mitteilte, werden die Gehälter der rund **5 000 Zeitschriftenredakteure** in der Bundesrepublik um **6,5 Prozent** erhöht.

DÜSSELDORF.— 7,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt erhalten die Beschäftigten der Holzverarbietungsbranche rückwirkend vom 1. Januar 1980. Die Ausbildungsvergütung stieg um dieselbe Punktzahl. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff war mit einer 9,5 Prozent-Forderung in die Verhandlung gezogen.

HAMBURG.— Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier hat einen Antrag an die Tarifkommission verabschiedet, der die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 14 Prozent, mindestens aber 250 Mark für alle vorsieht.

Die Ausbildungsvergütung für das erste Ausbildungsjahr soll von 100 Prozent auf 130 Prozent des Wochenecklohns angehoben werden.

Der Gewerkschaftskommentar

Die aus der Münchner CSU-Zentrale gesteuerte, gegen die Einheitsgewerkschaft gerichtete „Unterwanderungskampagne" stößt nicht nur an der Gewerkschaftsbasis auf breiten Protest. Auch Mitglieder verschiedener Vorstände der Einzelgewerkschaften haben sich dagegen gewandt, zum Beispiel Detlef Hensche (IG Druck und Papier) oder Georg Benz (IG Metall). **Das nützt zweifellos der immer breiter werdenden Opposition in den DGB-Gewerkschaften, Front zu machen gegen Reaktionäre wie Hauenschild, Schmidt und Vetter, die mitunter in dasselbe Horn stoßen wie der Gewerkschaftsfeind Nr. 1, Franz Josef Strauß.**

Die Bonzen können nicht so, wie sie wollen

Am 28. Januar beschloß der DGB-Vorstand, sich an keinerlei Aktivitäten zur 70. Wiederkehr des Internationalen Frauentages zu beteiligen. Dieser frauenfeindliche und gegen die Interessen der Einheitsgewerkschaft gerichtete Beschluß stieß nicht nur an der Gewerkschaftsbasis auf breiten Protest. Der DGB-Kreisvorstand München hat das Verbot durchbrochen und ruft zu einer Veranstaltung auf. Der IGM-Hauptvorstand hat das Vettersche Verbot öffentlich mißbilligt. Die letzte ÖTV-Kreisdelegierten-Konferenz in Nürnberg hat ebenfalls scharfen Protest angemeldet.

Diese Bewegung gegen einen reaktionären Beschluß in der Chefetage des DGB schafft zweifellos gute Bedingungen, den Kampf gegen die Urheber solcher gewerkschaftsschädigender Maßnahmen zu verbreitern und zu verstärken.

Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik lobt die Ölpreispolitik und bekommt nicht nur die Empörung der Gewerkschaftsbasis zu spüren, auch ein Bezirksvorstand nimmt öffentlich gegen den Boß Stellung. Die Pläne Hauenschilds, durch weiteren Abbau der Mitgliederrechte die Kampfkraft der Gewerkschaft zu lähmen und den eigenen Posten zu sichern, haben eine breiter werdende oppositionelle Bewegung hervorgebracht. **Auch hier ist es zweifellos eine besonders gute Bedingung für alle klassenkämpferischen Gewerkschafter, daß ein Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes den Mut aufgebracht hat, trotz Mißtrauensvotum von Hauenschild und Getreuen die Verteidigung der Mitgliederrechte öffentlich zu verlangen.**

In der Tarifpolitik lief dieses Jahr nicht alles nach Plan. Die breite Empörung der Metaller über den 6,8-Prozent-Abschluß sorgte dafür, daß die Hessische Tarifkommission diesem Abschluß ihr Ja-Wort versagte. **Das verbessert die Bedingungen, die verräterische Tarifpolitik der IGM-Bonzen zu bekämpfen.**

Schließlich der Fall der beiden RGO-Betriebsräte bei Hoesch-Union in Dortmund: Sie taten genau das, was jeder ehrliche Kollege von einem Betriebsrat erwarten muß. Als nämlich der Hoesch-Vorstand sich anschickte, die Belegschaft mit einem geheimen Sozialplan übers Ohr zu hauen, schlugen sie Alarm, nur dem Interesse der Kollegen verpflichtet, keinen Gedanken an Karriere verschwendend.

Zwar wurden sie zunächst entlassen, doch ist das letzte Wort längst noch nicht gesprochen. **Breite Solidarität aus anderen Betrieben, aus der Bevölkerung schlägt ihnen entgegen. Prominente wie Max von der Grün oder Klaus Peymann protestieren.**

All die aufgezählten Fälle sind eine große Ermutigung für all jene Kräfte, die die DGB-Gewerkschaften in schlagkräftige, kämpferische Organisationen für die Interessen der Arbeiterklasse verwandeln wollen. Die Bedingungen dafür haben sich verbessert. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß die oppositionellen Kräfte mit aller Energie die Gunst der Stunde nutzen sollten, um noch mehr in die Offensive zu gehen. Es gibt genug Ansatzpunkte. Wir Kommunisten unterstützen in diesem Zusammenhang die Bestrebungen der RGO, die klassenkämpferischen Gewerkschafter über weltanschauliche und parteipolitische Unterschiede hinweg zusammenzuschließen, um den Kampf gegen die Bonzen und Verräter in den Gewerkschaftsvorständen organisiert voranzutreiben.

Zur Lohn- und Gehaltstarifrunde im öffentlichen Dienst

Der ÖTV-Vorstand muß den Willen der Mitglieder vollstrecken!

Breite Bewegung für Festgeldforderung

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst (2,1 Millionen Beschäftigte) beginnen am 7. März. Eine Woche zuvor, am 29. Februar, tagt der ÖTV-Hauptvorstand, um die diesjährige Forderung zu beschließen. Im Dezember hatte der Hauptvorstand bereits eine Empfehlung verabschiedet, die auf 9 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 180 Mark hinausläuft.

Diese Empfehlung hat jedoch breiten Protest bei den Gewerkschaftsmitgliedern hervorgerufen. Seitdem sind viele ÖTV-Gremien zusammengetreten und haben ihre Vorstellungen zur diesjährigen Tarifrunde formuliert.

Zum einen sehen die Kollegen die Notwendigkeit, angesichts der rapide steigenden Inflation einem Lohnabbau vorzubeugen, wie er mittlerweile in der Metalltarifrunde vorgenommen wurde. Und da ist unterhalb einer zweistelligen Forderung überhaupt nichts drin.

Zum anderen ist der Ruf nach einer Festgeldforderung innerhalb der ÖTV lauter denn je, denn im Bereich des öffentlichen Dienstes sind die Lohn- und Gehaltsunterschiede erheblich größer als in anderen Branchen.

Im folgenden ein kurzer Überblick über die Forderungen verschiedener ÖTV-Versammlungen:

- **Städtische Kliniken Köln** — 250 Mark für alle;
- **Kirchliche Mitarbeiter Dortmund** — 230 Mark für alle;
- **Kreisdelegierten-Konferenz in Nürnberg** — 280 Mark für alle;
- **Vollversammlung der Vertrauensleute der Kreisverwaltung Frankfurt** — 10 Prozent, mindestens aber 240 Mark für alle;
- **Vertrauensleute-Konferenz im Kreis Neckar-Alb** — 350 Mark für alle.

Die Kreisdelegiertenkonferenz Nürnberg sprach sich gleichzeitig für eine Vereinheitlichung der Ortszuschläge aus.

Diese Bewegung an der Gewerkschaftsbasis bis hinauf auf die Kreisebene ist um so höher zu bewerten, wenn man die Bestrebungen des Hauptvorstandes kennt, die Gewerkschaftsarbeit auf Betriebsebene zu behindern bzw. einzustellen.

Jedes ÖTV-Mitglied wird aus eigener Erfahrung wissen, daß die Reaktionäre in der Gewerkschaftszentrale sich auf nicht wenige Kreisfunktionäre bei der Verfolgung dieser gewerkschaftsschädigenden Pläne stützen können.

In Essen beispielsweise fand kürzlich eine Kreisdelegiertenkonferenz statt, ohne daß in allen Betrieben Lohnforderungen diskutiert und beschlossen wurden. Dieser unhaltbare Zustand schaffte dann gute Bedingungen, die Hauptvorstandsvorstellungen auf der Kreisdelegiertenkonferenz gegen die sich allenfalls spontan regende Opposition durchzudrücken.

Die Konsequenz muß lauten: **Unbedingt die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben wieder in Schwung zu bringen!**

Wenn der Hauptvorstand diesen Freitag zusammentritt, könnte es sicherlich nicht schaden, wenn ihm zahlreiche Gewerkschafter durch Kundgebungen „den Rücken stärken" würden, denn die Erfahrung zeigt, daß die Gewerkschaftsvorstände bei der Festlegung der Tarifforderung in der Regel erheblich hinter den Beschlüssen der Kollegen zurückbleiben und so den Unternehmern schon auf halbem Wege entgegenkommen.

Wenn die Unternehmer verkünden, der 6,8-Prozent-Abschluß bei Metall sei der diesjährige Lohnführer, so heißt das noch lange nicht, daß sich die ÖTVler dieser auf weiteren Lohnabbau abzielenden Argumentation anschließen werden.

Im öffentlichen Dienst muß eine echte Erhöhung der Löhne und Gehälter durchgesetzt werden.

Gewerkschaftsbonzen bekamen Schuß vor den Bug

Hessische Tarifkommission lehnt Verhandlungsergebnis ab

FRANKFURT.— Mit 28 gegen 26 Stimmen hat die große Tarifkommission des IG-Metall-Bezirks Hessen den in Nordrhein-Westfalen bereits abgesegneten 6,8-Prozent-Abschluß abgelehnt. Damit erteilten sie der hessischen Verhandlungskommission der IG Metall eine klare Abfuhr.

Es hatte alles so schön nach dem Willen der Unternehmer begonnen. In Nordrhein-Westfalen wurde unter Führung des Verräters Kurt Herb der Anfang gemacht. Herb und seine Kumpane widersetzten sich dem erklärten Willen der Vertrauensleutekörper der großen Betriebe und paukten den 6,8-Prozent-Abschluß durch.

Der Unternehmerverband erhob den Abschluß zum Vorbild für das ganze Bundesgebiet, was vom IGM-Vorstand lautstark beklatsch wurde.

Auch in Hessen klappte die Regie zunächst. Die Verhandlungskommission der Gewerkschaft parierte und akzeptierte den Lohnabbau von NRW.

Doch dann entwickelte sich die Sache anders als die Unternehmer und ihre Partner im IGM-Vorstand gedacht hatten.

Zuerst protestierten die 1 000 Vertrauensleute von Opel-Rüsselsheim mit nur wenigen Gegenstimmen gegen den Abschluß, wobei sich die Kritik insbesondere dagegen richtete, daß man die unteren Lohngruppen, die von der Teuerung besonders hart betroffen sind, nur mit einer schmalen einmaligen Sonderzahlung abfinden wollte, anstatt ihren Tariflohn überdurchschnittlich stark zu erhöhen.

Die Große Tarifkommission schloß sich dieser Argumentation an.

Letze Meldung

Wie kurz vor Redaktionsschluß zu erfahren war, hat der IGM-Bundesvorstand unter Eugen Loderer in den Abendstunden des 24. Februars den hessischen Bezirksleiter Pleitgen entgegen dem Votum der Großen Tarifkommission aufgefordert, den 6,8-Prozent-Abschluß zu unterzeichnen, was dieser mittlerweile getan hat.

Wieder einmal hat der IGM-Vorstand den Willen der Metaller mit Füßen getreten. Wieder einmal haben Loderer und seine Getreuen demonstriert, was sie unter innergewerkschaftlicher Demokratie verstehen.

Um die Berufsverbote, dieses Markenzeichen des Bonner Staates, war es im zweiten Halbjahr 1979 etwas stiller geworden. In der Öffentlichkeit konnte fast der Eindruck entstehen, als hätte das Problem an Schärfe und Brisanz verloren, als hätte es sich im Gefolge einer mit großem propagandistischen Aufwand betriebenen „Liberalisierung" gar weitgehend aufgelöst. — Doch der Eindruck täuscht. An der Realität der Berufsverbote für Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen in der Bundesrepublik hat sich im Grunde nichts geändert. Neue bekanntgewordene Fälle werfen nur neues Licht auf die alte Misere.

Neue Fälle von Berufsverboten

Die Berufsverbote müssen fallen!

Die „Liberalisierung" war ein Täuschungsmanöver

Der Fall Erdner

In Hamburg hat der Beamtenernennungsausschuß am Mittwoch, den 13. Februar, die Ernennung des Lehrers Thomas Erdner, der ein aktives Mitglied der DKP ist, zum Beamten abgelehnt. Unter den sieben Mitgliedern des Gremiums, das das Berufsverbot verhängt hat, gehört die Mehrheit der SPD an — jener Partei also, die in ihren Proklamationen und Programmen für eine „Liberalisierung" der Berufsverbote-Praxis einzutreten vorgibt und die in der Hansestadt die Regierung Klose stellt. — Der Diplombiologe Erdner hat seinen Schuldienst seit acht Jahren ohne Beanstandungen versehen. Er vertritt als Personalratsvorsitzender rund 3 000 Gymnasiallehrer.

Der Fall Preßmar

Zum 1. Januar 1980 erhielt der Sozialarbeiter Willi Preßmar die fristlose Kündigung vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Man warf ihm vor, in den letzten drei Jahren an verschiedenen Aktivitäten des KBW beteiligt gewesen zu sein. Informationen hatten sich die Behörden aus Ermittlungsakten gegen Willi Preßmar besorgt. Obwohl kein einziges rechtskräftiges Urteil vorliegt, ist die Kündigung dennoch ausgesprochen worden. — Preßmar war seit fünf Jahren bei der Stadt Frankfurt als Sozialarbeiter beschäftigt. Drei Jahre lang hatte er in der Sozialstation Höchst gearbeitet. Dort hatten ihn die Gewerkschaftsmitglieder zum Vertrauensmann gewählt.

Der Fall Cipa

Einen Tag nach seinem mit „gut" bestandenen Lehrerexamen flatterte dem Bonner Referendar Peter Cipa am 18. Dezember 1979 die Vorladung zu einem „Einstellungsgespräch" beim Düsseldorfer Schulkollegium ins Haus. Der Junglehrer mußte feststellen, daß er seit 1972, dem Jahr, an dem sein Studium in Bonn begonnen hatte, systematisch vom Verfassungsschutz bespitzelt worden war. Die Ergebnisse dieser Schnüffelaktion werden nun als Indizien für seine angebliche Verfassungsfeindlichkeit herangezogen. Cipa soll sich an Aktionen der DKP beteiligt haben. — Auch der Fall Cipa spielt sich in einem Bundesland — Nordrhein-Westfalen — ab, in dem die angebliche Berufsverbote-Liberalisierungspartei SPD das Sagen hat.

Die „Liberalisierung"

Die „Liberalisierung" der Berufsverbotspraxis Anfang des Jahres 1979 war eine Reaktion der westdeutschen Staatslenker auf das Anwachsen der Empörung und des Widerstands in der Bevölkerung gegen die Berufsverbote. Im Ausland war das deutsche Wort „Berufsverbote" — es gibt in den anderen Sprachen keine derartige Bezeichnung — längst zum Charakteristikum der reaktionären Entwicklung in Westdeutschland geworden.

Um nun den demokratischen Schein zu wahren und den lästigen Kritikern im In- und Ausland den Wind aus den Segeln zu nehmen, legte die Bundesregierung Anfang Januar 1979 eine Neufassung der „Grundsätze zur Überprüfung der Verfassungstreue" vor, die am 1. April 1979 in Kraft trat. Der Hauptinhalt dieser Neuregelung bestand in einem Verzicht auf die Regelanfrage. Nun sollte nicht mehr jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst automatisch überprüft werden, sondern nur noch, wenn er „tatsächliche Anhaltspunkte" für eine sogenannte Verfassungsfeindlichkeit bot. Die Neufassung der „Grundsätze" war auf jeden Fall ein Erfolg des Kampfes gegen die Berufsverbote; sie markierte ein Zurückstecken der in Sachen Berufsverbot allzuweit vorgeprechten Regierungsreaktionäre; sie machte in verschiedenen Fällen die Maschen des Berufsverbotenetzes tatsächlich etwas weiter. Doch insgesamt änderte die neue Regelung an den Berufsverboten nichts; mit der Regelanfrage fielen die Berufsverbote nicht.

Die Unions-Länder

Überdies kam die Neufassung der „Grundsätze zur Überprüfung der Verfassungstreue" in einem beträchtlichen Teil Westdeutschlands erst gar nicht zur Anwendung. Die von den Unionsparteien regierten Länder — mit Ausnahme des Saarlands, wo die CDU mit der FDP eine Koalitionsregierung bildet — lehnten schlichtweg ab, die Regelanfrage abzuschaffen. Sie verfolgen weiter unbeirrt den offen reaktionären Kurs.

Im Land **Rheinland-Pfalz** etwa werden die Karteien beim Verfassungschutz nach allen Bewerbern abgefragt, die in eine engere Wahl für eine Einstellung gezogen werden. Eine Ausnahme bilden nur die Bewerber unter 18 Jahren. — Auch bei Arbeitern und Angestellten ist „Treue zur Verfassung" Voraussetzung für eine Einstellung in den öffentlichen Dienst.

Auch in **Bayern** wird bei jeder Einstellung der Verfassungsschutz eingeschaltet. Dabei werden auch die Bewerber unter 18 Jahren überprüft. Angekreidet werden auch „Jugendsünden" auch rein verbale Kritik an der in der Bundesrepublik bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. — Erst im Januar dieses Jahres lehnte der bayrische Landtag eine Abschaffung der Regelanfrage für Bayern erneut ausdrücklich ab.

Nicht viel anders sieht es in **Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein** und **Niedersachsen** aus. Niedersachsen kann für die Jahre 1972 bis 1979 folgende „Erfolgs- und Abschußliste" präsentieren: Überprüft wurden in dem Lande Albrechts insgesamt 79 000 Bewerber für den öffentlichen Dienst. Die Überprüfung führte in 582 Fällen zum Berufsverbot. Bei den in Niedersachsen mit dem Berufsverbot Belegten handelt es sich ausschließlich um „Linksextremisten".

Die SPD/FDP-Länder

„Eigentlich sollte im Bund und in den Ländern, wo SPD und FDP regieren, seit dem vergangenen 1. April die blinde Radikalenhatz aufgehört haben", schrieb der „stern" am 24. Januar 1980. Eigentlich...

Im Stadtstaat **Hamburg**, dem Bundesland mit der liberalsten Handhabung der Radikalenerlasse, besteht die Praxis der Berufsverbote nach wie vor (siehe Thomas Erdner). — Im Sommer letzten Jahres gab es in Hamburg fast 100 vom Berufsverbot Betroffene, deren Übernahme in ein Beamtenverhältnis oder in den öffentlichen Dienst verweigert wurde.

In **Nordrhein-Westfalen** wurde am 6. Juni 1979 die Regelanfrage abgeschafft. Seither müssen sich alle Bewerber schriftlich verpflichten, keine Bestrebungen zu unterstützen, die gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" oder gegen „eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind". „Ich bin mir bewußt", heißt es abschließend in dieser Erklärung, „daß beim Verschweigen einer solchen Unterstützung die Ernennung / der Abschluß des Arbeitsvertrages als durch arglistige Täuschung herbeigeführt angesehen wird. Arglistige Täuschung führt zur Zurücknahme der Ernennung / Anfechtung des Arbeitsvertrages." — Weigert sich ein Bewerber, diese Erklärung zu unterschreiben, oder ergeben sich im Einstellungsverfahren „sonstige Bedenken hinsichtlich der Verfassungstreue des Bewerbers", so wird beim Verfassungsschutz nachgefragt.

Bonn und die Berufsverbote

Wie die angebliche „Liberalisierung" der Praxis der Berufsverbote auf Bundesebene aussieht, zeigt anschaulich die Handhabung des Radikalenerlasses bei Post und Bahn. Betrachten wir den Bereich der Post. Hier sind seit dem vergangenen Sommer gegen fünf Postbeamte auf Lebenszeit förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Außerdem sind in acht Fällen Anhörungen, in sieben Fällen Vorermittlungen, in einem Fall ein Untersuchungsverfahren gegen einen Probebeamten und drei Rechtsstreitigkeiten im Gange.

Da ist der Fall der Fernmeldeobersekretärin Rosemarie Ukrow. Wegen „aktiver Betätigung" in der DKP verdächtigt die Deutsche Bundespost ihre Beamtin der Verletzung der „politischen Treuepflicht". Die Arbeit von Frau Ukrow war kurz vorher noch mit „gut" uns „sehr gut" bewertet worden.

Dem KBW-Mitglied und Postarbeiter Wilfried Willenbroock aus Bremen wurde ein Protest gegen Kernkraftwerke zum Verhängnis. Die Post warf ihm vor, daß er am 11. September 1976 „mittels eines Gigaphons gegen das geplante Atommüllager Lichtenmoor und das geplante Kernkraftwerk Efelsen polemisiert" hätte. — Willenbroock erhielt das Dienstverfahren, nachdem er bereits sieben Jahre bei der Post gearbeitet hatte.

Zwanzig Dienstjahre waren es bei dem Stuttgarter Fernmeldeamtmann Hans Meister, ebenfalls DKP-Mitglied und Postgewerkschafter, als er ein Berufsverbotsverfahren bekam. An Beweisen allerdings haperte es. Die Untersuchungsbehörden mußte sogar bei der Postgewerkschaft anfragen, ob Meister „sich für die Ziele der DKP eingesetzt hat und/oder im Kreis der Gewerkschaftskollegen für diese Partei geworben hat."

Die Gescheidle-Tour

An dem Fall Hans Meister entzündete sich auch ein Konflikt zwischen dem Bundespostminister Gscheidle und dem Bundesdisziplinaranwalt Hans Rudolf Claussen. Der Streit wirft ein bezeichnendes Licht auf das Vorgehen der Berufsverbotsmacher in Westdeutschland. Gscheidle hatte noch im vergangenen Sommer den ganz harten Kurs gefahren: „Ein Beamter, der aktives Mitglied der DKP ist, fliegt raus." Gscheidles Kurs jedoch paßte nicht in das Bonner „Liberalisierungs"-Konzept. Die Bonner Amtskollegen riefen ihn zur Raison, und Gscheidle „änderte" sich. Im Falle des Hans Meister trat er nun plötzlich dafür ein, den DKP-Mann einzustellen. Jetzt aber legte sich der Bundesdisziplinaranwalt Claussen quer: Er bestand auf dem Berufsverbotsverfahren gegen Meister. — Nun konnte die Öffentlichkeit Gscheidle in der Rolle des liberalisierenden Demokraten bewundern. In einem Brief distanzierte sich Gscheidle von dem Vorgehen des Bundesdisziplinaranwalts.

Wenn es Gscheidle wirklich darauf ankäme, die Berufsverbotspraxis zu liberalisieren, dann könnte er die vierzig Berufsverbotsverfahren, die gegenwärtig bei Bahn und Post anhängig sind, einfach einstellen — es läge in seiner Macht. Aber darum geht es Gscheidle nicht. Es geht ihm nur darum, einen Sündenbock — in diesem Fall Claussen — für eine Berufsverbotspolitik zu haben, die ganz im Sinne des sauberen Ministers und der gesamten Bonner Regierung liegt.

Trotz aller „Liberalisierung" gibt es also auch weiterhin die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes nicht. Die Bespitzelung wird fortgesetzt, der Verfassungsschutz bleibt weiter eingeschaltet, die Berufsverbote gibt es nach wie vor. Die Bundesregierung hat bisher nicht eine einzige wesentliche Forderung erfüllt, die im Kampf gegen die Berufsverbote gestellt wurde. Unter dem Mantel einer angeblichen Liberalisierung setzt sie nur die alte reaktionäre Praxis fort.

Der Kampf für die ersatzlose Streichung des Radikalenerlasses steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Berufsverbote müssen fallen!



„Berufsverbote" — das deutsche Wort ist in vielen Sprachen ein Begriff für reaktionäre Politik — made in West-Germany — geworden. Das Foto zeigt eine Demonstration in Frankreich.

Die Kehrseite der Berufsverbote

Faschisten im Staatsdienst

Während gegen Kommunisten, Antifaschisten und andere Linke munter Berufsverbote verhängt werden, können sich Alt- und Neonazis, die sich offen zu den Zielen der NPD oder anderer neofaschistischer Organisationen bekennen, unbehelligt im öffentlichen Dienst tummeln. Zu Entlassungen von Faschisten ist es bisher nur auf Druck einer antifaschistischen Öffentlichkeit gekommen.

• Wilhelm Wiedermann, Anton Kollroß und Hans-Jürgen Beimler, Vorsitzender bzw. Stellvertretende Vorsitzende der NPD im Bezirk Oberpfalz, sind alle drei in Staatsdiensten. Wiedermann unterrichtet am Gymnasium im oberpfälzischen Neumarkt Deutsch und Geschichte; Kollroß ist Polizeihauptmeister und Beimler Justizoberinspektor. Obwohl das Trio seit Jahren auffällig und einschlägig bekannt ist, reagierten die Behörden erst unter dem Druck antifaschistischer Proteste — jedoch äußerst hinhaltend. Im Falle Wiedermann sind die Vorermittlungen (!) zu einem Disziplinarverfahren noch nicht abgeschlossen. Gegen Beimler wurde erst Ende 1979 ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Kollroß wurde zwar Anfang September letzten Jahres unter Kürzung seiner Bezüge um 50 Prozent vom Dienst suspendiert. Das Verwaltungsgericht Ansbach aber erklärte ihn wieder für „dienstfähig". Das Gericht begründete die Entscheidung mit Verfahrensfehlern; es stellte außerdem fest, daß dem Programm der NPD eine verfassungsfeindliche Tendenz nicht zu entnehmen sei.

• Am Tulla-Gymnasium in Mannheim unterrichtet weiterhin der Oberstudienrat Günter Deckert. Deckert ist Bundesvorsitzender der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten", NPD-Stadtrat in Weinheim und Vorsitzender der NPD im Rhein-Neckar-Kreis.

• Major Karlheinz Lindner, Landesvorsitzender der NPD in Nordrhein-Westfalen, wurde zwar aufgrund massiver öffentlicher Proteste vom Dienst in der Bundeswehr suspendiert. Er tritt aber nach wie vor in der Öffentlichkeit als Major auf, da — so das Bundesverteidigungsministerium — es ihm nicht verwehrt werden könne, „mit seinem Namen auch seinen Dienstgrad zu führen".

• Helmut Dieterle, „Gauführer Schwaben" der neonazistischen Wikingjugend, stand 1977 wegen eines blutigen Überfalls mit Mitgliedern der mittlerweile verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann" auf Antifaschisten vor Gericht. Dieterle darf aber weiterhin an einer Schule in Vöhringen bei Rottweil unterrichten.

• In Niedersachsen bot das Kultusministerium dem Oberstudiendirektor Kausch eine Stelle als stellvertretenden Vorsitzenden des Lehrerprüfungsamtes an. Kausch, der 1978 wegen neofaschistischer Aktivitäten vorläufig vom Dienst suspendiert worden ist, erhält die Stelle, falls die Disziplinarkammer — womit offensichtlich gerechnet wird — zu seinen Gunsten entscheidet.

Skandalurteil in Freiburg

Geldsammlung für Patrioten in Simbabwe verboten

Gericht: Sammlung ist „Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker"

FREIBURG. — Das Verwaltungsgericht in Freiburg hat in der vergangenen Woche mit Berufung auf das Friedensgebot des Grundgesetzes ein behördliches Verbot bestätigt, durch das dem KBW im Frühjahr 1979 untersagt wurde, eine Geldsammlung für die Patrioten von Zimbabwe durchzuführen.



Patrioten in Zimbabwe — Solidarität kriminalisiert.

Der KBW hatte beabsichtigt, Geld für eine Druckausrüstung zu sammeln, die der ZANU zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Sammlung war seinerzeit nicht genehmigt worden, und jetzt schmetterte das Verwaltungsgericht die Klage des KBW mit einer unglaublichen Begründung ab: Die ZANU wäre im letzten Jahr an „bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen" beteiligt gewesen. Und deshalb — so folgerten die Freiburger Richter messerscharf — wäre die beabsichtigte Sammlung eine „zur Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker geeignete Handlung" gewesen.

Diese Begründung spricht wahrlich Bände über den Geist der Bonner Justiz. Bekanntlich ist ja das rassistische Smith-Regime, das im vergangenen Frühjahr noch die ungeteilte Macht in Simbabwe ausübte, nicht nur von der Organisation Afrikanischer Staaten, sondern auch von der UNO, deren Mitglied die BRD ist, für illegal erklärt worden. Die „bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen" — das war der gerechte Kampf des Volkes von Simbabwe für den Sturz dieses illegalen Regimes. Die Freiburger Richter jedoch kehren die Dinge um. Sie machen aus denen, die den Kampf des Volkes unterstützen wollten, Kriegstreiber, die gegen das „friedliche Zusammenleben der Völker" arbeiten würden.

Man muß sich dieses Urteil nur einmal vor dem Hintergrund dessen ansehen, was sich gegenwärtig im Zuge der hierzulande aufgepeitschten Afghanistan-Hysterie abspielt. Da reist etwa zur gleichen Zeit, wo in Freiburg dieses Urteil gesprochen wurde, ein Minister Matthöfer nach Ankara und überbringt den faschistischen Generälen der Türkei ein Waffengeschenk von einer runden Milliarde Mark. Und wofür die dankbaren Empfänger diese Waffen gebrauchen, ist in der letzten Zeit mehr als deutlich geworden: zum Arbeitermord in Izmir oder zur Ausrottung des kurdischen Widerstands im Osten des Landes.

Und diese „Türkenhilfe" ist ja nur ein Beispiel unter vielen. Vom Bonner Waffensegen profitieren auch die südafrikanischen Rassisten, die beinahe täglich Überfälle auf ihre Nachbarländer unternehmen. Der Bonner Waffenhandel kommt den argentinischen Faschisten ebenso zugute wie dem Militärregime von Pakistan. Und all das sollen keine „zur Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker geeignete Handlungen" sein? Die westdeutschen Imperialisten und ihre Bonner Handlanger vom Schlage eines Matthöfers sind es doch, die überall auf der Welt den Faschismus militärisch aufrüsten, die damit auch bewaffnete Aggressionen gegen die Völker schüren. Sie sind es, die ständig gegen jenen Artikel 26 des Grundgesetztes verstoßen, den die Freiburger Richter jetzt gegen die Geldsammlung angewandt haben.

Wenn dieses Urteil Schule macht, dann könnte morgen schon die organisierte Solidarität mit den Arbeitern von Izmir verboten werden. Dann wären alle diejenigen, die sich für die tätige Unterstützung des Kampfes anderer Völker für Freiheit und Demokratie einsetzen, von vorneherein als Kriegshetzer kriminalisiert.

Gekündigte Strauß-Gegnerin

„Ich halte es für notwendig, gegen den Gewerkschaftsfeind Strauß Stellung zu beziehen."

In den beiden letzten Ausgaben der RM berichteten wir über Ute N., die als Angestellte in der Frankfurter Zentrale der IG Bau-Steine-Erden gekündigt wurde, nachdem sie sich geweigert hatte, einen Anti-Strauß-Aufkleber von ihrem Kartenlocher zu entfernen. Die Kündigung erfolgte jedoch nicht, wie wir schrieben, fristlos, sondern fristgerecht. Außerdem ist Ute N. nicht neun, sondern acht Jahre bei der IG BSE beschäftigt. Im folgenden eine Darstellung, die Ute der Zeitung „Die Neue" gab.

„Ich halte es für notwendig, gegen den Gewerkschaftsfeind und Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß Stellung zu beziehen — auch an meinem Arbeitsplatz. Deshalb befestigte ich am 12. Dezember 1979 auf ‚meinem' Kartenlocher in der Datenabteilung des Hauptvorstands der IG Bau-Stein-Erden den Aufkleber ‚Strauß — nein danke'. Wenige Stunden später forderte mich der Abteilungsleiter der Datenverarbeitung auf, den Aufkleber binnen einer Stunde zu entfernen. Er wünsche keine ‚parteipolitischen Aktionen' hier. Begründen wollte er das nicht: ‚Ich diskutiere nicht mit ihnen.'

Für mich kam es darauf an, auch im Verwaltungsapparat der BSE jene Kollegen zu unterstützen, die eindeutig gegen Strauß auftreten, wie beispielsweise die Delegierten Mergard (Kassel) und Gawlas (Gießen) beim 11. Gewerkschaftstag der BSE im Oktober in Westberlin.

Nach der Aufforderung meines Abteilungsleiters sprach ich mit dem Betriebsratsvorsitzenden Rudolf Kühne. Er riet mir, den Aufkleber zu entfernen. Ich aber ließ ihn dran. Bei der Betriebsratssitzung am nächsten Tag wurde mir gesagt, die Kollegen Mergard und Galwas dürften sich gegen Strauß äußern, weil sie Delegierte seien. Ich als Angestellte des Hauptvorstands dürfte das dagegen nicht.

Auf meine Frage, warum denn zu Wahlen innerhalb des Gebäudes mit Plakaten für die SPD geworben werden kann, erhielt ich keine Antwort. Anschließend teilte mir der Betriebsrat mit, daß ich fristgerecht zum 30. 6. 80 gekündigt werde (er hat der Kündigung mehrheitlich zugestimmt).

Außerdem sei mit meiner fristlosen Kündigung zu rechnen, wenn ich den Aufkleber weiter auf der Maschine lasse. Ich nahm ihn ab.

Die schriftliche Kündigung kam dann nach dem Jahreswechsel — ohne Begründung. Die wurde erst am 6. Februar dem Arbeitsgericht nachgereicht und ist mir bis heute nicht bekannt. Gegenüber der ‚Frankfurter Rundschau' (5. 2. 80) wies BSE-Hauptvorstandsmitglied Konrad Carl jeden Zusammenhang zwischen Aufkleber und Kündigung zurück. Nicht eine derartige ‚Kinderei' sei der Kündigungsgrund, sondern die Nichterfüllung meiner Arbeitspflichten. Beim ersten Anhörungstermin des Arbeitsgerichts Frankfurt am 11. 2. 80 lehnte ich einen vorgerichtlichen Vergleich ab und forderte die Wiedereinstellung. Auf Befragen des Richters verneinte Carl die Möglichkeit meiner Weiterbeschäftigung in einer anderen Abteilung als dem Lochsaal. Der nächste Arbeitsgerichtstermin ist am 31. März.

Zu der Behauptung, daß ich angeblich meine Arbeitspflichten nicht erfüllt habe, möchte ich folgendes sagen: Ich bin seit acht Jahren im Lochsaal des BSE-Hauptvorstands beschäftigt. In dieser Zeit erhielt ich zwei ‚Abmahnungen', eine am 19. 12. 78, die andere am 19. 10. 79. Beide Male bestand ich darauf, zu Gesprächen mit meinem Abteilungsleiter, in denen er mir — nach meiner Ansicht unberechtigte — Vorwürfe machte, ein Mitglied des Betriebsrats hinzuzuziehen. Beide Gespräche verliefen keineswegs sachlich und korrekt. Deshalb ging ich davon aus, ein Recht zu haben, die Gespräche nur unter Hinzuziehung eines neutralen Zeugen fortzusetzen. Schon in meiner Entgegnung auf die erste Abmahnung betonte ich, daß ich nicht sehen kann, wo ich meine Arbeitspflichten verletzt hätte."

Der Fall Peter Egloff

Arzt am Krankenbesuch gehindert

Zweierlei Maßstab beim freien Geleit

KARLSRUHE. — Vor drei Monaten wurde der Schweizer Staatsbürger Peter Egloff während einer Gerichtsverhandlung in Karlsruhe verhaftet — obwohl ihm das Gericht schriftlich freies Geleit zugesichert hatte. Egloff leidet seit längerem an Herzbeschwerden. Aber es bedurfte erst der dringenden Bitte des Schweizer Generalkonsuls in Stuttgart, daß der zuständige Richter eine ärztliche Untersuchung erlaubte.

Als jedoch der Arzt mit einer Helferin zum vereinbarten Termin vor der Justizvollzugsanstalt in Karlsruhe erschien, mußte er erst einmal eine dreiviertel Stunde vor dem Tor warten. Dann erschien der stellvertretende Leiter der Anstalt und eröffnete den beiden, sie müßten vor einem Besuch des Gefangenen „körperlich durchsucht und gesondet" werden. Auf ihren empörten Protest und ihre Weigerung, sich solchen Maßnahmen zu unterziehen, erfolgte keine Reaktion. Der Krankenbesuch fand nicht statt.

Aber nicht nur diese Verhinderung der ärztlichen Hilfe, schon die Verhaftung des Peter Egloff war ein Skandal. Der Schweizer war am 19. November des letzten Jahres als Zeuge in einem Prozeß gegen die Vorsitzende des Frankfurter Studentenparlaments, Brigitte Heinrich, vernommen worden. Für seinen Auftritt vor dem Gericht war ihm schriftlich freies Geleit zugesichert worden. Die Umstände eines solchen freien Geleits sind in einem europäischen Rechtshilfeabkommen zwischen 15 Ländern festgelegt, dem auch die Bundesrepublik beigetreten ist.

Nach diesem Abkommen darf ein ausländischer Zeuge oder Sachverständiger „wegen Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor seiner Abreise" aus dem Heimatland „weder verfolgt noch in Haft gehalten noch einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden."

Peter Egloff sollte die Angeklagte Brigitte Heinrich belasten. Da er jedoch den ihr vorgeworfenen Waffenschmuggel zugunsten einer „terroristischen Vereinigung" nicht bestätigen wollte, ließ ihn der Oberstaatsanwalt Ens kurzerhand im Gerichtssaal wegen angeblicher Falschaussage verhaften. Und das Gericht schwieg dazu — trotz des zugesagten freien Geleits.

Nicht immer jedoch gehen westdeutsche Gerichte mit solchen Methoden gegen ausländische Zeugen vor — jedenfalls dann nicht, wenn es sich bei ihnen um faschistische Verbrecher handelt. Das hat ebenfalls im vergangenen Herbst der Bückeburger Prozeß gegen die braune Bande um den ehemaligen Bundeswehrleutnant Kühnen gezeigt. Da war nämlich als Zeuge der Amerikaner Gary Rex Lauck geladen, Führer der NSDAP-Auslandsorganisation und erwiesenermaßen der Hintermann der terroristischen Aktivitäten von Kühnen und Co.

Lauck bekam freies Geleit zugesichert. Und wie er seine Zeugenaussage bei Gericht machen wollte, hatte er schon vorher in aller Offenheit in seinem Hetzblatt „NS-Kampfruf" niedergelegt: „Ob mit oder ohne Eid, ich werden ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Begebenheiten immer das schildern, was ich für richtig halte und was der Partei nützt." Und genau das tat Lauck dann auch. Er log das Blaue vom Himmel herunter, so, wenn er etwa über seine faschistische Terrorbande sagte: „Wir lehnen Gewalt ab." Im „NS-Kampfruf" dagegen konnten die Richter genau das Gegenteil lesen: „Wir begrüßen alles, was diesen Staat zerstört", „Terror erfordert Gegenterror" usw.

Peter Egloff war bis Freitag in Karlsruhe inhaftiert, obwohl der Staatsanwalt offenkundig größte Mühe hat, die angebliche Falschaussage irgendwie nachzuweisen. (Immerhin brauchte er drei Monate, bis er jetzt eine Anklageschrift zurechtgezimmert hatte.) Gary Rex Lauck dagegen konnte trotz seiner offenkundigen Lügen die Bundesrepublik als freier Mann wieder verlassen. Aber der ist ja schließlich auch ein prominenter Nazi-Terrorist.





Peter Egloff (links), trotz freiem Geleit inhaftiert. US-Faschist Lauck (rechts) auf freiem Fuß.

Notiert:

Kein Raum für SS-Treffen

KOBLENZ. — Nach starken Protesten (der RM berichtete in Nr. 8/80 darüber) ist ein Treffen von ehemaligen Angehörigen der SS-Totenkopfverbände vorerst gescheitert. Der Inhaber des Lokals „Ritterburg" in Koblenz kündigte den schon abgeschlossenen Mietvertrag für den 18. bis 20. April.

Zahlreiche gewerkschaftliche und politische Organisationen hatten nach dem Bekanntwerden der geplanten Versammlung gegen das Treffen der SS-Leute protestiert.

Meldepflicht für Camper

MÜNCHEN. — In Bonn wird über eine Entschärfung der „Antiterrorgesetze" debattiert. Inzwischen tritt jedoch ein weiteres dieser im Herbst 77 verabschiedeten Gesetze in Kraft. Wie der ADAC in München mitteilte, müssen sich in diesem Jahr auch Camper registrieren lassen. Nahezu alle Bundesländer würden gegenwärtig eine entsprechende Änderung ihrer Meldegesetze vorbereiten.

Verschleppung von NS-Prozessen kritisiert

WESTBERLIN. — Der Bundesvorstand Jüdischer Studenten hat „gegen die Verzögerung und Verschleppung der Ermittlungen in den NS-Verfahren" protestiert. Außerdem wandte er sich gegen eine „Gleichbehandlung von NS-Tätern und NS-Opfern". Der Verband betont, „daß aktive Mitglieder von NS-Organisationen keinen Anspruch auf Entschädigung oder ‚Wiedergutmachung' haben."

Vertrauensleuteversammlung bei Still

„Du kannst den Abschluß noch so bunt anmalen, davon wird er nicht besser!“

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Heute, am 19.2., wurde auch im Nordverbund der Lohnraubabschluß aus NRW übernommen. Zufällig hatten wir heute abend reguläre Vertrauensleutesitzung, so daß die Tarifrunde gleich Thema Nr. 1 wurde. Ein Betriebsratsmitglied, das gleichzeitig Mitglied der Verhandlungskommission ist, berichtete über den Abschluß und übte dabei auch Kritik an der Verhandlungsführung der IGM, durch die die Tarifkommission nur noch eine Statistenrolle ausübt. Bekanntlich wurde in NRW ja vereinbart, den dortigen Abschluß in allen Tarifgebieten zu übernehmen.

Dann wurde von einigen Vertrauensleuten das Ergebnis zum Teil in erheblicher Schärfe zurückgewiesen, so daß der anwesende Vertreter der Ortsverwaltung, D. Richter, sich genötigt sah, sowohl die Verhandlungsmethoden als auch das Ergebnis zu verteidigen. Er behauptete schlicht, so einen Protest gäbe es nur bei Still. In anderen Betrieben seien die Kollegen froh darüber, so schnell einen solchen „Erfolg“ erreicht zu haben.

Als Beispiele führte er an: Auf einer Gesamtbetriebsratssitzung eines Konzerns habe er mit Kollegen aus vielen Teilen der BRD sprechen können. Ihre Meinung sei gewesen: Bei 6,8 Prozent sofort abschließen. Und Baden-Württemberg, wo es immerhin Warnstreiks gegeben habe, sei der erste Bezirk nach NRW gewesen, der angenommen habe.

Der Abschluß sei außerdem geeignet, die offizielle Preissteigerungsrate von **4,5 Prozent** (!) für 1980 auszugleichen. An der aufkommenden Unruhe merkte er dann, daß er ins Fettnäpfchen getreten war und entschuldigte sich damit, daß diese Rate ja allgemein anerkannt sei. Zur Beschönigung zog er dann noch Vergleiche, was die IGM doch in den letzten Jahren alles erreicht habe, daß wir jetzt bald sechs Wochen Urlaub hätten und ähnliches.

Hierzu wurde von einer Reihe von Vertrauensleuten klar Stellung bezogen. Einer meinte: *„Du kannst den Abschluß noch so bunt anmalen, davon wird er trotzdem nicht besser!“*

Einer betonte: *„Wir und eine Menge anderer Betriebe haben 250 DM gefordert. Wir haben dann die offizielle Forderung von 7,5 Prozent plus 75 DM akzeptiert und Abstriche zugunsten der Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen gemacht. In dem Abschluß ist davon nichts übrig geblieben. Die Kollegen in den unteren Lohngruppen stehen jetzt noch schlechter da.“*

Auch die 4,5-Prozent-Rate wurde als falsch zurückgewiesen und der Abschluß als tatsächliche Lohnsenkung bezeichnet.

Am Vortag der Entscheidung der Tarifkommission (TK) in NRW hatte unsere VK-Leitung auf Drängen verschiedener Kollegen ein Telegramm an diese TK geschickt. Darin wurde die TK aufgefordert, das Verhandlungsergebnis abzulehnen, weil darin keine Anhebung der unteren Lohngruppen enthalten ist. Unterzeichnet mit „Vertrauenskörper Still.“

Das hat offenbar einigen Wirbel ausgelöst, denn Richter versuchte nun, die VK-Leitung madig zu machen. Sie habe hier ein seltsames Demokratieverständnis an den Tag gelegt, indem sie ohne einen entsprechenden Beschluß des VK in dessen Namen unterzeichnet habe.

Doch die VK-Leitung konnte ihn belehren, daß der VK bereits im letzten Jahr einen Beschluß gefaßt hatte, daß die VK-Leitung für solche Fälle schnell reagieren und im Namen des VK Telegramme und ähnliches schicken soll!

Das wurde von den Vertrauensleuten hier auch in mehreren Beiträgen nochmals verteidigt und von fast allen mit Beifall unterstützt.

So konnte Richter also nicht landen. Deshalb griff er zum nächsten Strohhalm und behauptete, das Telegramm sei ohne Absprache mit Ortsverwaltung oder Bezirksleitung zu einem Zeitpunkt abgeschickt worden, als die Entscheidung in NRW bereits gefällt worden sei. Die VK-Leitung habe sich nicht an „demokratische Mehrheitsentscheidungen“ gehalten. Damit kam er zwar dem Kern seines Anliegens näher, entfernte sich dafür aber um so mehr von seinem Ziel, die Kollegen auf seine Seite zu ziehen.

Die VK-Leitung stellte den Sachverhalt richtig und wies Punkt für Punkt nach, daß die Behauptungen Richters nicht stimmen. Der Sprecher und auch andere Vertrauensleute wiesen unter dem Beifall der Anwesenden den in der Kritik enthaltenen Versuch zurück, Äußerungen des VK zu zensieren.

Die Tarifkommission NRW war nämlich genau der richtige Adressat, da dort ja bekanntlich für uns hier im Nordverbund entschieden werden sollte. Zu diesem Schritt hatte uns ja die IGM-Führung durch ihre Taktik gezwungen.

Sie soll sich also nicht wundern, wenn der Protest dann auch seinen Weg nimmt. Wir können leider ja nicht davon ausgehen, daß das Telegramm auch tatsächlich die Mitglieder der Tarifkommission erreicht hat (es war an den Bezirksleiter Herb als Vorsitzenden der TK gegangen).

Wenn es trotzdem so einen Wirbel in der Führung macht, dann wohl deswegen, weil sie nach diesem durchgepeitschten Lohnraubabschluß keine lauten Proteste gebrauchen kann, die schon vorhandenen Unwillen noch schüren könnten. Außerdem steht hinter dem Telegramm natürlich (das hat Richter völlig richtig erkannt) eine klare Ablehnung sowohl der Verhandlungsführung als auch der Tarifpolitik des Vorstands.

Die IGM-Führung hat Angst vor selbständigem Handeln der Mitglieder und unteren Funktionäre. Das könnte ihr die Tour eines Tages vermasseln. Unwillkürlich mußte ich am Schluß wieder an die Äußerung eines Kollegen denken, der über D. Richter auf einer anderen VK-Sitzung sagte: *„Irgendwie stört der hier!“*



Die Kollegen der Westberliner AEG-Telefunken-Betriebe kämpfen gegen Entlassungspläne.

Über „alternative“ Parlamentsarbeit

Grüne gegen Gesamtschule

Volkskorrespondez aus Bremen

Da sich ja nun bundesweit die „Grünen“ anschicken, Politik zu machen, möchte ich mal aus der Lokalpolitik in Bremen zwei Beispiele berichten. Ich meine, daß schon an diesen Beispielen klar wird, was so eine „basisdemokratische“ Politik in der Praxis ist.

Die „Grüne Fraktion“ in Bremen will also ihre Arbeit von der Basis kontrollieren lassen. Peter Willers formulierte es so: „Die Kontrollinstanz ist zunächst momentan die Bremer Grüne Liste und sind die Bürgerinitiativen, mit denen wir zusammenarbeiten. Das heißt alles das, was wir in der Bürgerschaft tun und tun wollen, stimmen wir mit denen ab, die es betrifft.“ (Bremer Blatt Nr. 1/2 80)

Nun wurde bekannt, daß die „Grüne Fraktion“ geschlossen für das ökumenische Gymnasium gestimmt hat.

Dazu muß man wissen, daß seit einiger Zeit von einer Elterninitiative zu hören ist, die so ein ökumenisches Gymnasium einrichten will. Das ist eine Eliteschule, die religiöse Wertbegriffe vermitteln soll. Daran kann man schon in etwa messen, was für ein reaktionärer Kram da verbraten wird. Natürlich wird das von der CDU unterstützt. Die Initiatoren beschweren sich über die „staatliche Monopolschule“ (gemeint ist hier besonders die Gesamtschule), sie wollen, daß den Kindern wieder Werte beigebracht werden, daß im Deutschunterricht Deutsch und nicht etwa Gesellschaftsprobleme gelehrt werden.

Für wen ist nun wohl so eine Schule bestimmt? Sollen alle Kinder die Möglichkeit haben diese „auserlesene“ Bildung zu genießen? Da wird Schulgeld verlangt — wer kann sich das leisten? Und wer hat Interesse daran, daß seine Kinder derart unterrichtet werden? Ja wohl nicht die Mehrheit des Volkes!

Delphine Brox rechtfertigt es damit, es sei eine Alternative. Aha! Alternativen nur der Alternative wegen zu unterstützen, ist ja wohl eine reichlich platte Politik. Der Krieg ist auch eine Alternative zum Frieden, wenn man *so* will.

Ganz davon zu schweigen, daß die „Grüne Liste“ hier ihrem Anspruch, alles „mit denen abzusprechen, die es betrifft“, nicht gerecht geworden ist.

Genauso verhält es sich im zweiten Fall.

Der Kultursenator Franke sollte bis zu einem bestimmten Termin im letzten Jahr eine neue Diplomprüfungsordnung (DPO) für die Uni vorlegen. Er hat's nicht getan. Weil die Uni aber eine brachte, legte der Rektor eine vor, über die nun in der Bürgerschaft abgestimmt werden sollte. Die CDU stimmte dagegen, nach dem Motto: „Von der roten Uni ein Entwurf, der kann ja nichts taugen“.

Von Studenten habe ich gehört, daß die DPO nicht die schlechteste gewesen sein sollte, besser als man es von einem Entwurf von Franke vermutet.

Gemeinsam mit der CDU stimmte auch Axel Adamietz (Grüne Liste) dafür, daß der Franke seinen Entwurf vorlegen soll. Er begründete es mit juristischen Argumenten.

Welcher Student da wohl befragt wurde?

Ich meine, daß sich die Politik der „Grünen“ nicht nach den Interessen des Volkes richtet.

IGM-Mitgliederversammlung bei AEG-Brunnenstraße

Eine Lektion in innergewerkschaftlicher Demokratie

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Etwa 60 Kollegen waren erschienen. Der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers, Karl Lünse, gab sich zuerst ganz demokratisch: „Hier kann jeder sagen, was er auf dem Herzen hat.“ Und die Kollegen hatten sehr viel auf dem Herzen: Daß die Mitgliederversammlung viel zu kurzfristig einberufen und weitab vom Betrieb durchgeführt wurde und außerdem die Anfangszeit so gelegt war, daß die Kollegen, die keine Schicht arbeiten, sie unmöglich einhalten können.

Es gab eine breite Stimmung dafür, angesichts des Arbeitsplatzabbaus und der geplanten Massenentlassungen eine Demonstration aller Westberliner AEG-Betriebe durchzuführen.

Der Vertreter des IGM-Ortsvorstandes Vandrey versuchte das zuerst dadurch abzubiegen, daß er sagte, in den anderen Betrieben sei keine Kampfbereitschaft und keine Solidarität vorhanden. Er berief sich dabei auf ein Treffen von ihm mit den Betriebsratsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vertrauensleutekörpers aus den Berliner AEG-Betrieben, auf dem die übergroße Mehrheit eine Demonstration abgelehnt hatten; also sei es um die Solidarität schlecht bestellt, schlußfolgerte Vandrey messerscharf.

Diese Haltung wurde von mehreren Rednern zurückgewiesen und mit Nachdruck eine Demonstration gefordert und auch eine Frist bis zum 31.3. verlangt.

Daraufhin wurde ein Antrag verabschiedet, die heißumstrittene Demonstration durchzuführen. Allerdings sah dieser Antrag keine Frist vor. Ein Zusatzantrag, der eine Demonstration bis zum 31.3. forderte, wurde von Versammlungsleiter Lünse zurückgestellt.

In einem anderen Antrag wurde die Einrichtung eines Ausschusses gefordert, der Aktionen vorbereiten soll, und in dem auch einfache Kollegen mitarbeiten sollen. Von den Bonzen wurde geantwortet, daß dieser Ausschuß schon bestehhen würde, aber nur Vertrauensleute in diesem Ausschuß sein dürften. Alles andere verstoße gegen die Satzung. Der Versammlungsleiter Lünse wußte zuerst nicht, wie er sich diesem Antrag gegenüber verhalten sollte. Er drehte und wendete sich, daß es schon lächerlich war. Aber dann zeigte er sein wahres Gesicht.

Er fing an zu toben, daß dieser Antrag nicht abgestimmt würde, weil er gegen die Satzung verstößt und man sollte ihm in den Hintern treten, weil er diesen Antrag überhaupt zugelassen hat.

Er donnerte dem Antragsteller den Antrag auf den Tisch und ging zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Den Zusatzantrag, in dem die Demonstration bis zum 31.3. gefordert wurde, wollt er auch gleich vom Tisch fegen.

Der kam aber nachher doch noch auf den Tisch. Bloß als zum Schluß eine Abstimmung über den Antrag gefordert wurde, sagte Lünse: „Hier wird nicht mehr abgestimmt!“ und schloß die Versammlung.

Solche Leute sind in der Vertrauenskörperleitung fehl am Platz. Die müssen da raus.

Etwas hat die Versammlung allerdings doch gebracht: Die IG-Metall-Führung kommt in diesem Jahr wahrscheinlich nicht darum herum, in Westberlin am 1. Mai eine Demonstration zu machen. Davor hat sie sich in den letzten Jahren immer wieder gedrückt.



Zunehmend sehen sich die Gewerkschafter Lohnraubmanövern der Unternehmer ausgesetzt.

Demonstration gegen Neonazis

Kreisverband Recklinghausen der Volksfront ruft zur Demonstration gegen die zunehmenden Aktivitäten der Neonazis auf. Samstag, 1. März 13 Uhr, Löhrhof.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“

☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30**

Der zweite Band von Enver Hoxhas „Betrachtungen über China" ist jetzt in deutscher Sprache erschienen. Es handelt sich dabei um Auszüge aus dem politischen Tagebuch des Führers der Partei der Arbeit Albaniens vom Januar 1973 bis zum Dezember 1977.

Wie schon der erste Band der „Betrachtungen", so ist auch dieses Werk eine äußerst fesselnde Lektüre. Genosse Enver Hoxha zeichnet in ihm fünf Jahre der chinesischen Politik nach, die gekennzeichnet waren von einer immer stärkeren Anlehnung an den amerikanischen Imperialismus, von einer Verstärkung des wirtschaftlichen und politischen Drucks gegenüber der SVR Albanien, vom offenen Ausbrechen der Fraktionskämpfe nach dem Tode Maos, usw.

Enver Hoxha kommentiert und analysiert all diese Ereignisse von den Positionen des Marxismus-Leninismus aus. Auf dieser Grundlage gelingt es ihm, den sozialistischen Schein, mit dem die chinesischen Führer ihre Politik getarnt haben, immer weiter zu durchstoßen und die reaktionären Grundlagen der chinesischen Politik, die bürgerlichen Wurzeln des Maoismus aufzudecken.

Der Leser, der diesen Prozeß nachvollzieht, gelangt durch das Studium der „Betrachtungen" nicht nur zu einem umfassenden und tiefgehenden Verständnis des chinesischen Revisionismus. Genosse Enver Hoxha gibt in seinem Werk auch eine marxistisch-leninistische Analyse der auf internationaler Ebene wirkenden politischen Kräfte und Bewegungen. Und natürlich arbeitet er in der Kritik am chinesischen Revisionismus auch die Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus durch die PAA heraus.

So sind die „Betrachtungen über China" ein bedeutendes Werk, das den revolutionären Kräften eine unschätzbare Hilfe in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Revisionismus und Reaktion gibt.

Im folgenden veröffentlichen wir einen Auszug aus dem zweiten Band der „Betrachtungen über China", die Tagebucheintragung vom 25. Februar 1976.



Enver Hoxha

Chinesisches Rätsel, maoistischer Wirrwarr

Aus: Betrachtungen über China, Band II

In China gärt es. Gleich nach Tschou En-lais Einäscherung brach mit aller Kraft ein Feldzug gegen die Rechten los, gegen die „wichtigen Leute in der Führung, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben", gegen diejenigen, die „gegen die Kulturrevolution waren", gegen „diejenigen, die rehabilitiert wurden und erneut den Kampf gegen die Linie des großen Steuermanns aufnahmen". Die Zeitungen und Zeitschriften sind voll von Artikeln, in denen diese Strömung, diese „Pest" gebrandmarkt wird. Nach chinesischer Sitte werden vorläufig noch keine Namen genannt, doch man setzt „Chinas zweitem Chruschtschow", der „Hauptfigur nach Liu Schaotschi" einem „Feind wie Liu und Lin" und dergleichen mehr den Hut auf. Selbstverständlich ist die Rede von Deng Hsiao-ping. Seit einem Monat ist er nicht mehr auf der Bildfläche erschienen, es ist aus mit seinem Ruhm, die Empfänge und Verabschiedungen als Stellvertreter des Ministerpräsident Tschou En-lai hat nun ein anderer übernommen, ein Feng oder Fang, dessen Namen wir uns noch nicht eingeprägt haben, kommen doch diese Leute heute hoch und stürzen morgen wieder. Das ist Maos Taktik: Deng entlarvt er nicht, und in dem Neuen sieht er auch nicht den Ministerpräsidenten.

Für mich ist klar, daß der Schlag gegen Deng sich auch gegen Tschou En-lai, Li Hsiännian und ihre Gruppe richtet. Doch wer führt den Schlag gegen sie? Mao?! Ich glaube nicht. Mao ist Opportunist. Es heißt, es seien die „Linken, Radikalen" wie Wang Hung-wen, Djiang Tjing, Yao Wen-yüan und Dschang Tschun-tjiao. Das ist absolut möglich. Doch wie lange, wie weit werden sie diese Kampagne führen? Man weiß es nicht, das ist Maos Sache, der bis gestern Tschou die Stange hielt, während er heute ihnen, den „Linken" sagt: „Macht ihr nur eure Revolution."

Was aber hat sich in diesem ganzen Durcheinander geändert? Was ändert sich? Wechseln die Leute, ändert sich die Politik oder die Ideologie? All das geht von Tag zu Tag mehr nach rechts, besonders die Außenpolitik, die von der Ideologie ihren Anstoß erhält, geleitet wird. Nichts gerät in Bewegung, die Amerikaner bleiben Freunde der Chinesen, die Sowjets Feinde. Doch auch in der proamerikanischen Politik Maos machen sich unvorstellbare Absonderlichkeiten bemerkbar. Während die „linke Kampagne" läuft, und es in China wie in einem Kessel brodelt, wird Amerikas Expräsident Nixon, der Watergate-Gauner, der übelste Antikommunist und Faschist, nach China eingeladen und auf dem Flughafen vom Ministerpräsidenten mit einem Anhang von vielen tausend Menschen empfangen, die amerikanische Fahnen schwenken und ihm zujubeln!!!

Das ist das chinesische Rätsel, der maoistische Wirrwarr.

Für die ganze Welt unbegreiflich — mit gutem Grund. Meine Erklärung dafür ist die: Mao ist mitsamt den ihm nahestehenden Genossen von allen guten Geistern verlassen. Er glaubt, er betreibe eine große, kluge Politik. Seine Absicht, sein strategisches Ziel ist: die Widersprüche zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion vertiefen. Die Sowjetunion hält er für den Hauptfeind, deshalb haben wir, seiner Meinung nach, alle Kräfte gegen ihn zu sammeln. Mao sagt: „Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion wird in Europa stattfinden."

Bei Nixon war sich Mao ziemlich sicher, daß diese Strategie durchgehen würde, doch in diesem Fall ist er in der Tat „hereingefallen". Bei Ford dagegen ist er sich nicht sicher, deshalb hat er ihn kühl empfangen. Auch Ford seinerseits trat offen gegen Maos Strategie auf. Da will nun der „geniale" Mao „Ford und die Vereinigten Staaten von Amerika schockieren", all die in den neuen Skandal um die Schmiergelder von Nixon und seiner Regierung verwickelten faschistischen Regierungen und Staatsmänner in Europa und überall sonst auf seine Seite ziehen — und lädt Nixon nach China ein, wo man ihn mit großem Pomp empfängt, so als sei er noch Präsident. Und tatsächlich will Mao mit dem, was er da tut, zum Ausdruck bringen, daß er nicht einverstanden ist mit den Anklagen gegen den „wunderbaren" Nixon, sagen: „Wenn ihr Amerikaner an einem guten Verhältnis zu China interessiert seid, müßt ihr Nixons Politik verfolgen, der, auch wenn er nicht Präsident ist, die amerikanischen Konzerne zu großen Geschäften mit dem sozialistischen China drängt." Der ganzen Welt dagegen sagt Mao: „Laßt mich in Ruhe! Ich bin der Vertreter eines großen Staates und weiß, was ich tue!"

Anders können wir uns diese Dinge nicht erklären. Ob wir recht haben oder nicht, wird die Zeit erweisen.

Was den Verlauf der Ereignisse in China betrifft, so kann ich daraus folgendes ableiten: **Vor allem ist Mao Tsetung kein konsequenter Marxist-Leninist, obwohl man ihn „Theoretiker", „Philosoph", ja sogar „Klassiker" des Marxismus-Leninismus genannt hat. Er neigt zum rechten Flügel der Linken. In Wirklichkeit ist er kein Mann der Tat.**

Als Mao an die Spitze der Partei kam, erwies er sich als der Rechteste der Linken, seine wirklichen Positionen waren zentristisch, sie bremsten weder die Linksradikalen, noch waren sie ein Schlag für die Rechten. Die Rechten, besonders einige Hauptführer dieses Flügels, schaltete er nach außen hin aus, ließ sie aber zugleich in Villen „vegetieren" und gab ihnen auch ihr Gehalt, ob nun im Inland oder im Ausland wie Wang Ming in Moskau. Die Linken duldete er so lange, bis sie die Macht ergriffen. In der Zeit nach der Befreiung leiteten Liu Schao-tschi, Deng Hsiao-Ping, Tschou En-lai und ihr Flügel China, die Partei, die Wirtschaft, die Armee unter der Fahne Maos, den sie zum Gott machten und im Tempel einschlossen. Mao wurde zwar göttlich, hatte aber in Wirklichkeit nichts zu sagen. Doch stand Mao etwa in Opposition zu ihnen? Nein, er billigte ihre Ansichten, weil sie seinen Anschauungen entsprachen.

Diese „Linken" wollten weitergehen und waren bemüht, dementsprechend zu handeln: die „Linken" verwandelten sich auf einmal in Rechte, sie zahlten den Kapitalisten, die Leitungsposten behielten, weiter Renditen und waren einig mit den Chruschtschowianern. Dies gefiel Mao nicht, der in Worten eifrig für Chruschtschow war. Als der jedoch China nicht die Atombombe gab und nach Washington reiste, um mit den Amerikanern Freundschaft zu schließen, da war Mao empört, wollte er sich doch selbst mit den Amerikanern verbinden. Da er aber sah, daß im Land das Trio Liu-Deng-Tschou die Macht hatte, blieb Mao nichts anderes übrig, als die Hungweibings in die „Revolution" zu werfen, seine Fama auszuschlachten, um die „Hauptquartiere" anzugreifen.

So kam es zur Kulturrevolution. Liu und Deng wurden entlarvt, während Tschou als der „Seiltänzer", der er war, das sinkende Schiff „Liu-Deng" verließ und Lin Biaos „Rotes Buch" erhob, ohne dabei auch nur ein Jota von seinen rechten Anschauungen abzugehen. Tschou erwies sich als Organisator, Wirtschaftler, Politiker, doch als wankelmütiger Politiker. Liu brauchte ihr, und Tschou diente ihm. Nach dem Sturz von Liu-Deng brauchte Mao Tschou, behielt ihn also auch während der Kulturrevolution an der Spitze der Regierung, beschützte ihn sogar vor den Angriffen dieser Revolution. Während dieser ganzen Zeit des Chaos bewies Tschou, wie geschickt er manövrieren konnte. Er kam unter den Pantoffel von Mao, Djiang Tjing, Lin Biao und bemühte sich zugleich, seine Stellung zu festigen, was Mao recht war, hatte er doch keinen anderen von Tschous Kaliber, der ihm die Arbeit machte.

Unter diesen Umständen, während all dies geschah, sammelte Tschou alle seine Leute, die Leute Lius und Dengs um sich, katzbuckelte vor Lin Biao und wurde so zum Feuerlöscher der Kulturrevolution. Lin wurde zum Teufel gejagt, während Tschou mit seinem Apparat der „Erste" hinter Mao blieb, der in seinem Turm saß. Tschou wurde auch in dieser Periode unersetzlich für Mao. Er erstickte die Revolution, rückte die Wirtschaft an die erste Stelle, brachte seine Kader an die Macht und wartete auf Maos Tod, um dann das gesattelte Pferd zu besteigen. Nun kamen aber einige Junge in die Partei- und Staatsführung. Tschou akzeptierte sie, weil sie „Gewächse" der Kulturrevolution waren, hoffte aber, sie später abernten zu können. Ob Mao wohl wußte, wer Tschou war? Meiner Meinung nach schon, doch er brauchte Tschou und paßte sich seinen politisch-ideologischen Schwankungen an.

Beide, Mao wie Tschou, sorgten für die Zukunft. Mao für seinen Teil brachte einige Junge in die Führung, um sie im Schatten seines eigenen Kults zu formen. Für Mao stellten sie den „linken Flügel" seines ideologischen Spiels dar. Der an Krebs erkrankte Tschou kümmerte sich ebenfalls um Erben für später. Es war demnach nur natürlich, daß Deng Hsiao-Ping rehabilitiert werden mußte, um als künftiger „Chef der rechten Linie" Tschous Kurs fortzuführen. Mao segnete diese Initiative Tschous ab, denn er wußte, daß dieser sterben würde, und dachte, im Vergleich zu Tschou sei Deng, der in der Kulturrevolution bereits entlarvt worden war, weitaus weniger gefährlich. So setzte sich Deng in Trab und hielt Schritt mit dem Herannahen von Tschous Ende.

Tschou starb. Mao war ein Stein aus dem Weg geräumt, ebenso den Jungen, die mit Maos „Erlaubnis" Dengs Entlarvung begannen. „Eine kleine Revolution, bei der kein Blut vergossen wurde", sondern Tinte. Denn Mao weiß wohl, daß die Jungen mit älteren und alten Kadern zusammen regieren müssen, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl auf Tschou En-lais Linie standen und stehen. Also: **„Jagt einige der wichtigsten Leute davon, danach setzt das alte Spiel der zwei Linien fort. Wenn die Linken allzu radikal geworden sind, lassen wir die Rechten vo: der Kette, und so weiter."**

USA

Raffineriearbeiter seit zwei Monaten im Streik

Extreme Ausbeutung bei den Ölmultis

NEW JERSEY. — Seit zwei Monaten streiken in den USA Zehntausende von Arbeitern der Raffinerien. Der Unternehmerverband, der nur rund hundert Firmen umfaßt, hatte sich geweigert selbst die äußerst bescheidene Forderung einer Lohnerhöhung um 10 Prozent zu erfüllen.

Vom Streik erfaßt sind ungefähr 70 Prozent der US-Kapazität der Raffinerien. Die Ölmultis, die gleichzeitig auch als Besitzer von Pipelines auftreten, und die Fabrikanten petrochemischer Erzeugnisse haben in den letzten Monaten ungeheure Rationalisierungswellen organisiert und zahlen mit die schlechtesten Löhne. Der Durchschnittslohn betrug im letzten Jahr offiziell 9,57 Dollars die Stunde.

Aber die Herren der Ölgiganten haben eine lange Tradition in der brutalen Unterdrückung der Forderungen ihrer Arbeiter. Niemand anderes als John. D. Rockefeller selbst war es, der zum ersten Mal in den USA öffentlich den Befehl gegeben hatte, streikende Arbeiter zu erschießen. „Für Arbeitsscheue keinen Cent" war seine Devise. Die Geschichte der Ölmultis, in den letzten Monaten oft nachgezeichnet, was ihre imperialistische Politik in aller Welt betrifft, ist auch eine Geschichte der blutigen Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Und so haben sie auch alles unternommmen, den jetzigen Streik zu unterlaufen: Streikbrecher geworben, technisches Personal zur Produktion eingesetzt und vor allen Dingen ihre Reserven eingesetzt, das bereits raffinierte Öl.

Eben jenes Öl, das monatelang auf Regierungskosten in Bunkern oder Tankern lagert, um dann teuer verkauft zu werden. Aber allmählich gehen diese Reserven in den USA zu Ende, allmählich beginnt sich der Streik auszuwirken, da die Streikbrecher natürlich einerseits nur minimale Mengen verarbeiten können, andererseits die Arbeiter selbst gegen Streikbruch kämpfen.

Ihre Forderung von 10 Prozent mehr Lohn ist angesichts einer Inflationsrate der USA von 13,3 Prozent im letzten Jahr und steigender Rate zu Beginn dieses Jahres in Wahrheit äußerst bescheiden, es ist die Forderung der Gewerkschaftsführung, die eine starke Opposition innerhalb der Organisation unterdrückt hat, wo es — völlig gerechte — Forderungen von bis zu 23 Prozent gegeben hatte.

Weitere Forderungen der streikenden Erdölarbeiter sind die stärkere Beteiligung der Monopole an der Krankenversicherung und die Errichtung einer Versicherungskasse für Zahnerkrankungen. Denn der Krankenstand der Raffineriearbeiter wie der Erdölarbeiter insgesamt gehört zum höchsten aller Branchen. Ein deutliches Beispiel für den Rationalisierungsterror, der diese Krankheiten hervorruft, ist die Entwicklung der Arabien-American-Oil-Company in Saudi-Arabien, größter Erdölförderer der Welt, der in den Jahren von 1969 bis 1979 seine Belegschaft auf 40 Prozent gesenkt hat, die Produktion aber um 120 Prozent gesteigert hatte. Ähnliche Rationalisierungswellen hatte es auch in den USA gegeben.

In diesem Zusmmenhang sollte man auch noch mal auf die Rolle des IG Chemie-Vorsitzenden in der Bundesrepublik, des Herrn Hauenschild, eingehen, der sich ja erst kürzlich bemüßigt fühlte, die Superprofite der Ölmilliardäre zu rechtfertigen. Dies ist, zur selben Zeit da die US-Raffineriearbeiter streiken, nicht nur eine Unverschämtheit den deutschen Werktätigen gegenüber, die die Preistreiberei bezahlen müssen, sondern auch ein selten dagewesener Fall antigewerkschaftlichen Verhaltens. Schließlich sind diese Superprofite, die Herr Hauenschild für gerecht befand, nicht zuletzt auch auf den Knochen der Raffinerei- und Erdölarbeiter der USA gewonnen worden, die sich zur selben Zeit als Hauenschild seine Meinung zum Besten gab bereits im Streik befanden.

Der Streik der Raffineriearbeiter jedenfalls wird fortgesetzt. Die US-Pesse hat nicht zu Unrecht betont, daß dieser Streik und sein Ergebnis auch direkte Auswirkungen auf die Lohnauseinandersetzungen in der US-Stahlindustrie haben wird — denn hinter den Stahlmonopolen, das ist bekannt, stehen dieselben Finanzgruppen wie hinter den Ölmultis...



Nationalgardisten wurden gegen die streikenden Bergarbeiter vor zwei Jahren eingesetzt. Jetzt droht man den Raffineriearbeitern mit demselben Vorgehen. Begründung: Energienotstand.

Antikriegsdemonstration in den USA

„Wir werden nicht für die Ölkonzerne sterben!"

Massenkundgebung in Greensboro

Die Antikriegsbewegung in den USA wird immer stärker. Ein deutliches Zeichen dafür ist die Tatsache, daß an den kalifornischen Universitäten jetzt die größten Antiwehrpflicht-Demonstrationen seit dem Vietnam-Krieg stattfanden.

Ähnliche Demonstrationen hatte es zuvor auch im Osten des Landes gegeben. Sie richteten sich vor allem gegen die Pläne des Präsidenten Carter, die allgemeine Wehrpflicht in den USA wieder einzuführen. „Hell no — we don't go!" (Verdammt, wir werden nicht gehen!) Das ist jetzt wieder wie zur Zeit des Vietnamkriegs, der Schlachtruf, mit dem Tausende von Studenten und anderen Jugendlichen durch die Straßen ziehen.

Bei den Demonstrationen in Kalifornien erklärte einer der Sprecher: „Es ist gut, daß ihr heute hierhergekommen seid, um gegen die Wehrerfassung und einen drohenden Krieg zu demonstrieren. Wir demonstrieren hier für Tausende, die verkrüppelt aus Vietnam zurückkamen. Wir werden nicht fürs Öl sterben. Wir werden nicht für die Ölkonzerne sterben."

Einen breiten Widerstand gegen die Cartersche Kriegspolitik gibt es vor allem auch unter der schwarzen Bevölkerung. Das zeigte sich am 2. Februar auch bei der großen Kundgebung in der Stadt Greensboro, zu der 7000 Teilnehmer gekommen waren. Unmittelbarer Anlaß für diese Kundgebung war das Massaker des Ku Klux Klan, bei dem diese faschistische Bande im letzten November fünf Antifaschisten in Greensboro ermordet hatte.

Aber die 7000 von Greenboro richteten auch eine klare Kampfansage an die Kriegstreiber in Washington. Ben Chavis, ein schwarzer Bürgerrechtler, der jahrelang aufgrund eines Justizkomplotts eingekerkert war, erklärte: „Wir werden keinen Krieg mehr für Kapitalismus und Imperialismus führen. Wir werden in den Kampf für den Frieden eingezogen."

Von all diesen Aktionen erfährt man aus den gleichgeschalteten Medien des Bonner Staates nichts. Sie versuchen im Gegenteil den Eindruck zu erwecken, als stünde das amerikanische Volk Gewehr bei Fuß hinter dem Kriegstreiber Carter. Die Tatsachen selbst jedoch entlarven solche Berichte als Lügen. Die amerikanischen Werktätigen und die Jugend des Landes, sie haben Vietnam nicht vergessen. Und trotz der mit gewaltigem Druck betriebenen offiziellen Kriegspropaganda führen sie ihren antimilitaristischen Kampf. Sie sind es, die in diesen Tagen das wirkliche demokratische Amerika verkörpern.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE	
	1. Programm		
13.00-13.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
14.30-15.00	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
16.00-16.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
18.00-18.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
19.00-19.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,395 MHz	215m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,457 MHz	206m	MW
23.00-23.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,457 MHz	206m	MW
06.00-06.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,395 MHz	215m	MW



Der braune Terror rast im ganzen Land

Notstand in der Türkei

Rund um die 26 NATO-Stützpunkte soll Friedhofsruhe herrschen

IZMIR. — Am 20. Februar hat die Regierung Demirel das Kriegsrecht auch über die Stadt Izmir verhängt, um im Nachhinein zumindest einen gewissen Anschein von „Legalität" über den mörderischen Einsatz der Armee gegen die Werktätigen dieser Stadt zu verbreiten. Für die 19 Provinzen, in denen das Kriegsrecht schon bestand, wurde es um weitere zwei Monate verlängert und auch auf das Gebiet Hatay ausgedehnt. Der Notstand ist beantragt!

Die Türkei, für die Imperialisten durch die Entwicklung in Nahost noch interessanter geworden, steht heute im Zentrum einer koordinierten Anstrengung der imperialistischen NATO-Staaten, die aus diesem Land einen befriedeten Vorposten für ihre Aggressionen gegen die Völker in Nahost machen wollen.

Dafür ist ihnen kein Verbrechen zu scheußlich, deshalb sind sie offen dazu übergegangen, die äußerste Reaktion, die faschistische Generalscamarilla um Stabschef Evren, zu unterstützen. Die einheimischen Reaktionäre hoffen natürlich darauf, mit der Hilfe des internationalen Imperialismus die Arbeiterbewegung, die sich seit dem letzten 1. Mai — trotz Kriegsrecht — stark entwickelt hatte, wieder unterdrücken zu können.

Bis Ende März soll „alles klar" gemacht werden. Am 25. März tagt in Paris die OECD, die die genaue Größenordnung und die Bedingungen der Wirtschafts- und Militärhilfe regeln soll, dann hat auch die NATO ihre Beschlüsse konkretisiert, und Ende März werden die neuen Verträge über die NATO-Stützpunkte, 26 an der Zahl, unterzeichnet werden.

Bis dahin soll noch viel Blut fließen. Der Faschist General Evren hat in diesen Tagen nicht nur seine seit Monaten ausgesprochene Putschdrohung wiederholt, sondern auch in beispiellos verbrecherischer Weise erklärt: *„Wir bezahlen jetzt den Preis für Jahre der Toleranz und der Fehler."* Ungeniert nahm dieser Massenmörder dabei das Wort vom Blutbad in den Mund. Noch, sagte er, könne man ein Blutbad in der Zivilbevölkerung vermeiden, wenn man entschlossen gegen den inneren Feind vorginge.

Wie das geschehen soll, hatte man in der letzten Woche bereits in Izmir gesehen, das im Verlauf der letzten Jahre zu einem der großen Zentren der Arbeiterbewegung geworden war: Dort wurden kurzerhand alle Arbeiter als Linksradikale bezeichnet, Fabriken gestürmt, ein KZ im Stadion errichtet.

Und dieser Terror rollte weiter, forderte neue Todesopfer. Obwohl in der westdeutschen Presse alles versucht wird, die Vorgänge zu oeschönigen, von sechs Toten geschrieben wird, dringen immer neue Meldungen vom faschistischen Blutbad durch. Die Werktätigen der Türkei haben es gelernt, sich zu wehren. Sie haben sich angesichts der Terrorwelle der Reaktion nicht verkrochen, sondern gekämpft, in den Elendsbaracken von Izmir Barrikaden errichtet, den Streik entgegen des Aufrufs des Gewerkschaftsverbandes teilweise fortgesetzt. Die Kommunisten standen dabei an vorderster Front.

Und eben jene Armee wird jetzt weiter aufgerüstet. Jene Armee, die Izmir terrorisiert, wird dies in Zukunft besser ausgerüstet tun können, mit deutschem Geld bezahlt (siehe auch Kommentar Seite 2).

Streikbewegung in Griechenland

Gewerkschaftsführung vor Gericht

Massenelend breitet sich aus

ATHEN.— Die Führung der Gewerkschaft der Bankangestellten wurde in der letzten Woche in Athen vor Gericht gestellt. Die Bankangestellten des Landes befinden sich seit dem 17. Januar im Streik. Die Führer der Gewerkschaft hatten ihre Mitglieder dazu aufgerufen, den Streik fortzusetzen, obwohl ein staatliches Schiedsgericht sich des Falles angenommen hatte, was nach griechischem Gesetz bedeutet, daß der Streik abgewürgt werden muß.

Die Führung der Gewerkschaft der Bankangestellten hatte dazu aufgerufen, den Streik fortzusetzen, weil dieses Gesetz, das die Streikeinstellung verlangt, ein undemokratisches Gesetz ist, das zudem gegen verschiedenen internationale Konventionen verstößt, die Griechenland unterzeichnet hat.

Die Empörung über die Schiedsgerichte des Staates bei Lohnkämpfen, eine Art der staatlichen Zwangsschlichtung, ist unter den griechischen Werktätigen in den letzten Monaten immer größer geworden. Eine ganze Reihe der zahlreichen Streiks der letzten Zeit wurden mit dem Schiedsgesetz unterbunden, wobei den arbeitenden Menschen nur minimale Lohnerhöhungen zugestanden wurden, die die galoppierende Inflation in keinem Fall auch nur annähernd ausglichen.

Diese Schiedsgerichte haben sich das staatliche Sparprogramm, mit dem, wie inzwischen in einer ganzen Reihe europäischer Länder auch, die wirtschaftliche Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abgewälzt werden soll, völlig zu eigen gemacht und handeln dementsprechend.

Deshalb war immer stärker die demokratische Forderung nach Abschaffung der Schiedsgerichte und der entsprechenden Gesetzgebung aufgestellt worden, hatte es in verschiedenen Gewerkschaften heftige Auseinandersetzungen darum gegeben, ob man diesen Regeln folgen solle.

Die Gewerkschaft der Bankangestellten war die erste, die jetzt zur Tat schritt und entgegen dieser undemokratischen Gesetzgebung den Streik weiterführt. Der Prozeß soll diesen Kampf für kriminell erklären und Grundlage dafür liefern, die Führung der Gewerkschaft abzusetzen. Deshalb hat es auch schon eine Reihe von Solidaritätsaktionen anderer Gewerkschaften gegeben.

Nicaragua

Verschärfte Maßnahmen gegen die Arbeiteropposition

Die umgebildete Junta sucht die Zusammenarbeit mit der Reaktion

MANAGUA. — Die neue sandinistische Junta, wie sie zu Beginn des Jahres gebildet wurde, verschärft ihre Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung des Landes. Gleichzeitig bietet sie immer offener allen reaktionären Kräften des Landes die Zusammenarbeit an, und ruft sie zur Unterstützung ihrer Politik auf, was auch zunehmend geschieht. Bei der Umbildung der Junta mußten zwar drei Mitglieder, die Unternehmer sind, ihre Positionen innerhalb der Junta aufgeben, aber dennoch hat sich der Einfluß der Christlich-Konservativen Partei in den letzten Wochen verstärkt.

Das kommt auch in einem Interview, das der nicaraguanische Innenminister Tomás Borge in der letzten Woche dem „Spiegel“ gab, zum Ausdruck. Borge nennt dort als eine der wichtigsten Stabilisierungsmaßnahmen das neue Gesetz der Junta, das alle Aktivitäten, die gegen den Wiederaufbau des Landes gerichtet seien, unter Strafe stellt: Auf ausdrückliches Nachfragen betont Borge bei diesem Gespräch, daß sich dieses Gesetz nicht gegen die Unternehmer richte. Es sei, so Borge, vor allem gegen die „Frente Obrero“ (Arbeiterfront), die einzig organisierte Gewerkschaft des Landes, angewandt worden. Was in dem Interview nicht gesagt wird, ist, daß sich dieses Gesetz nicht nur gegen die Arbeiter richtet, sondern daß es auch auf ausdrückliches Verlangen der Cosep (Verband der Privatwirtschaft) entstanden ist.

Das ist die Reaktion auf zahlreiche Streiks der letzten Zeit, mit denen sich die Arbeiter, vor allem der Hauptstadt Managua, gegen einen Wiederaufbau gewehrt haben, der auf ihre Kosten gehen soll. Diese Streiks fanden sowohl in den privaten Betrieben statt, als auch in den verstaatlichten Betrieben, die ehemals Somozas „Privateigentum“ waren.

Während Borge alle und jeden Reaktionär zu Hilfe ruft, während sogenannte Entwicklungsexperten aus den westeuropäischen kapitalistischen Staaten das Land überschwemmen, nennt er die Bewegung der Arbeiter eine kleine Minderheit. Er kann natürlich nicht alle, die mehr als 50 000 Arbeiter, die sich in der letzten Zeit an Streiks beteiligten, eine kleine Minderheit nennen, schiebt diese Massenbewegung aber auf Mißverständnisse und Fehler von Regierungsseite.

In „El Pueblo“ einer kürzlich — erfolglos — verbotenen revolutionären, volksdemokratischen Tageszeitung, nimmt dazu Alejandro Gutierrez Stellung. Genosse Gutierrez ist Mitglied der Nationalen Führung der MAP (Bewegung der Volksaktion) und des Zentralkomitees der „Frente Obrero“.

Dabei betont er, daß nach Meinung der MAP die Hauptgefahr für die nicaraguanische Revolution vom Versuch der Rechten ausgeht, die Macht für sich zurückzugewinnen. Der wachsende Einfluß der Großgrundbesitzer, die nicht enteignet wurden, der großen Kapitalisten, die mehr und mehr die Fäden der Wirtschaft wieder an sich reißen, der Bourgeoisie insgesamt, die sich auf die Unterstützung der Entwicklungsexperten aus kapitalistischen Ländern verlassen kann und die Kirche zunehmend für ihre Ziele mobilisiert, das sind die Gefahren für die revolutionären Errungenschaften des Volkes von Nicaragua.

Dagegen schlagen die Marxisten-Leninisten der MAP verstärkt die Taktik ein, die Arbeiterklasse in der sozialistischen Gewerkschaft „Frente Obrero“ zu organisieren und darüber hinaus eine breite demokratische Front zu errichten, die alle umfaßt, die bereit sind, demokratische Rechte zu verteidigen, neue zu erringen und jedem imperialistischen Manöver zu begegnen. Ausdrücklich wendet sich Gutierrez dabei sowohl im Namen der MAP als auch der FO dagegen, das Proletariat als den Verlierer der Revolution zu bezeichnen.

„Wenn einige heute sagen“, betont Genosse Gutierrez, „die Hauptgefahr für unsere Revolution sei das ultralinke Sektierertum, so ist das ein Versuch, die Arbeiterklasse anzugreifen.“ Damit wendet er sich gegen die Propagandakampagne der Junta, die sich gegen die „Linksradikalen“ richtet, und in deren Verlauf verschiedene Maßnahmen zur Unterdrückung der MAP und der FO sowie zur Entwaffnung der Antisomozistischen Volksmilizen, die von der MAP geführt werden, ergriffen wurden. Die Arbeiter, so wird betont, wissen es genau und fühlen es täglich, daß die Revolution ihnen große Verbesserungen gebracht hat, aber sie sehen sie in Gefahr, und sie wollen mehr Rechte.

Deshalb hat die MAP die Initiative ergriffen und organisiert einen breiten Kampf zur Durchführung eines Nationalen Kongresses der Arbeiter und Bauern, auf dessen Grundlage eine Arbeiter- und Bauernregierung geschaffen werden soll, die wirklich vom Volk getragen wird. Dabei sind die entscheidenden Forderungen: entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und der Monopolbetriebe; Schaffung einer Staatsmacht, in der das werktätige Volk, geführt von der Arbeiterklasse, den Kurs des Landes bestimmt; Lösung der neugeschlossenen Verträge, die den Imperialisten und den Monopolen wachsenden Einfluß im Lande bescheren.

Bettelgang nach USA

Das brasilianische Militärregime wankt

Neue Reformversprechen

BRASILIA. — Eine Neuigkeit geradezu sensationellen Charakters wurde in den letzten Tagen aus dem Palast der Morgenröte in Brasilia bekannt: Die Militärdiktatur plant eine Landreform! Mehrere Millionen Hektar Land sollen dieser Meldung zufolge an landlose und vertriebene Bauern gegeben werden.

Vor fast 16 Jahren putschten die faschistischen brasilianischen Generale gerade aus diesem Anlaß: Der damalige Präsident Jango Goulart wollte die Forderung, für die damals monatelang Dutzende von Millionen Menschen auf die Straße gegangen waren, erfüllen, eben eine Landreform. Dies war der letzte Anlaß für den Putsch gewesen, für den seit dem enormen Wahlsieg des Reformpräsidenten Jânio Quadros bereits Vorbereitungen getroffen worden waren. Nachem Quadros einen überwältigenden Wahlsieg über den Vertreter der Erzmonopole von Minas Gerais, den Faschistenmarschall Lot, errungen hatte, war damals ein breiter Aufschwung der Massenbewegung entstanden. Diese Bewegung im Blut zu ersticken und den Reichen „100 Jahre Frieden“ zu sichern, wie es damals ein brasilianischer Großkapitalist forderte, das war die Aufgabe der Generale, die jetzt, 16 Jahre danach, vor ihrem Ende stehen.

Während sie der Volksbewegung immer mehr Zugeständnisse machen müssen, während die Arbeiterklasse, vor allem durch das Wirken der brasilianischen Kommunisten, große Siege in ihrem Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen, die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft und mehr politische Rechte erringt, geht die Wirtschaft der brasilianischen Militärs und ihrer Hintermänner immer schneller auf den Bankrott zu. Und sie sehen ihr Heil nur darin, den nationalen Ausverkauf, den sie seit jeher betrieben, noch zu verstärken. Mitte Februar reiste das halbe Kabinett nach Washington und New York, um dort neue US-Kredite in Höhe von 20 Milliarden Dollar zu erbetteln.

Aber die Zeiten, in denen sie nur zum großen Bruder kommen brauchten, sind vorbei. In den vierteljährlichen Studien der Chase Manhattan Bank über die sichersten Länder für Kapitalinvestitionen war Brasilien Ende letzten Jahres nicht mehr vertreten — die USA-Imperialisten befürchteten offensichtlich, daß die immer neuen Reformversprechen und auch die Zugeständnisse, die durchaus gemacht werden mußten, auf Dauer nicht ausreichen werden, das Regime der Generäle an der Macht zu halten.

200 Milliarden Dollar Kredite würden in den nächsten sechs Jahren gebraucht, um Brasiliens Wirtschaft auf kapitalistischem Wege wieder hochzubringen, und dieser riesige Betrag ist den Finanzkönigen der Wall Street zuviel, zu risikoreich.

Deshalb wurde die brasilianische Delegation jetzt zunächst einmal an den Internationalen Währungsfond verwiesen, der zwar vom US-Imperialismus kontrolliert wird, an dem aber auch andere westliche kapitalistische Länder beteiligt sind — aber auch dort war das Echo nicht begeistert. Der IWF, berüchtigt für seine Auflagen, die er etwa Portugal und der Türkei machte, verlangt eine ganze Reihe von Maßnahmen von der Regierung in Brasilia wie die Verstärkung der Inflationspolitik, die gegenwärtig nicht machbar sind, soll es nicht zu einem allgemeinen Aufstand gegen die Generale kommen.

So sitzen sie im Dilemma. Wie stark dieses ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß die versprochene Landreform ausgerechnet im Araguiagebiet beginnen soll, in jenem Teil des Staates Para also, wo über Jahre hinweg die brasilianische Armee mit barbarischen Methoden aber erfolglos versuchte, den von der Kommunistischen Partei Brasiliens geführten Partisanenkampf zu unterdrücken.

Vor den Wahlen in Zimbabwe

ZANU-PF soll mit allen Mitteln am Wahlsieg gehindert werden

Attentate auf Robert Mugabe

SALISBURY. — Vor der Wahl der achtzig Abgeordneten für die schwarze Bevölkerung, die in den letzten drei Februartagen stattfindet, ist die Lage in Zimbabwe durch eine lange Reihe gezielter Provokationen der Reaktion gegen die ZANU-PF und durch die immer offenere Einmischung des britischen Gouverneurs Lord Soames gekennzeichnet.

Die bereits Mitte Februar gewählten 20 Abgeordneten für die Weißen, die alle der sogenannten Rhodesischen Front Ian Smiths angehören, haben ihre Stellung zu den Wahlen bereits bezogen. Sie würden mit jeder schwarzen Partei oder Koalition zusammenarbeiten, ausgenommen einer Organisation marxistischen Zuschnitts. Damit ist die Zimbabwe African National Uion — Patriotic Front unter Führung Robert Mugabes gemeint, die als einzige der neun kandidierenden Parteien die Landreform und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien fordert.

Die britischen und amerikanischen Imperialisten, die weißen Großgrundbesitzer und die kleine Schicht der schwarzen Reichen (siehe dazu auch „Roter Morgen“ Nummer 7/1980) haben alle anderen schwarzen Parteien dazu gedrängt, eine Anti-Mugabe-Koalition zu bilden. Muzorewa, Sithole und andere haben das bereits getan, mit Nkomos Partei wird darüber verhandelt.

Gegenüber französischen Reportern gestand eine Organisatorin von Muzorewas Partei UANC ein, daß ihre Wahlversammlungen von den sogenannten Hilfskräften, der früheren Privatarmee Muzorewas, die jetzt von Soames den regulären Überwachungstruppen angegliedert wurden, organisiert würden.

Von den Flugzeugen der Überwachungstruppen werden täglich mehr als 10 000 Flugblätter abgeworfen, in denen ZANU-Soldaten dargestellt sind, die Kinder quälen, Frauen vergewaltigen, Kirchen niederbrennen usw.

Bei verschiedenen Terroranschlägen der letzten Zeit hinterließen Bombenleger und Heckenschützen Spruchbänder der ZANU-PF sowie Flugblätter, in denen die ZANU angeblich die Verantwortung für Attentate übernimmt und ähnliche Beweise für die „Terrortätigkeit“ der ZANU-PF. Gleichzeitig geschieht alles, um die Anhänger der ZANU-PF einzuschüchtern.

Lord Soames steht dabei an der Spitze dieser Kampagne, die von den Rassisten tatkräftig unterstützt wird. Die Hauptlosung heißt dabei: „Die Einschüchterung der schwarzen Wähler durch die ZANU-PF muß verhindert werden“. Mehr als zehn Wahlhelfer Mugabes wurden bereits ermordet. Auf ihn selbst wurden bereits zwei Attentate verübt, zwei seiner engsten Mitarbeiter ermordet.

Der bisherige Höhepunkt dieser Kampagne war der Beschluß von Soames, der ZANU-PF in zwei Wahlkreisen den weiteren Wahlkampf zu untersagen, wegen „Einschüchterung der Wähler“. Und während in allen offiziellen Zeitungen die erstaunliche Parole verbreitet wird „Ihr müßt Mugabe wählen“, wird bekannt, daß an den Wahltagen selbst 40 000 Weiße aus Zimbabwe die „Überwachungstruppen“ verstärken sollen.

Gegen diese reaktionären Maßnahmen hat nicht nur die ZANU-PF selbst energisch protestiert, sondern auch 49 afrikanische Länder in der UNO, die Soames und Britannien offene Einmischung und Einschüchterung vorwerfen.



Robert Mugabe, Führer der ZANU-PF, auf den in den letzten Tagen mehrere Attentate verübt wurden.

Europakartell bei Videoproduktion

EINDHOVEN.— Der größte europäische Elektrokonzern, Philips/Eindhoven, gab vor zwei Wochen bekannt, daß er gemeinsam mit Grundig (wo Philips seit letztem Jahr mit 25 Prozent beteiligt ist) und der Siemens AG eine Entwicklungs-, Vertriebs- und Verkaufsgemeinschaft für das System Video 2000 eingehen werde.

Damit schließen sich die beiden größten europäischen Elektromonopole zum Kampf gegen die japanische Konkurrenz zusammen, die bisher mit ihren Systemen Betamax (Sony) und VHS (Matsushita) den Markt beherrschen.

Diese Zusammenarbeit ist ein Meilenstein in der Entwicklung der Elektroindustrie in Europa, der die Perspektive eines Supermonopols in sich trägt.

Frankreich: zwei Millionen ohne Arbeit!

PARIS.— Einer von der Gewerkschaft CGT veröffentlichten Statistik zufolge waren Ende Januar in Frankreich 1 958 020 Werktätige arbeitslos, wobei im Laufe des Februar eine große Zahl Entlassungen dazu kam, so daß es heute über zwei Millionen sind, die keine Arbeit haben.

Diese Statistik, die auch von der zweiten großen französischen Gewerkschaft, CFDT, als gerechtfertigt angesehen wird, hat bei Kapitalisten, Massenmedien und der Bürokratie helle Empörung hervorgerufen: Sie hatten seit Monaten herausposaunt, die Zahl der Arbeitslosen sei im Sinken, und sie mit ungefähr 1,3 Millionen angegeben. Der von Ministerpräsident Barre so großartig eingeführte „Beschäftigungspakt“ ist damit bereits heute gescheitert.

Hafenstreik in London

LONDON.— Seit über einer Woche befinden sich in London mehr als 1 000 Hafenarbeiter im Streik, im Kampf um mehr Lohn.

Diesem Streik haben sich jetzt auch die Gewerkschaften der Schauerleute und die Transportarbeitergewerkschaft im Hafengebiet angeschlossen.

Auch in anderen Branchen der britischen Industrie wächst die Streikbewegung. Aktionen unternahmen in den letzten Tagen die Transportarbeiter, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Wasserwerker. Ein Generalstreik gegen das Sparprogramm der Thatcher-Regierung, geführt von den Stahlarbeitern, rückt immer mehr in den Bereich der Möglichkeiten.

Neue Notstandsmaßnahmen Indira Ghandis

NEU DELHI.— Nur wenige Wochen nach ihrem Machtantritt zeigt sich die alte Indira Ghandi: Neun Provinzregierungen wurden auf dem Verwaltungsweg ihres Amtes enthoben.

Diese Maßnahme, die nach der indischen Verfassung in besonderen Fällen möglich ist, zeigt, daß sie den Kurs langer Jahre, den auch die Janata-Partei verfolgt hatt, weiter fortsetzen will. Bei Massendemonstrationen im Bundesstaat Tamil Nadu gegen die Absetzung der dortigen Regierung wurden 300 Menschen verhaftet.

BRÜSSEL — Bei den Wirtschaftsabteilungen der Brüsseler EG-Bürokratie herrscht eitel Freude. Der Rüstungsboom, der gegenwärtig in allen westeuropäischen Staaten stattfindet, soll die Lösung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen mit sich bringen. Britannien, Frankreich, Italien und die Deutsche Bundesrepublik haben bereits 1979 ihre Rüstungsausgaben drastisch gesteigert und legten nach dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan nochmals kräftig zu. Doch die Tatsachen zeigen bereits jetzt, daß diese Rüstungsexplosion weder Arbeitsplätze sichert, wie behauptet wird, noch sonst irgendeine der Krisenerscheinungen beseitigt, im Gegenteil. Selbst von offizieller Seite wird zugegeben, daß durch den Rüstungsboom die Inflation weiter angeheizt wird.



Streikende Arbeiter bei der Bremer Vulkan-Werft. Die gesteigerte Rüstungsproduktion hat ihre Arbeitsplätze keineswegs sicherer gemacht.

Internationale Krisenhysterie

Rüstungsexplosion in Europa

Alte Kriegsgewinnler machen neue Traumprofite

In Britannien, wo vor allem 43 Konzerne an der Rüstungsproduktion beteiligt sind, die rund 930000 Menschen beschäftigen, werden bisher im Finanzjahr 1979/80 rund 14 Milliarden Mark für den Kauf neuer Waffen eingeplant. Diese Summe soll in einem Nachtragshaushalt der Thatcher-Regierung um weitere 500 Milliarden Mark um weitere 500 Millionen Mark erhöht werden, während alle anderen Posten der Staatsausgaben gekürzt werden. Flugzeuge und Schiffe sind die Hauptwaffen, die der britischen imperialistischen Armee an die Hand gegeben werden sollen. British Aerospace, Rolls Royce, Westland und Decca haben dabei den Großteil des Auftragskuchens kassiert. Die British Shipbuilders Company bekam einen Auftrag über den Bau von 44 Kriegsschiffen. Die Waffenverkäufe kletterten — offiziell — um fast ein Drittel auf über 6 Milliarden Mark, vor allem nach Nahost.

Die größten Profiteure dieser Entwicklung in Britannien sind aber nicht die meist verstaatlichten Rüstungsbetriebe, sondern die Lieferanten der Rohstoffe. Vor allem die Flugzeugindustrie, die zu 70 Prozent für das Militär arbeitet, benötigt große Mengen an Titan und Chrom. Von daher war es nicht erstaunlich, daß mit der Bekanntgabe der Regierungspläne für den Nachtragshaushalt ausgerechnet die Aktien des größten Erzmonopols Europas, der Rio Tinto Zinc Corporation, die von den Rothschild-Banken kontrolliert wird, einen regelrechten Satz machten. Genausowenig ist es erstaunlich, daß die erste Reaktion der Rio Tinto nicht Jubel war, sondern — Preiserhöhung.

Auch die Monopole der Elektroindustrie nutzen den Rüstungsboom zur Vergrößerung ihrer Profite, die in anderen Bereichen, wie der Unterhaltungs- und Hauswarenbranche zurückgegangen sind. Decca zum Beispiel, bei uns hauptsächlich als Schallplattenfirma bekannt, liefert die elektronische Ausrüstung für die britische Kriegsmarine — und hat gleichzeitig mit den neuen Aufträgen mehrere hundert Arbeiter entlassen.

In Frankreich teilen sich vor allem 17 Konzerne mit rund 580000 Beschäftigten die wachsenden Regierungsaufträge für die Armee. Um mehr als 15 Prozent wurde der diesjährige französische Wehretat gegenüber dem Jahr 1979 angehoben, auf rund 48 Milliarden Mark, wovon die ungeheure Summe von 18 Milliarden Mark für neue Waffen aufgewendet wird. Die Waffenexporte Frankreichs werden 1980 rund 12 Millionen Mark betragen, womit Frankreich der größte westeuropäische Waffenhändler bleibt.

Größte Profiteure der Aufrüstung der französischen Armee sind dabei die Finanzgruppen der Dassaults, die zweitgrößter Flugzeuglieferant sind und gleichzeitig zweitgrößter Elektronikausstatter, sowie der Thomson-Konzern, der führend bei der Elektronik ist und auch bei der Heeresausrüstung eine führende Rolle spielt. Natürlich sind auch die französischen Stahlbarone, die Schneiders, mit ihren Erzen und Maschinen bei den allergrößten Profiteuren der Rüstung. Gleichzeitig reduzieren aber sowohl Thomson-Brandt, das größte französische Elektromonopol, als auch die Metallurgischen Werke der Schneiders ihre Belegschaften, treiben die Banken die Inflation an.

Italien seinerseits ist zu einem wichtigen Waffenlieferanten der afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten geworden, hat aber in den letzten Jahren zunehmend auch nach Nahost geliefert. 150 Konzerne mit rund 350000 Arbeitern und Angestellten stellen hier den Kern der Rüstungsindustrie dar. Rund 4 Milliarden Mark werden in diesem Jahr für neue Waffen ausgegeben werden, wobei auch hier weitere Erhöhungen von der Regierung ins Gespräch gebracht werden. Hauptexporteur Italiens sind dabei vor allem die Montedison-Gruppe, in erster Linie über den Konzern Snia Viscosa, der Sprengstoffe, Munition und Raketengeschosse herstellt, sowie die Agnelli-Gruppe mit Fiat-Panzerwagen und der Staatskonzern Iri, der den Hauptteil der Werften kontrolliert. Bei der Ankündigung der letzten Regierungspläne zur Rüstung stiegen die Aktien — auch solcher berüchtigter Firmen wie der Beretta — und der Oto Melara, die ihre Bonde-Luft-Kanonen Oto Melara 76-62 in mindestens 77 Ländern liefern.

Eine italienische Zeitung fragte sich erstaunt, wie es denn komme, daß wenige Tage nach dem Regierungsbeschluß über die weitere Aufrüstung 80 Prozent aller Rüstungsfirmen am selben Tag ihre Preise erhöht haben. Der Grund liegt natürlich einfach darin, daß auch die italienische Großfinanz an der Rüstungsexplosion soviel wie möglich verdienen will.

Während die meisten dieser Firmen dabei in aller Stille ihre Belegschaften reduzieren, bieten sie gleichzeitig mit großem Tamtam neue Arbeitsplätze an — für Ingenieure und Physiker.

In der Deutschen Bundesrepublik schießlich, wo insgesamt rund 10000 Firmen mit Rüstungsgütern handeln, sind rund dreißig Monopole mit mehr als 400000 Beschäftigten der Kern der Kriegswirtschaft. Mit rund 60 Milliarden Mark haben die westdeutschen Imperialisten den größten Wehretat ganz Westeuropas, wovon im nächsten Jahr mehr als 15 Milliarden Mark für den Kauf neuer Waffen ausgegeben werden sollen.

Die Bundesrepbulik lieferte im letzten Jahr in 72 Länder Rüstungsgüter im Wert von mindestens 8 Milliarden Mark. Davon profitieren zuerst die alten Kriegsgewinnler wie Krupp und Thyssen. Die Thyssen-Gruppe, die den größten Teil der westdeutschen Werften kontrolliert und der Krupp-Konzern, der neben der Schwerproduktion auch zunehmend in der Elektronik tätig ist (Krupp-Atlas).

Die Finanzgruppe der Flick und Quandt kontrollieren weitgehend das Geschäft mit Heer und Panzern, vom „Leopard" bis zur Patrone. Während der allergrößten Kriegshysterie, in den Tagen nach dem russischen Einmarsch stiegen die Flickaktien von Krauss-Maffei („Leopard") innerhalb von Tagen von 850 Mark auf 1780 Mark pro Stück. Hier wurden in wenigen Tagen -zig Millionen verdient. Und auch die Siemensgruppe, in der Flugzeugindustrie und der elektronischen Ausrüstung sehr tätig, konnte ihren Anteil an Aufträgen vergrößern, ebenso stiegen die Aktien der Haniel-Gruppe mit GHH, MAN und Zahnradfabrik Renk, alles wichtige Militärproduzenten.

Zur selben Zeit, da auch in Westdeutschland zahlreiche neue Großaufträge vergeben werden, da deutsche Waffenhändler ihre Tätigkeit vor allem in Nahost verstärken, steigt hier die Arbeitslosenzahl, während niemand etwas über Neueinstellungen der Rüstungsmonopole weiß, wohl aber vom dort ausgeübten Rationalisierungsterror. Ebenso trägt die fast fieberhaft zu nennende Aufkaufpolitik der westdeutschen Imperialisten bei strategischen Erzen und Metallen zur allgemeinen Teuerung bei.

Und die USA-Imperialisten, Haupteinpeitscher der Kriegsvorbereitungen, verdienen nicht nur im eigenen Land und durch Verkäufe am Kanonenboom, sondern sind in allen genannten Ländern an wichtigsten Rüstungsschmieden entweder beteiligt oder über Niederlassungen ihrer Multis selbstständig aktiv.

Dies vor allem im hochtechnischen Bereich, bei elektronischen Gütern und natürlich in der Flugzeugindustrie.

So sieht es heute aus, wie es immer in solchen Situationen war. Während die Völker Europas einen neuen Krieg fürchten, den sie hassen wie die Pest, reiben sich die Kanonenkönige die Hände, auch wenn es heute nicht mehr vor allem Kanonen sind, an denen sie verdienen. Und sie verdienen dabei wie eh und je, über die Staatsgrenzen hinweg und scheuen kein noch so schmutziges Geschäft.

Daselbe gilt auch für die sowjetischen Sozialimperialisten, die seit der Zeit des Rhodesienembargos Hauptlieferant der USA für Chrom waren...

Code-Wort „Gartenhäuschen"

Illegale Waffengeschäfte der westdeutschen Rüstungskonzerne

General Schnez als Berater aktiv

BONN. — Westdeutsche Waffenschmieden unterlaufen auf breiter Front das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial in sogenannte Spannungsgebiete. Teilweise liefern sie bei kriegerischen Auseinandersetzungen ihre Waffen sogar an beide Seiten. Neue Einzelheiten über diese illegalen Praktiken enthüllte am vergangenen Dienstag die Zeitung „Die Neue".

Im Jahr 1971 wurde das erwähnte Exportverbot von der Bundesregierung erlassen und in der Folgezeit mehrfach bestätigt und auch präzisiert. Vertreter von Rüstungskonzernen und aus den Unionsparteien haben seitdem immer wieder die Aufhebung dieses Verbots gefordert, sind dabei jedoch am Widerstand innerhalb der größten Regierungspartei, der SPD, gescheitert.

Aber trotz dieses Verbots werden im großen Umfang Waffen in Spannungsgebiete exportiert — mit Kenntnis und Billigung der Bundesregierung. Der RM hat auf diese Tatsache wiederholt hingewiesen — vor allem hinsichtlich der Waffenlieferungen an die südafrikanischen Rassisten. Die letzte Woche in der „Neuen" veröffentlichten Enthüllungen beziehen sich auf einen schwungvollen Waffenhandel mit dem Nahen Osten.

Als Vermittler dieser Geschafte ist dabei die Frankfurter Firma „Consolidated Planners Enterprises" (CPE) aufgetreten. Offiziell ist diese Firma mit so harmlosen Dingen wie Touristik, Bautätigkeit oder Lebensmittelversorgung beschäftigt. Sie leistet sich jedoch immerhin für stattliche 4000 Mark pro Monat einen Exgeneral als Berater: Generalleutnant a.D. Albert Schnez, den früheren Inspekteur des Heeres.

Und dieser Schnez ist auch nach seiner Pensionierung noch einschlägig aktiv. So fertigte er etwa für Saudi Arabien eine Untersuchung an, die den Titel trägt: „Studie über Organisierung, Bewaffnung und Ausrüstung von selbständigen mechanisierten Brigaden." Schnez schlägt dem saudi-arabischen Regime darin die Aufstellung einer Brigade vor, die einen „ausgewogenen Verband aller Waffen dar(stellt), der hohe Feuerkraft mit hoher Beweglichkeit verbindet. Er ist in der Lage, alle Angriffs- und Abwehraufgaben **sowie den Kampf gegen subversive Elemente** auch unter erschwerten Verhältnissen durchzuführen."

Die Aufstellung einer solchen Brigade, die außerhalb des Rahmens der bestehenden saudi-arabischen Armee operieren würde, paßt haargenau ins Konzept der amerikanischen Kriegstreiber und ihrer NATO-Verbündeten, die gegenwärtig darangehen, in den von ihnen kontrollierten Erdölländern Eingreiftruppen für die Verteidigung ihrer imperialistischen Interessen aufzustellen. Die Schnez-Studie paßt jedoch noch in ein anderes Konzept: nämlich in das Produktionsprogramm des westdeutschen Rüstungskonzerns Magirus-Deutz. Denn „zufällig" kann MD gerade Systeme liefern, die der General zur Ausrüstung der mechanisierten Brigade für unabdingbar hält. Muß da noch erwähnt werden, daß Schnez auch bei MD einen Beratervertrag hat?

Die oben erwähnte Frankfurter CPE — ebenfalls von Schnez „beraten" — wurde dann im vergangenen Jahr aktiv und vermittelte konkrete Verkaufsgespräche zwischen MD und saudischen Politikern bzw. Militärs. Solche Gespräche haben inzwischen sowohl in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad wie auch im Ulmer Werk von MD stattgefunden. Und verhandelt wurde unter anderem über Truppen- und Panzertransporter sowie Artilleriezugmaschinen.

Der geschäftstüchtige General war jedoch auch in Syrien aktiv. Im vergangenen Juli konnte er seinen Auftraggebern die folgende Erklärung des syrischen Heeres-Generalstabschefs Sabbagh präsentieren: „Magirus Deutz wird eine große Rolle in der Entwicklung der syrischen Armee spielen." Und offensichtlich ist es nicht bei einer solchen Absichtserklärung geblieben, haben die Waffengeschäfte schon konkrete Formen angenommen. Denn MD schloß bereits einen Vertrag mit der CPE, die auch dieses Geschäft vermittelt hatte, in dem die dreimalige Zahlung von jeweils 123833,70 Mark an die Frankfurter Firma vereinbart wurde.

Ebenfalls mit Saudi-Arabien und Syrien hat die CPE auch Geschäfte von noch größerem Kaliber vermittelt. Es ging dabei um den Verkauf des Kampfpanzers „Leopard" aus Flicks Münchener Waffenschmiede Krauss-Maffei. Dreihundert dieser Panzer sollen nach Syrien gehen. Kaufpreis: 3,1 Millionen Mark pro Stück bei einer fünfprozentigen Vermittlungsprämie. Weil sich Panzer nicht — wie das sonst bei Waffengeschäften üblich ist — als Zivilgüter verschleiern lassen, lief dieses Geschäft streng konspirativ ab. In den Vereinbarungen wurde der „Leopard" unter dem Code-Namen „Gartenhäuschen" geführt. Als die illegalen Geschäfte trotzdem ruchbar wurden, brach das saudische Regime die Verhandlungen ab. Es bemüht sich jetzt um offizielle Vereinbarungen mit Krauss-Maffei.

Die Waffengeschäfte mit dem Nahen Osten haben schon eine lange Geschichte. Das geht aus einem Dokument in arabischer Sprache hervor, mit dem eine „NATO Standard Company" um Kunden in diesem Raum warb. Hinter der Company verbirgt sich ein Konsortium aus Magirus-Deutz, Klöckner-Humboldt-Deutz und Starz-Elektronik. Und um mögliche Kunden auf den richtigen Geschmack zu bringen, wird in diesem Dokument freimütig über umfangreiche Lieferungen von Kriegsmaterial an verschiedene arabische Länder berichtet. Man kann daraus auch entnehmen, daß im Oktoberkrieg 1973 nicht nur die Israelis mit westdeutschen Waffen kämpften.

Da heißt es über die „NATO Standard Company": „Es war diese Firma, die es ermöglichte, die Sandwälle und Sperren am Suezkanal zu durchbrechen (gemeint ist die von den Israelis am östlichen Suezufer errichtete Barlev-Linie — RM)... Innerhalb von sechs Wochen lieferte sie eine Woche vor Ausbruch des Krieges an Ägypten. Die Firmeningenieure überwachten die Ausbildung der Ägypter an diesen Kanonen".

So machten die westdeutschen Rüstungskonzerne ihr Geschäft mit dem Tod; und wenn es sich gerade so ergibt — auf beiden Seiten der kriegsführenden Parteien. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit jedoch steht dabei die Stärkung der reaktionären prowestlichen Regime wie etwa Saudi-Arabien. Die gesamte Tätigkeit dieser Waffenhändler — das muß hier noch einmal hervorgehoben werden — ist völlig illegal. Die Praxis hat das Exportverbot für Waffen in Spannungsgebiete längst zur Farce gemacht. Um so entschiedener muß gefordert werden, daß die gesetzlichen Bestimmungen in diesem Bereich eingehalten und nicht immer weiter durchlöchert werden, daß alle diejenigen, die sie durchbrechen, auch zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden.

Artikelserie zur Renten-diskussion

1. Folge



Wieder einmal geraten die Renten immer mehr in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Unter dem Vorwand von Finanzierungslücken bei den öffentlichen Versicherungsträgern wird ein umfassender Angriff auf das bruttolohnbezogene Rentensystem vorbereitet, werden in den Chefetagen der Banken und Konzerne und den Geschäftsstellen der vier Bundestagsparteien Pläne geschmiedet, wie der bereits mit dem 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz (1976 und 1978) begonnene Rentenabbau weitergetrieben werden kann. Das Programm der Herren der Monopole und Banken für die 80er Jahre lautet: Aufrüstung nach innen und außen, um die bevorstehende Verschärfung der Krise in den Griff zu bekommen. Und weil sie keine Finanzlücken im Rüstungsetat oder im Etat für innere Sicherheit gebrauchen können, muß an anderer Stelle gespart werden, vor allem im Sozialbereich.

Der „Rote Morgen" wird mit dieser Ausgabe beginnend ausführlich zur Rentenproblematik Stellung nehmen. Seit wann gibt es Renten? Was versteht man unter bruttolohnbezogener Rente? Was ist von Plänen zur Rentenbesteuerung zu halten? Wie finanzieren sich eigentlich die Rentenversicherungen? Was ist ein Rentenberg? Solche und ähnliche Fragen sollen im Verlauf der Rentenserie des „Roten Morgen" eingehend behandelt werden, denn die Herren Sozialpolitiker spekulieren wie so oft auch auf dem Gebiet der Rentenfrage mit der Undurchschaubarkeit des Systems. Schließlich werden wir darauf zu sprechen kommen, welche Haltung wir Kommunisten in der Rentenfrage einnehmen.

Von der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung zur bruttolohnbezogenen Rente

Die erste Folge unserer Rentenserie wird einen kurzen Ausblick in die Geschichte der Arbeiterbewegung geben. Der Hauptteil des Artikels wird sich mit Fragen der Rentenberechnung auseinandersetzen, um dem Leser auf diese Weise den Mechanismus des dynamischen Rentensystems einigermaßen durchschaubar zu machen. Wenn wir dadurch den Leser noch in die Lage versetzen sollten, seinen eigenen Rentenanspruch grob zu überschlagen, so ist das durchaus im Sinne des Verfassers.

Das westdeutsche Rentensystem gilt allgemein als eines der besten und sichersten der kapitalistischen Welt. Voller Stolz läßt Arbeitsminister Ehrenberg in der im Juli 1977 herausgegebenen Informationsschrift „Übersicht über die soziale Sicherung" erklären:

„Die deutsche Sozialversicherung entstand als erste umfassende Gesetzgebung der Welt zur Sicherung der Arbeitnehmer." Und weiter heißt es — die Kanzlerlogik vom „Modell Deutschland" im Hinterkopf:

„Die deutsche Sozialversicherung (hat) einen merkbaren Einfluß auf die soziale Entwicklung in anderen Staaten ausüben können."

Diese Äußerungen als reine Propagandalügen abtun zu wollen, wäre grundfalsch. In der Tat hat sich die deutsche Arbeiterklasse verschiedene nützliche Sozialgesetze erkämpft. In der Tat sah sich die Bourgeoisie gezwungen, verschiedene Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung zu machen. Sicherlich spielt auch eine Rolle, daß sie in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs von sich aus verschiedene Vorleistungen erbrachte, um die Menge des sozialen Zündstoffs relativ klein zu halten, um relative Ruhe an der Heimatfront zu haben.

Trotzdem bietet der allgemeine Zustand der gesetzlichen Rentenversicherung als einem der wesentlichen Teile der Sozialgesetzgebung keinerlei Anlaß, der Bourgeoisie und ihrer Bonner Regierung um den Hals zu fallen, denn die Weltmeisterattribute, die der westdeutschen Rentenversicherung bescheinigt werden, sind sehr relativ zu sehen.

Obwohl sie eine der besten sein mag, vegetierten im April 1979 von knapp elf Millionen Rentenbeziehern 4,7 Millionen mit einer Monatsrente unterhalb der Achthundertmarkgrenze dahin, 1,2 Millionen Männer, 3,5 Millionen Frauen.

Das monatliche Durchschnittseinkommen der Rentnerinnen beträgt 583 Mark. Dieses Handgeld verdient allenfalls die Bezeichnung Unterhaltszuschußzahlung; einen Unterhaltszuschußcharakter hatten die Renten bis zur großen Rentenreform 1957; seitdem soll die Rente eine Unterhaltsersatzfunktion ausüben. Daß dieser lobenswerte Anspruch längst nicht verwirklicht ist, wird aus den genannten Zahlen klar.

Trotz der zahlreichen Verbesserungen, die die Rentengesetzgebung in ihrer 90jährigen Geschichte erfahren hat, ist sie weit entfernt davon, den Alten, Invaliden oder Witwen einen matriell gesicherten und sorgenfreien Lebensabend zu garantieren.

Nach wie vor befinden sich die Alten, einmal aus dem Produktiionsprozeß ausgeschieden, auf dem Abstellgleis der Gesellschaft. Sie, die den Ausbeutern nun nicht mehr zur Verfügung stehen, werden von den Kapitalisten nach wie vor als unproduktiver Kostenfaktor betrachtet. Nach wie vor ist der Kampf für ein gesichertes Leben der Alten und Kranken eine wichtige Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Die erste Sozialversicherung — ein kaiserlicher Gnadenakt?

Und die Arbeiterbewegung war es auch, die den Kapitalisten und ihrem Staat Unterhaltszahlungen für jene Fälle abtrotzten, in denen der Arbeiter der Ausbeutung durch die Kapitalisten nicht mehr zur Verfügung steht, sei es wegen Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, sei es aus Altersgründen.

1883 wurde die Krankenversicherung der Arbeiter eingeführt, 1884 ein Unfallversicherungsgesetz verabschiedet, dem 1889 ein Invaliditäts- und Absicherungsgesetz folgte. Damit war der Grundstein für eine umfassende Sozialversicherungsgesetzgebung geschafen.

1911 verabschiedete schließlich der Reichstag die Reichsversicherungsordnung, auf der heute noch unsere Sozialversicherungsgesetzgebung basiert. Seit 1911 sind über zweihundert Gesetzesänderungen vorgenommen worden. Eine weitere steht nun für eine neuerliche große Rentenreform für 1984 ins Haus.

Doch werfen wir einen kurzen Blick auf die Klassenkräfte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts. Skizzieren wir grob, unter welchen Umständen die Bourgeoisie der Forderung der Arbeiterbewegung nach Maßnahmen zur sozialen Sicherung zumindest teilweise nachkam.

1878 paukte Bismarck das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" durch.

Doch der machtvolle Strom der Arbeiterbewegung war durch nichts zu hemmen. Franz Mehring schreibt: *„Unter dem Sozialistengesetz stiegen die Reichtagsstimmen der Partei um eine Million, stieg die Mitgliederziffer der gewerkschaftlichen Organisationen von 50000 auf 200000. Die deutsche Arbeiterklasse war in der Schwerpunkt der historischen Entwicklung gerückt, aus dem sie keine Macht der Welt mehr verdrängen konnte."*

Mit dem Fall der Sozialistengesetze fiel nicht nur Bismarck (März 1890), eine Folge des Anwachsens und Erstarkens der Arbeiterbewegung waren auch die noch unter den Sozialistengesetzen eingeführten Sozialversicherungsmaßnahmen 1883, 1884 und 1889.

Der Historiker Jürgen Kuczynski äußert sich im Rahmen seiner 16 Vorlesungen über „Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946" zu den sozialpolitischen Maßnahmen der Bismarck-Regierung:

„Die Großbourgeoisie hatte versucht, mit dem Zuckerbrot einer umfassenden Sozialversicherung die Arbeiter zu betören. Die Sozialversicherung stellte einen Fortschritt dar, half Übel, ohne ihre Wurzel natürlich im geringsten zu berühren, in ihren Konsequenzen zu mildern, und die Arbeiter kamen in den Genuß gewisser Leistungen, die denen anderer Länder nicht zur Verfügung standen. Zweifellos mußten die Unternehmer einen, wenn auch nur ganz minimalen, Teil ihrer Profite für die Sozialversicherung opfern."

Und etwas emphatisch beschreibt Kuczynski die deutsche Arbeiterbewegung dieser Zeit als Jahre, *„in denen die großen Führer des Weltproletariats, Marx und Engels, sich der Arbeiterbewegung unseres Landes freuen, in denen sie zum bewunderten Beispiel der Arbeiterbewegung aller Länder wird. In mächtigen Organisationen schließen sich Millionen deutscher Arbeiter in der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften zusammen."*

Man wird daher mit Fug und Recht behaupten können, daß die Sozialversicherungsgesetzgebung weder aus der gnädigen Hand eines deutschen Kaisers gewährt wurde, noch ein Beispiel für die noch die dagewesene soziale Haltung der Unternehmer ist und schon gar kein freiwilliges Entgegenkommen der ultrareaktionären Bismarck-Regierung.

Die Sozialgesetzgebung ist eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung, der herrschenden Klasse Zug um Zug in hartem Kampf abgetrotzt. Nur so ist sie entstanden, nur so wurde sie weiterentwickelt, nur so wird man Pläne zum Rentenabbau zunichtemachen können!

Vom Unterhaltszuschuß zum Unterhaltsersatz

Ein wichtiger Meilenstein bei der Verbesserung der Sozialversicherungsgesetze war die Rentenreform 1957. Wichtigstes Merkmal dieser Reform war die Umwandlung des Leistungscharakters. Hatte die monatliche Rente bis dahin Unterhaltszuschußcharakter, so maß man ihr nun eine Unterhaltsersatzfunktion zu.

Das seit 1957 gültige Rentensystem ist unter dem Namen dynamische oder bruttolohnbezogene Rente bekannt. Exakt dieses System ist Gegenstand der aktuellen Rentendiskussion. Heiß umstritten ist die Frage, ob das bruttolohnbezogene System im Kern erhalten bleibt oder durch eine neuerliche größere Änderung durch ein anderes ersetzt wird. Obwohl das 20. und noch mehr das 21. Rentenanpassungsgesetz (1976 und 1978) schon wesentliche Teile des bruttolohnbezogenen Systems „vorübergehend bis 1981" (so der amtliche Sprachgebrauch) außer Kraft setzte, ist es notwendig, kurz das bruttolohnbezogene System zu erläutern. Anders wird es kaum möglich sein, die gegenwärtig anstehende Rentenfrage zu klären, noch die aktuelle Diskussion zumindest notdürftig zu durchschauen.

Bemessungsgrundlage und Vomhundertsatz

Wie der Name schon nahelegt, ist das dynamische Rentensystem an die Bruttolohnentwicklung gekoppelt. Sowohl bei der Bestimmung der jährlichen Rentensteigerung als auch der Berechnung von Neurenten spielt die Bruttolohnentwicklung eine wichtige Rolle.

Wie werden Neurenten Berechnet?

Zur Beantwortung dieser Frage muß der Begriff **allgemeine Bemessungsgrundlage** eingeführt werden. Bei der allgemeinen Bemessungsgrundlage handelt es sich um den durchschnittlichen Brutto-Jahres-Arbeitsverdienst aller Arbeiter und Angestellten in einem Dreijahreszeitraum, der ein Jahr zurückliegt.

Beispiel: Um die allgemeinen Bemessungsgrundlagen für 1977 zu bestimmen, werden die vom Statistischen Bundesamt errechneten durchschnittlichen Brutto-Jahres-Verdienst von 1973, 1974 und 1975 addiert und durch drei geteilt. Für 1977 erhält man so einen Wert von 20161 Mark, für 1978 von 21608 Mark.

Nun gilt es, für jedes Versicherungsjahr den persönlichen Brutto-Verdienst zum durchschnittlichen Brutto-Jahresverdienst aller Versicherten ins Verhältnis zu setzen. Die daraus sich ergebende Zahl nennt man **Werteinheit**.

Beispiel: Der Durchschnittsverdienst aller Arbeiter und Angestellten für das Jahr X beträgt 10000 Mark, mein eigener 20000 Mark, so ist mein Verdienst exakt 200 Prozent des allgemeinen, die Werteinheit ist 200. Wäre mein Verdienst sagen wir 8760 Mark, das wären dann 87,6 Prozent des allgemeinen, erhielte ich für das Jahr X die Werteinheit 87,6.

Für die Lehrjahre, wo der eigene Verdienst extrem niedrig ist, bestehen Sonderregelungen bei der Berechnung der Werteinheiten, ebenso bei Ausfallzeiten wie Kur etc. Darauf näher einzugehen, würde gewiß den Rahmen sprengen.

Nun werden sämtliche auf diese Art errechneten Werteinheiten zusammengezählt, durch sämtliche Versicherungsmonate geteilt und mit zwölf malgenommen. So erhält man eine Durchschnittswerteinheit, der unter Rentenexperten als **jährlicher Vomhundertsatz** bezeichnet wird.

Nun sind wir fast am Ziel. Den jährlichen Vomhundertsatz multiplizieren wir mit der eben schon eingeführten allgemeinen Bemessungsgrundlage und erhalten so die persönliche Bemessungsgrundlage. Diese wird multipliziert mit der Anzahl der Versicherungsjahre, mit dem für die verschiedenen Rentenarten festgelegten Steigerungssatz (für Erwerbsunfähigkeit und Altersruhegeld beträgt er 1,5), teilen das Ergebnis durch 100 und erhalten unter dem Strich die Jahresrente.

Beispiel: Gehen wir der Einfachheit halber von vereinfachten Zahlen aus. Nehmen wir an, die allgemeine Bemessungsgrundlage betrüge 20000 Mark, nehmen wir weiter an, mein Vomhundertsatz wäre 90, die Anzahl meiner Versicherungsjahre 40. Gehen wir weiter davon aus, ich trete in den Ruhestand, der Steigerungssatz betrüge also 1,5.

Zunächst berechne ich meine persönliche Bemessungsgrundlage, also 20000 mal 90 durch 100. Die persönliche Bemessungsgrundlage betrüge dann 18000 Mark. Dieser Betrag wird nun malgenommen mit den Versicherungsjahren (40), dem Steigerungssatz (1,5) und durch 100 geteilt. Als Jahresrente käme heraus: 10800 Mark, das wären 900 Mark im Monat.

Dem mittlerweile verwirrten Leser sei gesagt, die Wirklichkeit ist wie so oft, erheblich komplizierter als diese grob vereinfachte Darstellungsweise.

Iwan Petrowitsch Pawlow, der Entdecker der bedingten Reflexe und zahlreicher Gesetze der höheren Nerventätigkeit, wurde am 14. September 1849 in Rußland geboren. Als Naturwissenschaftler und konsequenter Materialist leistete er große Beiträge zur Weiterentwicklung der Physiologie und gab gleichzeitig der Psychologie eine materialistische Grundlage. Heute, da von den herrschenden Klassen in der ganzen Welt unzählige reaktionäre psychologische Theorien verbreitet werden, um die Unterdrückung der Volksmassen aufrechtzuerhalten, ist es besonders wichtig, sich an den Mann zu erinnern, der schon vor vielen Jahrzehnten durch seine konsequente wissenschaftliche Tätigkeit die reaktionären Theorien der Psychologie widerlegte und entlarvte.

Iwan Petrowitsch Pawlow (1849 — 1936)

Er gab der Psychologie eine materialistische Grundlage

Pawlow wuchs in der alten russischen Stadt Rjasan als Sohn eines Priesters auf. Nach Absolvierung der Grundschule trat er zunächst ins Priesterseminar ein. Vor Abschluß des Seminars jedoch verwarf er die Kirchenlaufbahn und ging nach Leningrad, um dort Physik und Mathematik zu studieren. Es war damals die Zeit der revolutionären Demokraten und des Aufkommens der liberalen Opposition gegen den Zarismus. Im Jahre 1861 erhielten die Leibeigenen ihre Freiheit, und der Aufruhr im Gefolge dieses Ereignisses bestimmte das geistige Leben des Landes.

An der Universität wandte sich Pawlow stärker den Naturwissenschaften zu. Insbesondere unter dem Einfluß Setschenows, eines radikalen Demokraten, Physiologen und Verfolgten des Zarenregimes entschloß sich Pawlow, Physiologe zu werden. Er beendete sein Studium mit Auszeichnung und erhielt in Leningrad an der militärmedizinischen Akademie eine Anstellung. Nach zwanzigjähriger Arbeit veröffentlichte er die Ergebnisse seiner Untersuchung über die Verdauung. Hierfür wurde ihm im Jahre 1904 der Nobelpreis zuerkannt.

Bedingte Reflexe

Unermüdlich arbeitend machte Pawlow die Entdeckung der bedingten Reflexe. Pawlow unterschied bedingte und unbedingte Reflexe, angeborene Reflexe wie Hunger und den Fortpflanzungsreflex. Die bedingten Reflexe, die nicht angeboren sind, bilden sich in der individuellen Entwicklung von Tier und Mensch aus.

Wie entsteht ein bedingter Reflex?

Wird einem Hund zum Beispiel in einiger Entfernung eine Masse hingestellt, die er nicht kennt, geschieht nichts. Wird ihm jedoch die Masse in das Maul geschoben, beginnt eine Speichelabsonderung und der Hund frißt die Masse. In diesem Fall tritt der unbedingte, angeborene Reflex in Aktion. Gleichzeitig geschieht jedoch noch ein Zweites: Der Hund hat mit seinen Sinnesorganen die Masse wahrgenommen, ihre Farbe, ihre Form, ihren Geruch. Diese Eigenschaften werden im Gehirn des Hundes aufgearbeitet und mit der ersten Erfahrung, daß nämlich die Masse schmeckt und den Hunger stillt, verbunden. Nun genügt es, die Masse in einiger Entfernung vor dem Hund abzulegen, und sofort beginnt die Speichelabsonderung, die Vorbereitung zur Mahlzeit. Ein bedingter Reflex ist ausgebildet worden.

Pawlow benutzte das Wort „bedingt", weil

a) diese Reflexe unbeständig sind. Sie entwickeln sich rasch, werden aber auch rasch wieder verlernt im Gegensatz zu den angeborenen, unbedingten Reflexen;

b) die bedingten Reflexe mit Hilfe der Sinnesorgane sich ausbilden, wobei die sekundären Eigenschaften der Dinge eine Rolle spielen — in unserem Beispiel Farbe, Form und Geruch im Gegensatz zur für den Hund wesentlichen Eigenschaft der Masse, eßbar zu sein. Deswegen nannte Pawlow die bedingten Reflexe auch erste Signale der Wirklichkeit. Mit Hilfe der bedingten Reflexe passen sich die Tiere in ihrem Individualleben an die Umwelt an. Für die Menschen stellen die bedingten Reflexe ebenfalls wichtige Anpassungsinstrumente dar.

Pawlows materialistische Anschauungen, seine hervorragende wissenschaftliche Arbeit sowie seine konsequente demokratische Haltung waren ein Dorn im Auge der zaristischen Bürokratie. Viele Schikanen mußte er deswegen über sich ergehen lassen und für seine Forschungstätigkeit erhielt er kaum Förderung.

Im Jahre 1917 siegte in Rußland die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Pawlow stand diesem Ereignis zunächst kritisch gegenüber. Dies hinderte den jungen Arbeiterstaat, der im Jahre 1918 noch um seine bloße Existenz rang, jedoch nicht, in einem Regierungsdekret die „außerordentlichen wissenschaftlichen Verdienste Pawlows" zu würdigen, „die von ungeheurer Bedeutung für die Werktätigen der ganzen Welt sind." Die Sowjets setzten sogar eine Kommission unter dem Vorsitz Maxim Gorkis ein, um „in kürzester Frist maximal günstige Bedingungen zu schaffen, die die wissenschaftliche Arbeit des Akademiemitglieds Pawlow und seiner Mitarbeiter gewährleisten".

Im Verlaufe einiger Jahre bereits konnte Pawlows ständiger Mitarbeiterstab auf 300 Personen vervielfacht werden — im zaristischen Rußland waren es dagegen nur vier bis fünf Personen gewesen, die Pawlow oft auch noch aus eigener Tasche bezahlt hatte. Unter der Herrschaft der Sowjets konnte Pawlow weitere große Fortschritte in seiner Arbeit machen, insbesondere die Lehre von der höheren Nerventätigkeit vollständig ausarbeiten.

Was passiert in unserem Gehirn?

Die Frage „Was passiert in unserem Gehirn?" wurde von verschiedensten Wissenschaftlern immer wieder aufgeworfen. Sie war extrem schwierig zu lösen; die Physiologie des Gehirns befand sich in einer Sackgasse. Psychologen wie Freud oder Watson wollten sich einerseits mit diesem schwierigen Problem nicht befassen, andererseits jedoch erfanden sie spekulative Theorien über das Gehirn. Der Begründer der amerikanischen Verhaltenspsychologie, Watson, reduzierte in der Vorstellung das Gehirn auf eine Maschine, die lediglich auf Umweltreize reagiert. Freud erfand allerhand geheimnisvolle Punkte, Instanzen und Triebe im Gehirn, ohne je beweisen zu können, daß diese tatsächlich existieren.

Im Gegensatz zu den Psychologen untersuchte Pawlow die tatsächliche Funktion der höheren Nerventätigkeit, und er gelangte zu einer dialektisch-materialistischen Erklärung dieser Prozesse. „Die Nerventätigkeit besteht aus den Erscheinungen der Erregung und Hemmung. Dies sind sozusagen die zwei Hälften der Nerventätigkeit. Vielleicht wird es kein großes Vergehen sein, wenn ich mir zur Erläuterung zu sagen erlaube, daß das so etwas wie positive und negative Elektrizität ist." — Die Erregung stellt die neuen Verbindungen in den Großhirnhemisphären her; um aber die Reize genau erkennen zu können, muß die Ausbreitung der Erregung durch den entgegengesetzten Prozeß der Hemmung begrenzt werden. Dies ist dann die Konzentration der Erregung. Die Ausstrahlung der Hemmung, die zum Schlaf führt, schützt die Hemisphären, aber um den Wachzustand aufrechtzuerhalten und um analytische Arbeit zu vollbringen, muß die Hemmung durch die Erregung begrenzt werden. Das gesunde Funktionieren des Organismus hängt von der Herstellung und Aufrechterhaltung eines dynamischen Gleichgewichtszustandes zwischen Erregung und Hemmung ab. „Schwierige Bedingungen" — so Pawlow —, „ „die das nervale Gleichgewicht chronisch stören, sind: Überbeanspruchung des Erregungs- bzw. des Hemmungsprozesses und der direkte Zusammenprall der beiden entgegengesetzten Prozesse oder, anders gesprochen, die Überbeanspruchung der Beweglichkeit dieser Prozesse."

Mit Hilfe seiner Forschungsergebnisse konnte Pawlow die Ursachen für zahlreiche Neurosen, Zwangsvorstellungen und andere geistigen Störungen aufklären, und die Krankheiten in seinem Laboratorium und seiner Klinik auch erfolgreich behandeln.

Zweites Signalsystem der Wirklichkeit

Schon zu Pawlows Zeiten war die Frage „Wie entstand das Denken und die Sprache des Menschen?" ein heiß diskutiertes Thema. Marx und Engels wiesen im letzten Jahrhundert nach, daß das Denken, das Bewußtsein des Menschen nicht unabhängig von der Materie, vom Gehirn existiert. Das Bewußtsein ist nur die höchste und komplizierteste Form der Materie. Marx und Engels wiesen im weiteren auf die grundlegende Bedeutung der Arbeit bei der Entwicklung des Denkens hin. Die Arbeit, insbesondere die gesellschaftliche Tätigkeit — zum Beispiel schon die gemeinschaftliche Jagd der Urmenschen nach Wild — schuf die Bedingungen, unter denen sich die Geschicklichkeit der Hand und dann auch — infolge der Notwendigkeit der Verständigung mittels Laute und dann auch mittels Worte — die Sprache und das Denken entwickeln konnte. Dies ging mit physiologischen und nervalen Veränderungen einher: zum Beispiel der Entwicklung des Kehlkopfs und einer enormen Vergrößerung und Komplizierung des Gehirns.

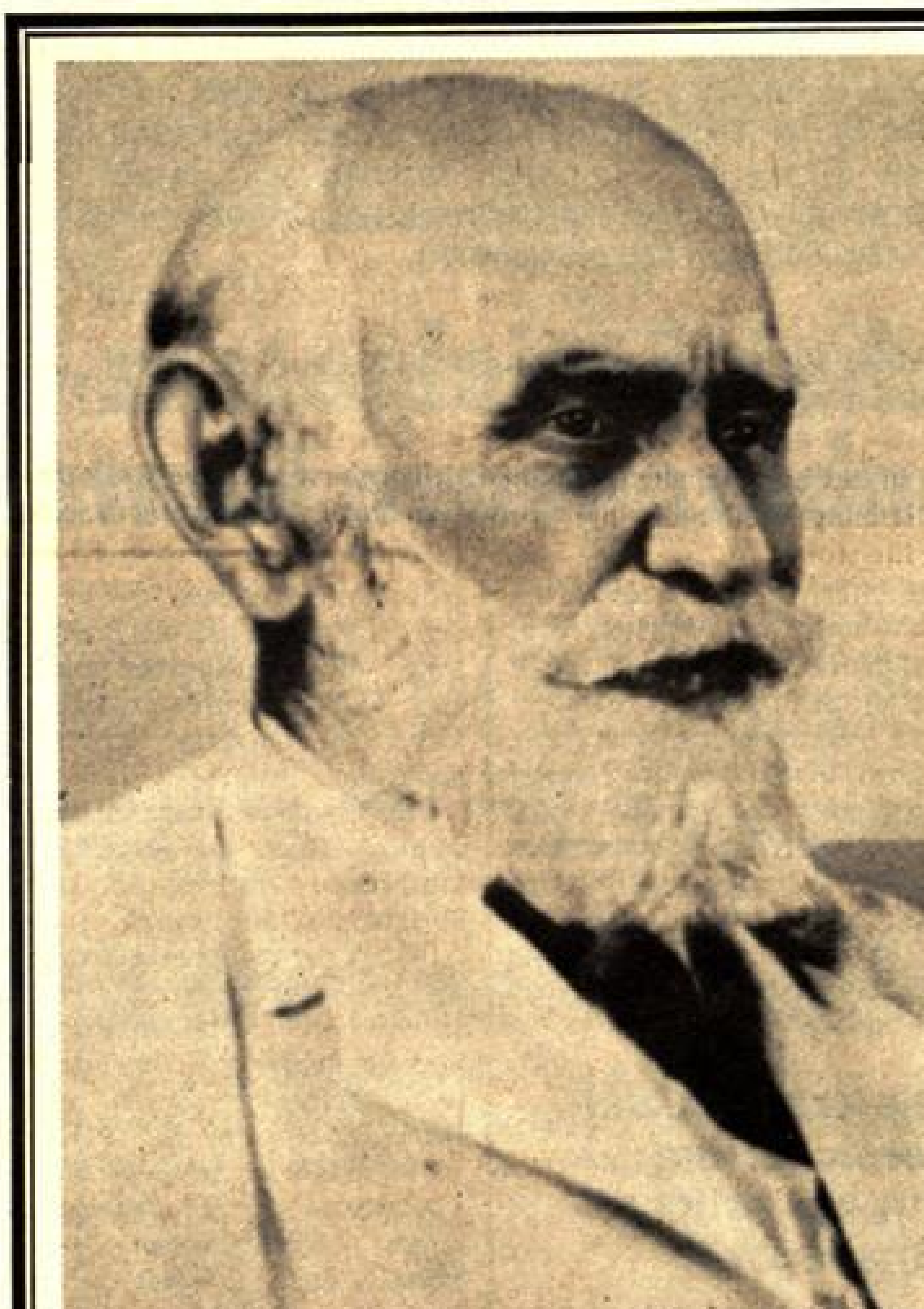
Hier nun liefert Pawlows Theorie vom Nervenapparat des Zweiten Signalsystems ein Kettenglied zum Verständnis des Übergangs vom Affen zum Menschen. Geräusche, die allmählich in Worten festgelegt werden, entwickeln sich zu bedingten Reizen, die als Signale für die Eigenschaften und Bewegungen konkreter äußerer Objekte wirken. Die Worte werden zu einem zusätzlichen System von Signalen, die sich qualitativ von den mehr direkten Signalen des Ersten Signalsystems unterscheiden. Sie sind aber vor allem deshalb qualitativ verschieden, weil sie eine Abstraktion von der Realität darstellen. Pawlow sagte: „Wenn unsere Empfindungen und Vorstellungen, die sich auf die Außenwelt beziehen, für uns die ersten und dabei konkreten Signale der Wirklichkeit sind, so bildet die Sprache — und in erster Linie speziell die kinästhetischen Reize, die von den Sprachorganen der Hirnrinde übermittelt werden — eine zweite Ordnung von Signalen, die Signale der Signale. Sie stellen selbst eine Abstraktion von der Wirklichkeit dar und gestatten die Verallgemeinerung, die unser übriges, **speziell menschliches, höheres Denken** bildet, das zuerst die allgemeine menschliche Erfahrung und schließlich die Wissenschaft begründet hat, das Insturment der höchsten Orientierung des Menschen sowohl in bezug auf die Umwelt als auch in bezug auf sich selbst."

Die Entstehung der Sprache als Ergebnis des Arbeitsprozesses bedeutet, daß das erste oder sensorische Signalsystem die Grundlage für das zweite oder sprachliche Signalsystem darstellt. Wörter sind bedingte Reize, die im allgemeinen den gleichen Gesetzen unterworfen sind, die auch den bedingten Sinnesreizen zugrundeliegen. Für Pawlow „...unterliegt es keinem Zweifel, daß die Grundgesetze die für die Arbeit des ersten Signalsystems aufgestellt worden sind, auch für das zweite Signalsystem gelten müssen..." Dabei hob Pawlow noch hervor, daß sicherlich noch unerforschte Gesetze über die Funktionen des zweiten Signalsystems existieren müssen.

Pawlows wissenschaftliche Entdeckung über das zweite Signalsystem bewies erneut, daß das Denken und das Bewußtsein materiellen Ursprung haben. Dies ist somit ein wichtiger Sieg gegenüber den reaktionären idealistischen Denktheorien, die das Denken von der Materie und von der Funktion des Gehirns trennen wollen, als ob Denken unabhängig von der Materie existieren könne.

Pawlow starb im Februar 1936. Seine wissenschaftlichen Errungenschften bei der Erforschung der höheren Nerventätigkeit waren gleichzeitig Errungenschaften der jungen Sowjetmacht. Pawlow, der anfänglich der Revolution mißtrauisch gegenübergestanden hatte, wurde bald zu ihrem leidenschaftlichen Verteidiger. Pawlow sah und erfuhr am eigenen Leibe, wie im Sozialismus die wahre Wissenschaft gefördert wird.

So sagte er auf dem XV. Internationalen Physiologenkongreß: „Wie Sie wissen, bin ich von Kopf bis Fuß ein Experimentator...Unsere Regierung ist ebenfalls ein Experimentator, jedoch ein Experimentator unvergleichlich höherer Kategorie. Ich habe den leidenschaftlichen Wunsch zu leben, um den siegreichen Abschluß dieses historischen sozialen Experiments mitzuerleben." — Pawlow erlebte bis zum Jahr 1936 große Siege der Sowjetmacht und auf wissenschaftlichem Gebiet verhalf er ihr selber zu diesen Siegen.



Iwan Petrowitsch Pawlow

„...Denket daran, daß die Wissenschaft vom Menschen den Einsatz seines ganzen Lebens verlangt. Hättet Ihr zwei Leben, so würden auch diese nicht ausreichen. (...) Seid leidenschaftlich in Eurer Arbeit, in Eurem Suchen! (...) Unsere Heimat eröffnet den Gelehrten große, weite Räume, und es muß anerkannt werden: In unserem Lande führt man die Wissenschaft großzügig ins praktische Leben ein. Im höchsten Grade großzügig. (...) Für die Jugend, wie für uns, ist es Ehrensache, jene großen Hoffnungen zu rechtfertigen, die unsere Heimat in die Wissenschaft setzt!"

(Aus dem offenen Brief Iwan Petrowitsch Pawlows an die Jugend — geschrieben 1936, kurz vor seinem Tod.)

Zum Verständnis

Physiologie: Wissenschaft von den Leistungen und der Arbeitsweise der Zellen, Gewebe und Organe der Lebewesen. Die allgemeine Physiologie befaßt sich mit den Grundlagen der Lebensvorgänge; die spezielle Physiologie erforscht gesondert Mensch und Tier einerseits, Pflanzen andererseits.

Psychologie: Wissenschaft vom bewußten und unbewußten seelischen Leben, seinen Tatbeständen, Verläufen und Zusammenhängen.

Freud, Sigmund (1856-1939): österreichischer Psychiater und Neurologe. Begründer der Psychoanalyse und psychologischen Traumdeutung.

Watson, John Broadus (1878-1958): amerikanischer Psychologe, Hauptbegründer des Behaviorismus. Der Behaviorismus sucht durch Verhaltensforschung seelische Merkmale zu erfassen.

Reflex: Eine auf einem bestimmten Reiz hin regelmäßig eintretende im allgemeinen vom Willen und von der Mitwirkung des Bewußtseins unabhängige Aktion. Bei jedem Reflex wird die Sinneserregung im Sinnesnerv zum Rückenmark, verlängerten Mark- oder Hirnstamm geleitet, wo die Umschaltung auf die Bewegungs- oder Drüsennerven erfolgt.

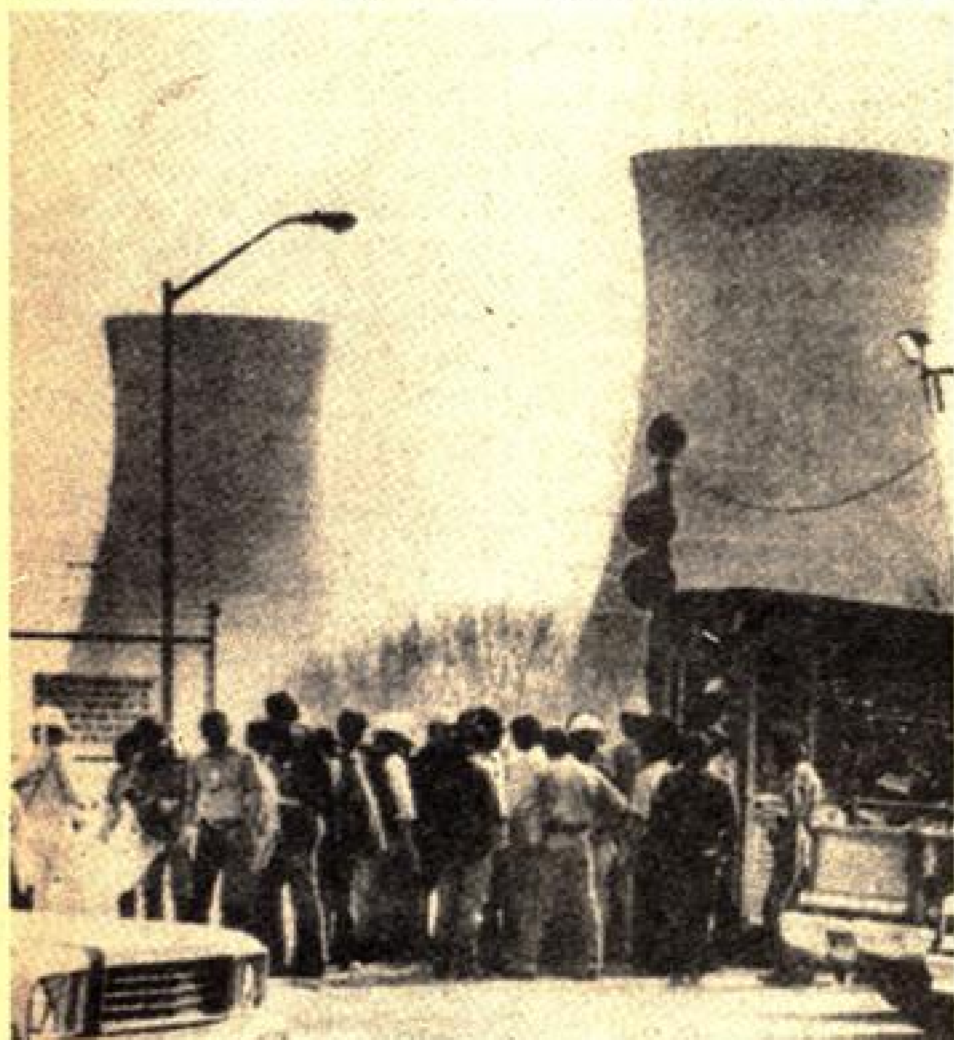
Kinästhesie (kinästhetische Reize): Bewegungsempfindung, Muskelsinn.

sensorisch: die Sinnesorgane betreffend.

Neu im Kino: „Das China-Syndrom"

Die Katastrophe von Harrisburg vorweggenommen

Zwölf Tage vor dem schweren Unfall im Atomkraftwerk Harrisburg kam ein Film in die amerikanischen Kinos, der genau solch einen Unfall zum Thema hat: „Das China-Syndrom" von James Bridges. In der vergangenen Woche ist dieser Film — mit erheblicher Verspätung — auch bei uns angelaufen.



Die Wirklichkeit: Unfall im AKW Harrisburg.

Die monatelangen Verzögerungen des westdeutschen Starts ist übrigens von der Verleihfirma Columbia damit begründet worden, daß man nicht in die hierzulande geführte Diskussion über die Nutzung der Atomenergie eingreifen wollte. Man kann durchaus vermuten, daß es ähnlich wie in den USA auch in der Bundesrepublik einen massiven Widerstand der Atomindustrie gegen die Aufführung des Films gegeben hat.

„Das China-Syndrom" ist tatsächlich geeignet, in den Konzernetagen kalte Wut auszulösen. Denn mit einer für das kommerzielle Kino erstaunlichen Konsequenz wird hier am Beispiel der Atomindustrie der menschenfeindliche Charakter der kapitalistischen Profitwirtschaft aufgedeckt.

Im Mittelpunkt des Films steht Kimberley Wells (Jane Fonda), Journalistin bei einer örtlichen Fernsehanstalt. Im Rahmen einer Reportage über die kalifornische Energieversorgung wird sie Zeuge einer schweren Störung in einem Atomkraftwerk. Im Kontrollraum, den sie und ihr Kamerateam durch eine schalldichte Glasscheibe beobachten, bricht eine mittlere Panik aus. Offenbar haben die Ingenieure dort Schwierigkeiten, die Anlage unter Kontrolle zu halten.

Der Kameramann (Michael Douglas) hat die Vorgänge im Kontrollraum heimlich mitgefilmt. Und Wissenschaftler, denen er später den Streifen vorspielt, bestätigen: Die Anlage hat kurz vor dem Durchschmelzen der Brennstäbe gestanden, dem sogenannten China-Syndrom (bei uns zumeist als GAU — Größter anzunehmender Unfall — bezeichnet).

Nach der schweren Störung tritt der auch hierzulande bekannte Mechanismus in Kraft: Die Bosse leugnen den ernsten Charakter des Unfalls, eine staatliche Untersuchungskommission erteilt ihnen ihren Segen — die Atomanlage kann wieder ans Netz gehen. Zudem weigert sich Kimberleys Sender, den heimlich gedrehten Film zu bringen, stattdessen wird der Kameramann gefeuert.

Aber nicht nur Kimberley Wells will jetzt — gegen den Willen der Fernsehbosse — den Vorfällen im AKW auf den Grund gehen. Auch Jack Godell, Leiter des Kontrollraums der Anlage (hervorragend dargestellt von Jack Lemmon), ist zunehmend von Skrupeln befallen. Bei Untersuchungen, die er auf eigene Faust anstellt, erkennt er, daß wichtige Unterlagen über die Sicherheit des Kühlsystems gefälscht sind. Seine Forderung, das System noch einmal gründlich zu überprüfen, wird jedoch von den Bossen eiskalt abgeschmettert. Die Anlage soll ans Netz, jeder weitere Aufschub kostet Geld.

Godell versucht, Kimberley die gefälschten Unterlagen zuzuspielen. Der Überbringer jedoch wird von einem Killerkommando der Atombosse abgefangen — man inszeniert einen „Autounfall". Auch auf Godell selbst wird, da er seinen Widerstand nicht aufgeben will, ein solches Kommando angesetzt. In letzter Minute kann er sich in das AKW flüchten. Hier unternimmt er eine Verzweiflungstat. Mit dem Revolver eines Sicherheitsbeamten bewaffnet besetzt er den Kontrollraum und verlangt, daß ein Live-Interview mit ihm gemacht wird. Die Bosse müssen darauf eingehen. Doch bevor Godell richtig ausgepackt hat, wird er von einem in den Kontrollraum geschleusten Einsatzkommando kaltblütig abgeknallt. Und eine Notabschaltung der Anlage zeigt, daß Godells Befürchtungen zu Recht bestanden: Wieder kommt es zu einem schweren Unfall im Kühlsystem.

Seltsamerweise ist „Das China-Syndrom" gerade von der „linken" Filmkritik zum Teil sehr zurückhaltend aufgenommen worden. Man stellt den Streifen in eine Reihe mit den üblichen Katastrophenfilmen aus Hollywood und wirft ihm vor, nicht konsequent genug vor den Gefahren der Atomenergie zu warnen, sondern sich nur auf den „Sicherheitsaspekt" zu beschränken.

Tatsächlich jedoch ist das gerade eine Stärke des Films. Zu keiner Zeit verliert er sich in ein allgemeines Wehklagen über die Schrecken der modernen Technik, die angeblich vom Menschen nicht mehr zu meistern wären. James Bridges ist es zwar gelungen, in seinem Film eine Atmosphäre der ständigen Gefahr und Bedrohung zu schaffen. Diese Bedrohung kommt jedoch nicht aus irgendwelchen dunklen Quellen, sie hat eine reale Ursache: in dem Bestreben der Energiebosse nämlich, mit allen Mitteln — selbst mit Mordanschlägen — all das auszuschalten, was den reibungslosen Fluß ihrer Profite stört.

Und so ist „Das China-Syndrom" geradezu ein Gegenstück zu den Katastrophen- und Horrorfilmen (von „Erdbeben" bis zu „Zombie" und „Alien"), mit denen Hollywood uns gegenwärtig überschwemmt. Denn die Aufgabe jener Filme ist es ja, in den Betrachtern die Angst vor einer nicht erklärbaren Bedrohung von außen zu erzeugen, sie mutlos zu machen und auf der anderen Seite auf die „Sicherheits"-Parolen der Herrschenden einzuschwören. „Das China-Syndrom" dagegen benennt nicht nur präzise diejenigen, von denen wirklich eine Bedrohung der Menschheit ausgeht. Es ist zugleich auch ein Film, der nicht Mutlosigkeit verbreitet, sondern Haß auf die Bosse und ihr mörderisches System erzeugt. Und insofern ist es auch ein Film, der zum Widerstand aufruft.



Michael Douglas (rechts) und Jane Fonda.





Als Bernt Engelmann (links) Strauß seine Nazi-Vergangenheit vorhielt und ihn aufforderte, gegebenenfalls doch um diese Behauptung zu prozessieren, antwortete Strauß: „Mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse." — Das Foto rechts zeigt Strauß (rechts) als „Offizier für wehrgeistige Führung" an der Ostfront.

Stoiber und das Straußzitat

„Mit der Diffamierung ‚Ratten und Schmeißfliegen' wollen der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß und sein Generalsekretär Edmund Stoiber jetzt ‚nur' den Schriftsteller Bernt Engelmann gemeint haben. (...) CSU-Sprecher Rosenberg sagte weiter, seine Partei habe keinen Grund, mit der Kennzeichnung ‚Ratten und Schmeißfliegen' auch die Schriftsteller Walter Jens, Hermann Kesten, Martin Walser, Ingeborg Drewitz und Josef Reding zu meinen, wie dies behauptet worden sei. Mit diesen Schriftstellern habe die CSU bisher ‚keine Probleme' gehabt. Ingeborg Drewitz sei allerdings ‚zweischneidig', schränkte der Sprecher ein. Ein Sprecher der CSU in Bonn hatte zuvor Frau Drewitz das Attribut ‚Dame' abgesprochen.

Rosenberg bestätigte, daß sich CSU-Generalsekretär Stoiber bei einem Gespräch mit Redakteuren des Süddeutschen Rundfunks in der letzten Woche die Aussage von Strauß zu eigen gemacht habe: ‚Mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse.' Redakteur Johannes Poethen habe Stoiber dieses Zitat vorgehalten und gefragt: ‚Meinen Sie damit die Schriftsteller Jens, Engelmann, Kesten, Walser, Drewitz und Reding?' Daraufhin habe Stoiber geantwortet, er könne das Zitat nicht bestätigen, aber er stehe dazu. Danach habe Poethen den Raum verlassen. In seiner Abwesenheit, so Rosenberg, habe er den Redakteuren mitgeteilt, daß Strauß ‚nur' Engelmann gemeint habe. Angefangen habe alles damit, daß Engelmann Strauß im Juli 1978 auf einer Pressekonferenz des ‚Pressedienstes Demokratische Intitiative' (PDI) als ehemaligen ‚NS-Führungsoffizier' bezeichnet und ihn aufgefordert habe, gegen diese Behauptung zu klagen.

Poethen schilderte den Vorfall auf Anfrage so: Er habe Stoiber gefragt, ob das Strauß-Zitat falsch sei und die sechs Schriftstellernamen stellvertretend für die Mitglieder des PDI genannt. Stoiber habe geantwortet, er könne das Zitat nicht bestätigen, stehe aber dazu. Daraufhin habe er noch einmal gefragt, ob er das so verstehen müsse, daß die Kennzeichnung ‚Ratten und Schmeißfliegen' für die sechs Schriftsteller gelte, und Stoiber habe die Frage bejaht. Dann habe er den Raum aus Empörung verlassen, bestätigt Poethen. Von den anderen Teilnehmern des Treffens wurde aber ausdrücklich hervorgehoben, daß nach dem Weggang Poethens keine ‚Klarstellung' erfolgt sei."

(Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1980)

•

Bei der Aschermittwoch-Kundgebung seiner Partei in Passau sagte Stoiber, er werde sich „nicht verunsichern lassen von Verleumdungen und falschen Angaben". (...) Mit dem Begriff ‚Ratten und Schmeißfliegen ' sei ‚eine Kampagne qualifiziert' worden."

(Frankfurter Rundschau, 21. Februar 1980)

„Ratten und Schmeißfliegen"

—Eine Betrachtung —

Die ungeheuerlichen Vorwürfe streiten sie zum einen gar nicht ab: Jawohl, „Ratten und Schmeißfliegen" wurde gesagt, und dabei bleibt es. Gleichwohl aber winden sie sich doch, deuteln, fälschen und lügen an ihren eigenen Aussprüchen herum, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Mit „Ratten und Schmeißfliegen" waren doch nicht alle gemeint, sagen sie nun, nicht die Drewitz, der Jens und der Walser, sondern nur der eine, der Engelmann, und nicht einmal der persönlich, sondern nur die Kampagne, die er betreibt. — Die das sagen, sind damit die ersten, die eine Kampagne mit „Ratten und Schmeißfliegen" titulieren — im Plural, wohlgemerkt.

Man könnte dieses Verhalten — erst die Äußerung und dann der Versuch, sich aus der Affäre zu ziehen — als dumm bezeichnen oder als Spekulation mit der Dummheit anderer Leute — aber es ist mehr. Dieses Verhalten erinnert mit seiner Mischung aus geifernder Hetze, Geistfeindlichkeit, Intrige, Lüge und nochmals Lüge, Dreistigkeit, Zynismus und Brutalität fatal an das geistige Klima, das in Deutschland schon einmal geherrscht hat: das Klima der Bücherverbrennungen, des Gestaporegiments, der Konzentrationslager.

Hervorgetreten sind vorläufig nur die Subalternen, die naßforschen Generalsekretäre und dreisten Pressesprecher. Sie tragen die Angriffe vor und ziehen die Empörung und den Abscheu auf sich, während ihr Meister, der Urheber und Drahtzieher, im Hintergrund wartet. Die Subalternen stehen im Rampenlicht — Rampe im doppelten Sinn des Wortes — und üben sich im Selektieren. Sie sondern die Guten, Passablen von den Schlechten, den Auffälligen, den Unangenehmen — kurz: dem Ungeziefer. Mit Jens, Kesten, Walser, Reding — heißt es — habe es bisher keine Probleme gegeben, also habe man keinen Grund, sie als „Ratten und Schmeißfliegen" zu bezeichnen. Ingeborg Drewitz ist dagegen „zweischneidig"; ihr muß zumindest das Attribut „Dame" abgesprochen werden. Und Engelmann schließlich: Ungeziefer, „Ratten und Schmeißfliegen". Es ist noch die Stunde der Subalternen, was aber ist, wenn der Meister und oberste Ungeziefervernichter selbst ins Rampenlicht tritt?

Bernt Engelmann — um im Bild zu bleiben — kennt die Kozentrationslager aus eigener Anschauung. Er saß in dreien ein, wegen „Judenbegünstigung", saß darinnen zu einer Zeit, als der andere, der ihn nur geifernd und unflätig angreift oder angreifen läßt, sich keine „Judenbegünstigung" zuschulden kommen ließ, sondern umgekehrt als „weltanschaulicher Referent" und „Offizier für wehrgeistige Führung" die antisemitische Mordideologie der Nazis verbreiten half: Beginn einer Karriere. „Ratten und Schmeißfliegen" — diese Worte mögen ihm aus „großer Zeit" geläufig sein. Damals wurden Juden und Andersdenkende mit solchen Worten belegt, um schon in der Sprache die Vorstellung auszulöschen, daß es sich bei ihnen um Menschen handelte. Der Sinn war klar: „Ungeziefer" war leichter und skrupelloser zu vernichten.

„Offensichtlich hat er sich nicht von seiner Nazi-Vergangenheit gelöst", sagt Bernt Engelmann über seinen Kontrahenten, „sonst spräche er nicht heute noch die Sprache der Mörder."

Wenn er sich auch nicht von seiner Vergangenheit gelöst hat, so versucht er doch, seine Vergangenheit von sich zu lösen, sie vergessen zu machen. Dieses aber ist ihm von Engelmann durchkreuzt worden. Wenn es nicht wahr ist, daß er weltanschaulicher Nazi-Referent und NS-Offizier für wehrgeistige Führung gewesen ist, rief Engelmann ihm zu, dann solle er doch gegen ihn prozessieren. Worauf der andere mit der ganzen schäumenden Wut des bloßgestellten Mächtigen nichts anderes zu erwiedern wußte als dieses: „Mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse!"

Was aber macht man sonst mit ihnen, so man die Macht hat? Rottet man sie aus? Statt Reichsschrifttumskammer Gaskammer?

„Ratten und Schmeißfliegen!" — Der das sagte, hat sich selber bloßgestellt. Nun ist er aber angetreten, um das Steuer des Staates in die Hand zu nehmen. Man muß ihn stoppen, damit die Vergangenheit nicht wieder zur Gegenwart und Zukunft wird.

Bei Siemens sind die Tage lang

(Von möglichst vielen Leuten sehr laut nach
der Melodie „Kreuzberger Nächte sind lang"
zu singen!)

Ich sitz schon seit ner Stunde ziemlich dumm
allein an meiner doofen Platte rum
ich schufte schnell, obwohl ich's nicht vertrag
weil der Siemens Akkordhetze halt so mag

Da plötzlich kommt der Meister Köstlich an
und schreit, was er heraus nur schreien kann
ich seh schon doppelt und das aus gutem Grund
denn bei Siemens da geht es öfter rund

(*Refrain*)
Ja, die Tage bei Siemens sind lang
die Tage bei Siemens sind lang
erst fang'n 'se ganz langsam an
aber dann — aber dann...

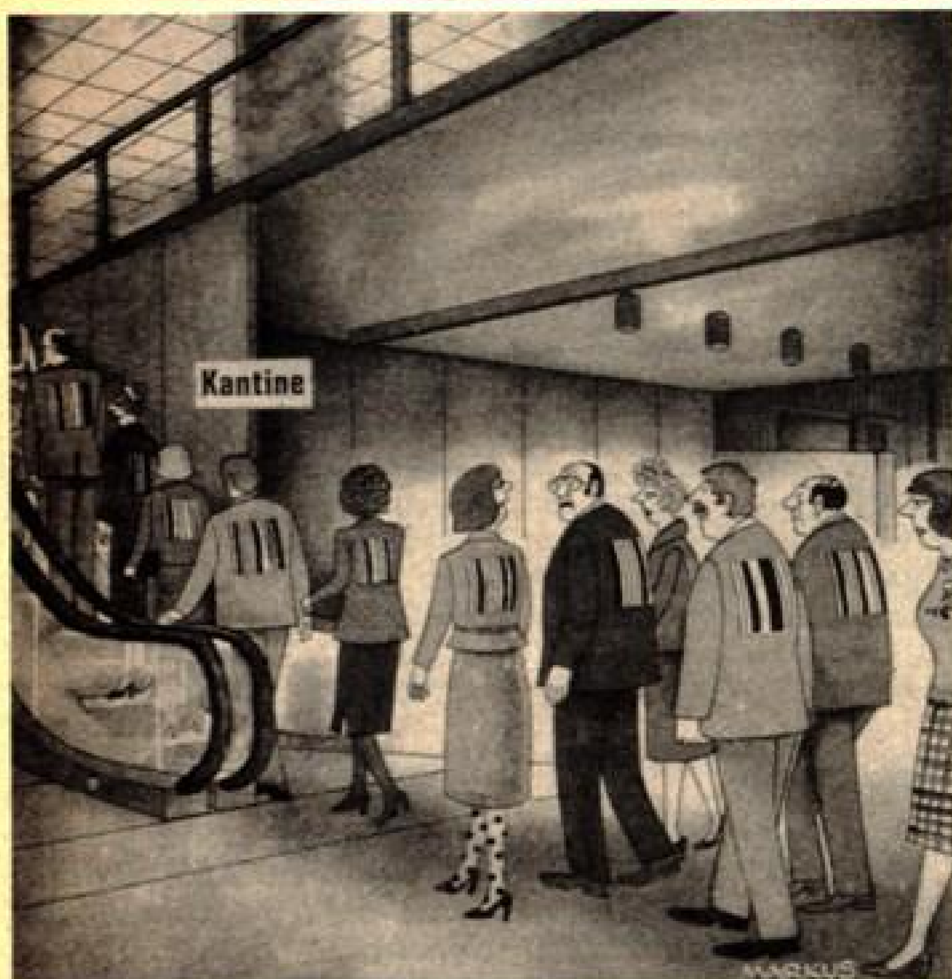
Jetzt fragt mich doch so'n Typ, ob ich's kapier
ja, sag ich, wir sind auch nicht ganz so doof wie ihr
wie ihr euch vorstellt, daß wir Frauen sind
auch wenn ihr tut, als wär ich'n kleines Kind

Ne Kollegin ruft, die sollt'n sich was schäm'n
ne andere meint, das läge alles am System
das ist so krank wie meine Nerven, sag ich barsch
die ganze Arbeit hier, die ist doch für den Arsch
(*Refrain*)

Bei Siemens heißt's halt: arbeitet nur brav
und laßt euch scheren wie ein lahmes Schaf
den Reibach machen wir schon ganz allein
und ich, ich bleib dabei 'n armes Schwein

Frühmorgens wach ich auf um 4 Uhr 10
die ganze Welt scheint sich um mich zu dreh'n
ich denk, das kann doch so nicht weitergehn
einmal müss'n wir denen doch den Hahn zudrehn
(*Refrain*)

(*Aus: „Lauter Rotsprecher"/ Faschingsnummer der Betriebszeitung der KPD/ ML für Siemens Witten*]



„Ich weiß es auch nicht genau, aber irgendwie soll es dem Computer in der Personalabteilung die Arbeit erleichtern!"

Hetztiraden als olympische Disziplin?

Lake Placid — ein Spiegel der Weltpolitik

Eine Winterolympiade, die viele Fragen aufwirft

LAKE PLACID.— Daß Sport und Politik nichts miteinander zu tun hätten, war früher einmal, vor Jimmy Carters Boykottkampagne, eine Standardaussage der bundesdeutschen Sportpolitik. Dies immer besonders dann, wenn es etwa darum ging, den Sportverkehr mit dem südafrikanischen Rassistenregime zu boykottieren oder in ähnlichen Fällen. Heute ist das unzeitgemäß geworden.

Insbesondere die US-amerikanischen offiziellen Stellen und Massenmedien unternehmen alles, um jedes sportliche Ereignis der Winterolympiade zu einer politischen Demonstration zu machen.

Der sportbegeisterte westdeutsche Durchschnittsbürger, der sportbegeisterte deutsche Werktätige kommt da in eine etwas mißliche Situation. Da möchte man sich darüber freuen, daß im Eishockey die USA gegen die UdSSR gewinnt. Einfach deshalb, weil die sowjetischen Dauersiege dabei waren, diese Sportart langweilig zu machen, weil mit den sportlichen Erfolgen der USA, Schwedens und Finnlands beim Eishockeyturnier wieder Bewegung in diesen Sport kommt.

So eine Art der Freude, eine sportliche Freude, wird aber schnell getrübt, wenn sich dann wiederum Jimmy Carter zu Wort meldet, der diesen Sieg gleich auch für sich und seine sogenannte „freie Welt" reklamiert.

Und die westdeutschen Medien ziehen dabei voll mit. Oder besser gesagt, sie würden gerne voll mitziehen. Aber angesichts des Abschneidens der bundesdeutschen Mannschaft geht das schlecht. An der Bewegung zum Beispiel, die im Eishockeysport stattfindet, nahm die westdeutsche Mannschaft nur in einer Richtung teil: abwärts. Für den Kenner durchaus zu erwarten bei einem Verband, der jedes Jahr sein Spielsystem ändert, die besten Spieler zu Hause läßt, und wo trotz mäßiger Leistung steigende Gehälter zu erzielen sind.

Bezeichnend ist es auch, wie angesichts des Abschneidens der bundesdeutschen Athleten solche Theorien wieder aufleben wie, es ginge ja gar nicht ums nationale Prestige, ein Medaillenspiegel sei eh unsinnig, während andererseits die „Bild"-Zeitung und artverwandte Blätter jedes Versagen eines Sportlers zur nationalen Katastrophe erklären.

Deshalb müssen die westdeutschen Sportberichterstatter sich notwendigerweise etwas zurückhalten. Zwar wartete der Reporter bei der Eröffnungszeremonie offensichtlich nahezu sehnsüchtig auf antisowjetische Kundgebungen. Aber sie kamen dann nur aus der Ecke der beim Organisationskomitee Beschäftigten, die zur Füllung des Stadions angekarrt worden waren. Zwar wird in der westdeutschen Presse sofort jedes Gerücht, das die amerikanischen Nachrichtenagenturen verbreiten, begierig aufgenommen, aber meistens läßt es sich nicht aufrechterhalten. Alle Dopinggeschichten, ausschließlich über osteuropäische Sportler verbreitet, versteht sich, mußten bisher revidiert werden. Aber das Interesse der westdeutschen Bevölkerung, sofern sie sich für Sport interessiert, ist auf das Abschneiden der eigenen Mannschaft konzentriert.

Probleme gibt es da nicht nur in jenen Sportarten, bei denen in Westdeutschland sozusagen inzwischen per Tradition nicht viel los ist, wie etwa bei den Skispringern, die faktisch seit Jahrzehnten hinterherspringen. Auch in solchen Sportarten, wo es bei uns Spitzenathleten gibt, waren große Niederlagen zu verzeichnen. Nicht zuletzt eine Auswirkung der Manipulationen durch die Firmen — etwa im alpinen Skisport, wo es einen verdeckten Materialkrieg gibt, wie er sonst nur im Autorennsport bekannt ist.

Das ist aber auch das Ergebnis einer Sportpolitik, die sich im Erfolgsfalle mit einigen Spitzenathleten begnügt, aber keine wirkliche Breitenarbeit macht, um eine Spitzenleistung zu erreichen oder abzusichern.

So deutlich, wie es also jedem wird, daß Sport und Politik nun eben doch etwas miteinander zu tun haben, so deutlich ist es auch geworden, daß die Imperialisten natürlich versuchen, imperialistische Sportpolitik zu machen.

Hier erhebt sich die Frage, welchen Erfolg Jimmy Carter mit seiner Boykottkampagne haben wird, ob es ihm gelingen wird, die Olympischen Spiele zu zerstören.



Ebenso ist deutlich geworden, daß man allein mit riesigen Geldspritzen keine sportlichen Erfolge kaufen kann, wenn nicht eine organisierte Breitenarbeit gemacht wird, wenn Höchstleistungen nicht systematisch vorbereitet werden. Hier erhebt sich die Frage, wie die Sportpolitik in Westdeutschland weitergeführt wird. Ob sie weiter immer mehr unter das Kommando der Fabrikanten von Sportartikeln gerät und von einer nationalistischen Hetzpresse ausgenutzt wird.

Kommunisten waren noch nie gegen Sport, sportlichen Wettkampf und Spitzensport. Wogegen sich die Kommunisten wie alle fortschrittlichen Menschen wenden, ist die nationalistische Hetze, die dabei betrieben wird. In dieser „Disziplin" hat Jimmy Carter die Goldmedaille gewonnen und die Springerpresse einen guten zweiten Platz belegt...



Sonntag, 2. März, 21.15 Uhr, ZDF

Molière. 3. Teil: Die Wanderjahre. — In ausdrucksvollen Bildern zeigt der fünfteilige Film von Ariane Mnouchkine entscheidende Stationen in der Entwicklung des Stückeschreibers Molière von seinem 10. Lebensjahr bis zu seinem frühen Tode 1673. Mit dem Leben Molières wird gleichzeitig die ganze Epoche sichtbar gemacht. — Die 4. Folge wird am 6. März gesendet.

•

Montag, 3. März, 16.15 Uhr, ARD

Gegen den Strom. Über unbotmäßige Menschen im Südbadischen. — Der Dokumentarfilm von Nina Gladitz will mit dem Vorurteil von der Rückständigkeit der Menschen auf dem Lande aufräumen. Der Film porträtiert u.a. eine Bäuerin, die im Dritten Reich als Nazi-Gegnerin im Gefängnis saß; einen Schmied, der sich politisch engagiert; einen Elsässer, der im KZ saß.

•

Montag, 3. März, 21.10 Uhr, Südwest III

Nach der Schule: arbeitslos. — Brigitte B. auf der Suche nach einer Lehrstelle. Film von Thomas Hartwig über die Arbeitslosigkeit Jugendlicher.

•

Dienstag, 4. März, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I

Der große Diktator. Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1940 von und mit **Charlie Chaplin.**

•

Dienstag, 4. März, 21.45 Uhr, West III

Vor Ort: Wuppertal. Nordstadt-Projekt: Sanieren oder Planieren? Die Nordstadt in Wuppertal gehört zu den größten Sanierungsgebieten der Bundesrepublik Deutschland. Gegen die Abbruch-Bagger-Politik hagelte es Bürgerproteste.

•

Freitag, 7. März, 20.15 Uhr, und 22.45 Uhr, West III

Die Krupp-Familie. Filmbericht über den großen Stahlkonzern. Bestimmt interessantes Dokumentarmaterial.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 0307465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.